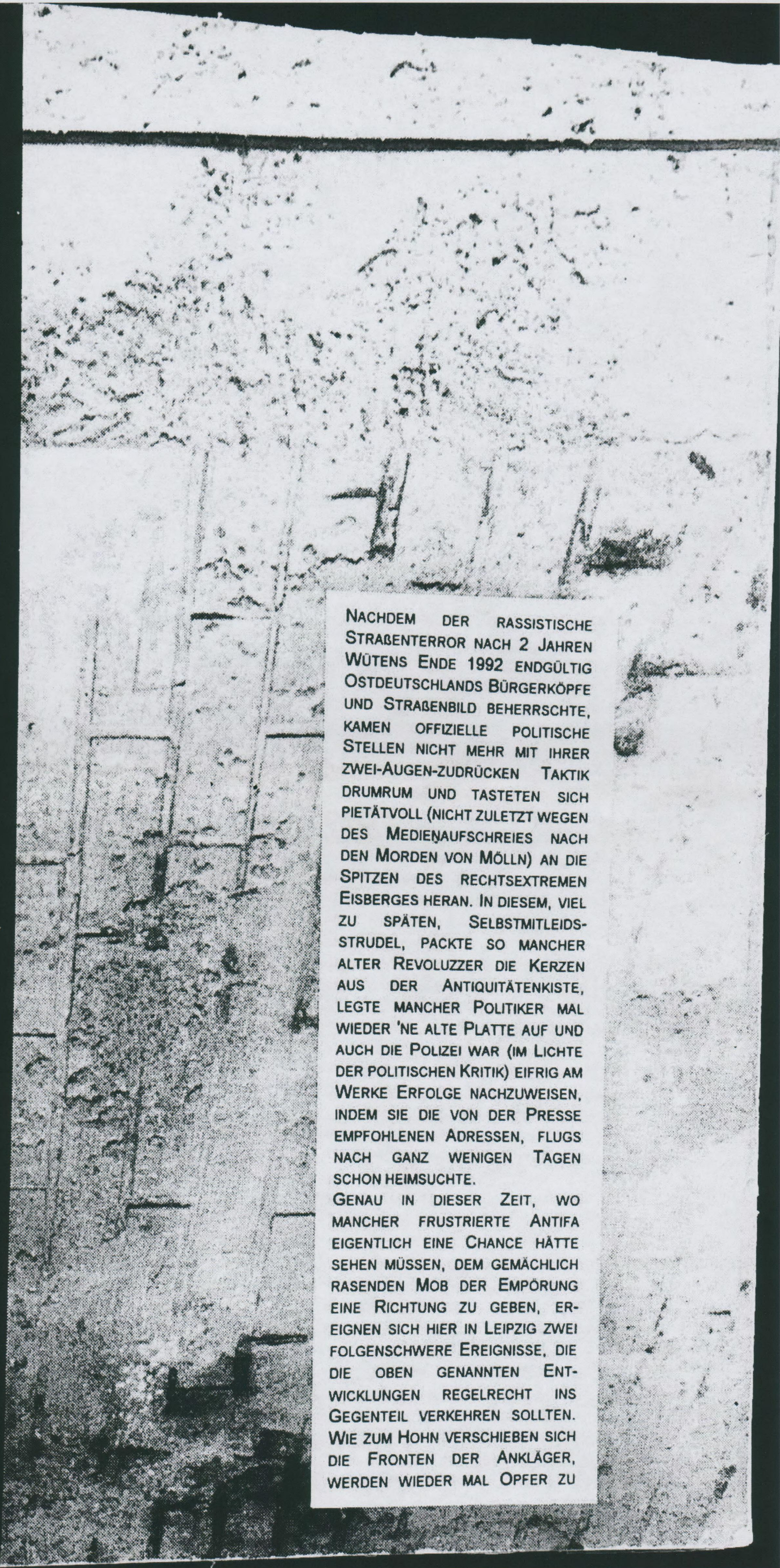
R WOCHEN CONNEWITZ

Zu den Ereignissen vom 27./28. November 1992 und der Ermordung von Thümy



Nachdem der rassistische Straßenterror nach 2 Jahren Wütens Ende 1992 endgültig Ostdeutschlands Bürgerköpfe und Straßenbild beherrschte, kamen offizielle politische Stellen nicht mehr mit ihrer zwei-Augen-zudrücken Taktik drumrum und tasteten sich pietätvoll (nicht zuletzt wegen des Medienaufschreies nach den Morden von Mölln) an die Spitzen des rechtsextremen Eisberges heran. In diesem, viel zu späten, Selbstmitleids-strudel, packte so mancher alter Revoluzzer die Kerzen aus der Antiquitätenkiste, legte mancher Politiker mal wieder 'ne alte Platte auf und auch die Polizei war (im Lichte der politischen Kritik) eifrig am Werke Erfolge nachzuweisen, indem sie die von der Presse empfohlenen Adressen, flugs nach ganz wenigen Tagen schon heimsuchte.

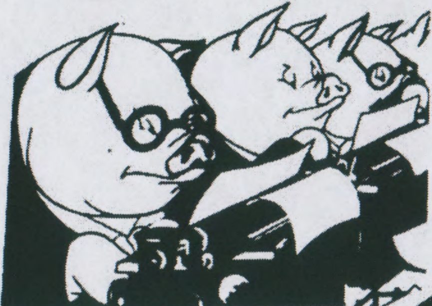
Genau in dieser Zeit, wo mancher frustrierte Antifa eigentlich eine Chance hätte sehen müssen, dem gemächlich rasenden Mob der Empörung eine Richtung zu geben, ereignen sich hier in Leipzig zwei folgenschwere Ereignisse, die die oben genannten Entwicklungen regelrecht ins Gegenteil verkehren sollten. Wie zum Hohn verschieben sich die Fronten der Ankläger, werden wieder mal Opfer zu

TATERN GEMACHT UND TRICKSEN SICH DIE VERANTWORTLICHEN - GERADE NOCH IM FADENKREUZ DER ÖFFENTLICHKEIT - AUF DIE ANDERE SEITE DES SCHIEẞSTANDES.
OHNMÄCHTIG SEHEN SICH LEUTE DES CONNEWITZER UMFELDES IM FEUER DER KRITIK, VON AUẞEN UND, AUFGRUND DER KOMPLIZIERTEN HINTERGRÜNDE, AUCH VON INNEN.
SCHNELL NATÜRLICH NIMMT DIE PRESSE DEN BETROFFENEN DIE WORTFÜHRUNG AUS DER HAND, GRÄBT SIE SICH EIN IN DIE INNEREN ANGELEGENHEITEN ANDERER LEUTE UND TRÄGT MIT IHREN SCHILDERUNGEN ZUR ÖFFENTLICHEN MEINUNGSBILDUNG BEI.
DIE ERFAHRUNGEN DER VERGANGENHEIT HABEN GEZEIGT, DAẞ UNS ENTSCHEIDENDE ENTWICKLUNGEN IMMER WIEDER ENTGLITTEN SIND (Z.B. WÄHREND DES WENDEPROZESSES) UND DAẞ WIR ES AUCH NICHT GESCHAFFT HABEN, EINE EIGENE KONSTRUKTIVE DISKUSSION ÜBER SOLCHE, UNS BETREFFENDE, PROBLEME ZU ENTWICKELN, UND ALS GEGENÖFFENTLICHKEIT ANZUBIETEN.
UNTER DEN FOLGEN, WIE UNEINIGKEIT, ZERSPLITTERUNG UND FRUSTRATION LEIDEN WIR HEUTE SO SEHR, DAẞ WIR GEFAHR LAUFEN, UNS ENDGÜLTIG IN DEN LOCUS DER GESCHICHTE ZU SPÜLEN, ODER WAS NOCH SCHLIMMER WÄRE, DAẞ WIR ALS ERFÜLLUNGSGEHILFEN DER POLITIKER MIẞBRAUCHT WERDEN.
BEIDES DARF NICHT GESCHEHEN, ZUMAL WIR DAS NICHT NÖTIG HABEN. WIR MACHEN ERFAHRUNGEN UND WIR HABEN DAZU ETWAS ZU SAGEN. WIR MÜSSEN DARAUF ACHTEN, AUCH UNANGENEHME DINGE ZU SAGEN. WIE SCHNELL SIND DINGE, DIE UNS HEUTE ALLE NOCH TIEF BEWEGEN VERGESSEN, WIE SCHNELL WIRD AUS EINEM TOTEN FREUND EINE BLEIBENDE LÜCKE, WO ES WICHTIG WÄRE, DIESEN PLATZ AUCH WEITERHIN MIT DEM GEIST, DEN VORSTELLUNGEN JENES MENSCHEN ZU FÜLLEN.
THÜMY WAR NICHT DER EINZIGE, DER UNS VERLOREN GING UND THÜMY MUẞ DURCHAUS NICHT DER LETZTE GEWESEN SEIN. DIE URSACHEN SOLCHER ENTWICKLUNGEN SIND DURCHSCHAUBAR, UND WENN WIR NICHT IRGENDWIE ANFANGEN, UNS DAMIT SELBST AUSEINANDERZUSETZEN, IM GROẞEN RAHMEN UND NICHT IM DISSKUTIERSTÜBCHEN, WERDEN WIR IMMER WIEDER IN SOLCHE SITUATIONEN SCHLITTERN. DAS IST DER GRUND, WARUM WIR UNS VOR EINIGER ZEIT ZUSAMMENGEFUNDEN HABEN, UM DIE SACHEN, DIE WIR SONST NUR IN ZWIEGESPRÄCHEN ODER IN PRIVATER RUNDE TIEFGEHENDER BELEUCHTEN, OBWOHL SIE EIGENTLICH ALLE BETREFFEN, SIE ALLE HÖREN SOLLTEN, EINMAL AUF DEN PUNKT ZU BRINGEN UND IN DIESER FORM ZUR DISKUSSION ANZUBIETEN.
NATÜRLICH SIND DAS NUR SUBJEKTIVE BETRACHTUNGEN, ABER VOM ZIEL, EINE GRUNDLEGENDE GEMEINSAME HALTUNG ZU HABEN, SIND WIR EBEN DOCH NOCH ZIEMLICH ENTFERNT.
LETZTENDLICH WIRD ES FÜR UNS NIE "DIE ABSOLUTE WAHRHEIT" GEBEN, DAFÜR SIND WIR ALLE ZU VERSCHIEDEN - UND DAS IST AUCH GUT SO. ABER ES IST MAL WIEDER DRINGEND AN DER ZEIT, ZU GRUNDLEGENDEN SACHEN EINE EINHEITLICHE POSITION ZU BEZIEHEN - UND DIE SOLLTE EBEN VON INNEN HERAUS ENTSTEHEN UND NICHT VON AUẞEN AUFGEZWUNGEN WERDEN, VON DER POLIZEI, DEN MEDIEN ODER DEN BEHÖRDEN.

Wir

Wenn wir bei dem hier Niedergeschriebenen immer wieder von "wir" oder "uns " sprechen, gibt es dafür zwei Gründe: zum einen wollen wir damit versuchen das Wort "man" zu umgehen, andererseits haben wir den Wunsch, auch ganz persönlich zu den LeserInnen zu sprechen, sie einzubeziehen in unsere Gedanken und Ansichten.
Wenn wir vom "Wir" sprechen ist es auch notwendig, diesen Begriff zu definieren. Mit "Wir" meinen wir natürlich uns, also einzelne Leute, die sich zusammengesetzt haben, um dieses Papier entstehen zu lassen und meinen damit auch all jene Leute, mit denen wir uns geistig verbunden fühlen, die an eine humanistische Zukunft glauben, und das kann für uns nur bedeuten, in der sich jeder Mensch selbst bestimmt, frei entfalten kann, die frei ist von Gewalt, Lüge und Ungerechtigkeit.
Auch sollen einige Texte nicht als Drohfinger gemeint sein, denn wir beziehen uns bei Dingen, die "Wir" nicht gebacken kriegen genauso mit ein, zumindest versuchen wir dies.

Leipzig – eine Stadt mit Justiz-Tradition





Sie haben ihn eingesperrt. In einen Waschraum.
Gefließt, dunkel und eiskalt.
Keine Sitzgelegenheit.
Die Sonne geht in drei Stunden auf, aber er wird es nicht sehen.
Vergessen.
Ungewißheit, Ahnungslosigkeit, Einsamkeit.
Einer von über vierzig an diesem Abend in dieser Stadt.
KEIN Videofilm, sondern Realität.
Realität, die Menschen zerstört. Immer und überall.

Connewitzer Kreuzwege

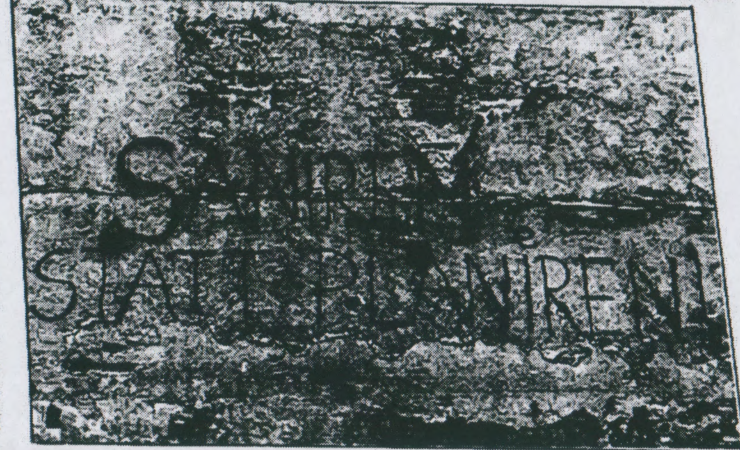
40 Jahre DDR- das sind 40 Jahre, in denen die Arbeiterklasse unter Leitung der Partei- und Staatsführung und in Zusammenarbeit mit allen werktätigen Menschen das Wohnungsproblem immer erfolgreicher löste. Hauptsächlich dadurch, daß von Parteitag zu Parteitag von Fünfjahresplan zu Fünfjahresplan das Problem immer wieder neu formuliert wurde, wobei die Genossen Formulierer stets darauf achteten, daß mit der neuen Formulierung erstens mehr Zeit vorhanden und zweitens weniger Wohnungen nötig waren. Aber das war natürlich nicht alles, denn schließlich war das werktätige Volk werktätig und jede Arbeit trägt ihre Früchte. Nun, ob Früchte hier das passende Wort ist, sind doch die Produkte auf den Landkarten, die erhöhte Selbstmordraten ausweisen, deutlich zu erkennen. Aber Plattenbauweise ist unkompliziert und schnell und fünf Jahre sind fünf Jahre. Allerdings ergaben sich doch ein paar kleinere Probleme. Erstens brauchen auch Plattenbauten Platz, der nicht so einfach zu beschaffen ist, wenn Landwirtschaft und Tagebau auch noch ein Wörtchen mitzureden haben und zweitens haben alte Häuser die Eigenschaft zu verfallen, wenn sie nicht ab und an rekonstruiert werden. Dieser zweite Umstand macht das Wohnungsproblem nicht einfacher, da Hausrekonstruktionen komplizierter als Plattenbauten sind.
Die Führung des werktätigen Volkes entwickelte in dieser Situation zwei Strategien. So konnten einige Wohnungen bezogen werden, unter der Bedingung, daß die BewohnerInnen sie selbst ausbauten und somit in bewohnbaren Zustand versetzten. Die andere Strategie war das Abreißen ganzer Viertel und die Errichtung neuer sozialistischer Wohngebiete. Daß diese Strategien nicht der Stein der Weisen waren, siehst du leicht daran, daß das Wohnungsproblem die DDR überlebte und auch heute noch ganz ungeniert sein Dasein fristet. Unabhängig von Führung und Leitung entwickelte ein Teil der Jugend ein eigenes Konzept, das persönliche Wohnungsproblem zu lösen: die stille Besetzung von Wohnungen oder Häusern. Am auffälligsten von Anhängern westlicher Subkulturen wie Blues und Punk oder Studenten praktiziert, erreichte diese Art der Wohnraumerschließung, über das ganze Stadtgebiet verteilt, eine wachsende Popularität, so daß sogar von einem gesamtgesellschaftlichen Weg gesprochen werden kann. Stadtteile wie Connewitz,



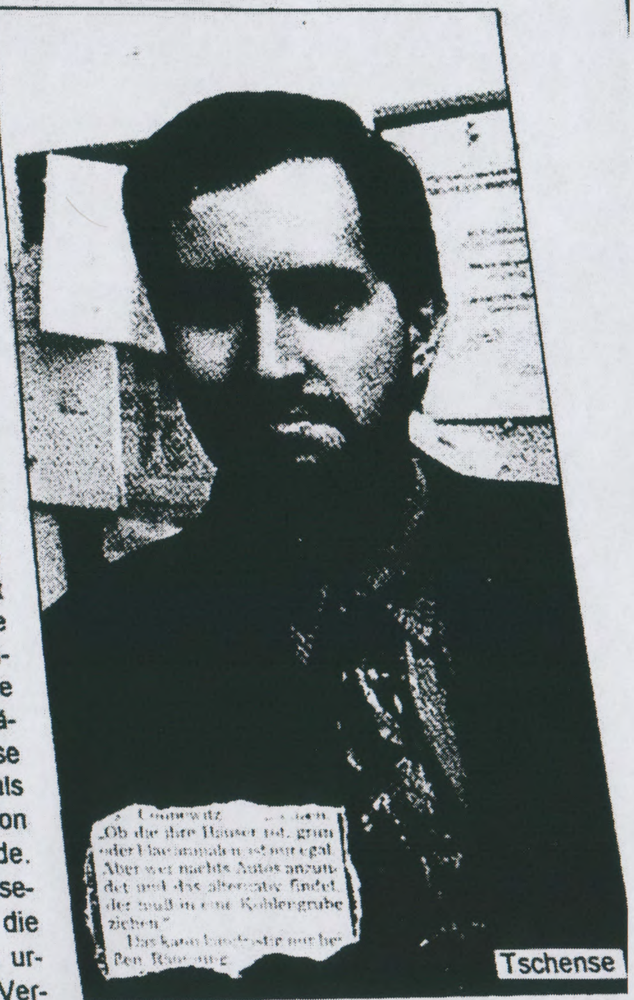
in denen Abriß geplant war und die deshalb nach und nach leergezogen wurden, eigneten sich dafür natürlich besonders. Trotzdem war damals noch nicht zu befürchten, daß sich Connewitz einst in ein Zentrum alternativer Lebensformen verwandeln sollte,



wie es sich heute in den Köpfen einiger Leute im Rathaus als Schreckgespenst darstellt. Damit es dazu kommen konnte, bedurfte es eines glücklichen Timings während der Wendezeit.
Ein gewisser Herr H., auf den einige Leute heute nicht mehr ganz so gut zu sprechen sind, fing die in Connewitz herumgeisternden Wohnungssuchenden ab, bzw lockte sie mit einem Artikel, den er durch Mitglieder des Neuen Forums in der LVZ abdrucken lies, zu sich und sagte zu ihnen: "Kommt Freitag wieder, da besetzen wir ein Haus". Und so kam es, daß Connewitz plötzlich eine ganze Straße mit Hausbesetzern hatte. Platz war genug da im Frühjahr des Jahres 1990, nachdem die erste (und vorraussichtlich auch letzte) Volksbaukonferenz im Januar beschlossen hatte, daß ein Abrißstop der Häuserzerstörung durch die Nationale Volksarmee (was erwartet ihr schon vom Militär) ein Ende setzt. Wenn eine Volksbaukonferenz sowas sagt, dann wird das auch gemacht. Also erstmal rein in die Häuser und hin zum Amt für Stadtsanierung. Das hatte nämlich irgendwie den Hut für die Häuser auf, die die LWB-Vorgängerfirma an einen Verwalter zum Abriß abgegeben hatte. Das Amt für Stadtsanierung spuckt auch tatsächlich Geld für die notwendigsten Instandsetzungsarbeiten aus (kurz vor der WU!) und jedem der sie haben wollte geormikte Nutzungsverträge, die besagten, daß die BewohnerInnen die Wohnungen kurz vor der Sanierung zu räumen hätten und nach Abschluß der Arbeiten bevorzugt Wohnraum bekämen. Alle Unterschriften nur kopiert und für WestanwältInnen ein Greuel. Aber so war das damals halt und bürgerliches Recht nennt sowas Vertrag auf Treu und Glauben. Unser Herr H. ließ seine BesetzerInnen einen Verein gründen: Connewitzer Alternative e.V. und die Nutzungsverträge ausschließlich auf seinen Namen schreiben. Sehr dominant muß er ja gewesen sein, Herr H., mit seinen Verbindungen und Ideen. Jedenfalls hat er sich bei Verhandlungen mit der Stadt nicht viel helfen lassen. Ja so war das im Frühjahr 90. Irgendwann stellte in einer ruhigen Minute des Wendechaos jemand fest, daß die Stadt Häuser gar nicht so ohne weiteres haben/verwalten darf und so bekam die LWB erneut die Verantwortung für das, was jetzt die BesetzerInnen bewohnen. Inzwischen waren auch noch andere Häuser besetzt worden und als die Reaktionskonzerte in Connewitz einen ständigen Raum bekamen, war wohl endgültig klar, daß Connewitz das linke Zentrum Leipzigs werden würde, obwohl auch einige besetzte Häuser in einer Straße nah der Innenstadt anfangs günstige Voraussetzungen zu bieten schienen.
Wie schon gesagt, die LWB bekam die Häuser von der Stadt zurück, allerdings waren alle Akten verschwunden. So kam es, daß die LWB die Nutzungsverträge nicht kannte und folglich auch nicht akzeptierte. Aus heutiger Sicht ist das wohl eher ein Glück, denn mit der Zahl der besetzten Häuser wuchs auch die Zahl der Vorstellungen. Vorstellungen, die die Hausbesetzungen nicht mehr ausschließlich als Akt der Wohnraumsbeschaffung sahen, sondern mit immer schneller wachsenden Mieten auch politische Aspekte einbezogen, Menschen die durch die Instandbesetzung eines Hauses auch Protest gegen die Politik der Stadttochter LWB leben wollte, die in einer Zeit des Wohnungsmangels regelrecht Mietwucher betreibt, um wirtschaftlich zu arbeiten. Als ob Wirtschaftlichkeit wesentlicher wäre, als das Menschenrecht Wohnen. Doch wenn die LWB ihre Mieter auch aussaugt soweit es irgend geht, so ließ sie doch die HausbesetzerInnen in Ruhe. Diese sprachen ausschließlich mit der Stadt. Dort ließ Herr Tschense, Leiter des Wohnungsamtes, das zum Dezernat Recht, Ordnung und Sicherheit gehört, Anfang Januar hören, daß von Seiten der BesetzerInnen doch mal über Leihverträge nachgedacht werden solle. Ja der Herr Tschense, der im Rathaus inzwischen als profilierter, den BesetzerInnen zugetaner Insider gehandelt wird, gibt gern mal einen Tip weiter. Doch sollten sich leichtgläubige BesetzerInnen davor hüten, diesen Tips mehr Bedeutung zuzumessen, als sie haben, denn offensichtlich sind es die Tips eines Herrn Tschense und nicht die Tips eines Leiters des Wohnungsamtes, der schon Entscheidungen vorbereitet. So ist es zu erklären, daß nachdem die Connewitzer Alternative für ihre 14 Häuser Leihverträge vorlegte, plötzlich 9 Häuser mit Restitution (Rückführungsantrag ehemaliger BesitzerInnen) belegt waren und deshalb nicht mehr zur Verhandlung standen, während das Stichwort für die verbliebenen 5 Häuser Erbbaurecht war. Die BesetzerInnen der Alternative überdenken also Erbbaurecht und in der Zeit des Überdenkens frißt die Restitution 3 weitere Häuser. Bleiben zwei und für diese beiden stellten die BesetzerInnen entsprechende Anträge bei der LWB. In der nächsten Aufsichtsratssitzung wurden diese Anträge dann vom Vorstand der LWB beraten. Was dabei genau vor sich ging, ließ sich nicht genau rekonstruieren, jedenfalls tauchte die Meinung auf, die BesetzerInnen hätten eh kein Geld und die Anträge wurden daraufhin abgelehnt. Als die BesetzerInnen die Begründung erfuhren, gab es ein großes Hin und Her mit dem Ergebnis, daß die ganze Sache totgeredet wurde.
Mausetot waren die Gespräche mit Stadt und LWB, als im Juli 92 Streetworker die Kunde brachten, daß Herr Tschense am 21.7. ein Treffen plane, bei dem Nutzungsverträge ernsthaft(!) überdacht werden sollten, wobei er sogar so ehrgeizig war, alle Verträge bis Ende August abgeschlossen haben zu wollen. Im Ergebnis dieses Treffens stimmte der neu berufene LWB-Geschäftsführer Herr Blum, dessen Vorgänger wegen Inkompetenz gefeuert worden war, einem Vertragsabschluß mit den 14 Häusern der Connewitzer Alternative zu. Während den restlichen Häusern, die sich in einem BesetzerInnenrat koordinierten, mitgeteilt wurde, daß sie gemeinnützige Vereine gründen sollten, für die das Jugendamt die Häuser von der LWB anmiete. Dies wurde von einigen Häusern dann auch gemacht, wohingegen andere sich weigerten Vereine zu gründen und Verträge als lose Hausgemeinschaften abschließen wollten. Letz-



tendlich landeten aber alle Häuser bei der Niederlassung Süd der LWB, die nur noch die konkreten Einzelheiten aushandeln sollte. Zu diesem Zwecke wurden in den Räumen der Niederlassung Süd den BesetzerInnen normale Mietvertragsmuster vorgelegt, in denen eine Befristung auf 5 Jahre vorgesehen war und die durch zwei Anlagen ergänzt worden waren, welche das Rechtsamt ausgearbeitet hatte. Anlage 1 wiederholte einige Passagen der Hausordnung, wie Nachtruhe, Verschmutzung der Nachbargrundstücke und Ähnliches mit dem Zusatz, daß bei Verstoß gegen diese Punkte durch die Hausgemeinschaft oder deren Gäste, die Verträge fristlos gekûngigt werden können. Eine absolut unübliche Vereinbarung, die bei einem späteren Treffen mit Herrn Tschense und Rechtsamtschef Lenze als politische Geste an Opposition und Bevölkerung erklärt wurde. Abgemildert wurden die Konsequenzen der Anlage 1 durch die Tatsache, daß entgegen den ursprünglichen Intentionen die Verträge nicht für ganze Häuser, sondern für einzelne Wohnungen angeboten wurden. Wer diese Veränderung vorgenommen hat, bleibt unklar. Der Aufsichtsrat der LWB wurde kurz nachdem die Entscheidung gefällt wurde, in welcher Form die Verträge angeboten werden, aufgelöst. Es wird aber behauptet, die Veränderung sei von einer Mitarbeiterin der Niederlassung Süd eigenmächtig vorgenommen worden, da diese als ehemalige Schwarzwohnerin mit den Beset-


Tschense

zerInnen sympathisiere. Womit die Schuld nach unten deligiert wäre.
Anlage 2 regelt die Instandsetzungsarbeiten, die ausschließlich von den BesetzerInnen durchgeführt bzw. bezahlt werden sollen. Andernfalls droht auch hier die fristlose Kündigung. Die Arbeiten umfassen dabei alles, von der Elektrik, Gas bis Dach. Bei dem Zustand einiger Häuser sind allein die Kosten von Einzelbereichen immens und das selbst dann, wenn nur die sicherheitstechnisch relevanten Sachen mit maximalen Eigenleistungen gemacht werden. Ganz nebenbei war noch vermerkt, daß die BesetzerInnen auf ihr Wegnahmerecht ersatzlos verzichten. D.h., die Arbeiten und Materialkosten werden bei Kündigung oder Auszug nicht zurückerstattet. Etwas Derartiges ist nach geltendem Recht nicht möglich, aber Argumente waren zwecklos. Das Verhandlungsteam der LWB hatte seine Order vom Aufsichtsrat und nach denen standen die Anlagen nicht zur Diskussion. Erst nach Rücksprache mit der Stadt wurde wenigstens eine Entschädigung vorgesehen. Aber sonst verliefen die Verhandlungen mit den deutlich überforderten VertreterInnen der LWB sehr zäh und ohne sich in wesentlichen Punkten zu bewegen.
Ähnlich war es bei der Befristung auf 5 Jahre, die keinen vernünftigen Sanierungsplan, ge-

CDU FRAKTION DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG LEIPZIG

F 58

Geschäftsstelle der CDU-Fraktion
Neues Rathaus · Zimmer 180/181
O-7010 Leipzig
Telefon 791/21 20 und 791/21 75
Telefax 791/21 25

Leipzig, 5. August 1992

Stadtverordnetenversammlung 2018/92 Leipzig
Eing. 13. AUG. 1992
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Anfrage an die Stadtverwaltung zur SVV am 26.08.1992

In den letzten Wochen war aus einer Vielzahl von Presseveröffentlichungen der Eindruck zu gewinnen, daß Ordnung und Sicherheit im Stadtteil Connewitz erheblich gefährdet sind:

. mehrere Häuser im Bereich Auerbachstraße, Leopoldstraße usw. sind durch Mitglieder der sogenannten "autonomen Szene" besetzt worden;

. es kam zu sinnlosen Zerstörungen an zur Sanierung vorgesehenen Häusern (Auerbachstraße 4 - 10, Biedermannstraße 24);

. die rechtmäßig in diesem Gebiet wohnenden Bürger, insbesondere ältere Menschen, sind in hohem Maße verunsichert und fühlen sich von den Verantwortlichen der Stadt im Stich gelassen.

Eine weitere Ausbreitung autonomen Hausbesetzerterrors bringt die Gefahr mit sich, daß der Stadtteil Connewitz zu einer Mischung aus Hafenstraße und Bronx verkommt. Dies muß mit allen Mitteln im Interesse der dort lebenden Bürger verhindert werden; zumal eine solche Entwicklung dem Ruf der Stadt Leipzig erheblich schaden würde.

Wir fragen daher an:

1. Welche Maßnahmen ergreift die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei und mit der LWB, um die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der rechtmäßig in Connewitz lebenden Bürger wiederherzustellen, und welche Ergebnisse wurden bisher erreicht?

2. Inwieweit wird der von der Stadt subventionierte Verein "Connewitzer Alternative e. V." in entsprechende Bemühungen einbezogen, und wie wird seine Position in diesem Konflikt von der Stadtverwaltung eingeschätzt?

i.A. [signature]
Manfred Heine
Vorsitzender
Ke

I/19

7.4. CDU-Fraktion: Anfrage an den Oberbürgermeister zur Öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Stadtteil Connewitz (F 58/92)

Seitens der Verwaltung bestehe folgender Sachstand: Der Fortgang der Sanierungsarbeiten im Gebiet Connewitz sowie der massive Protest aus der Bevölkerung über die auf Grund der Hausbesetzungen herrschenden Zustände hätten es erforderlich gemacht, eine Gesamtkonzeption für den weiteren Umgang mit Jugendlichen zu entwickeln, wobei es darum gehe, das aufgestaute Gewaltpotential so gering wie möglich zu halten. Die insbesondere in den letzten Wochen geführten Gespräche seien darauf gerichtet gewesen, die Interessen der Anwohner zu vertreten sowie Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Straff gestaltete Verträge mit entsprechenden Auflagen könnten Jugendliche am ehesten in die Pflicht nehmen, sich den Normen des Zusammenlebens mit anderen Bürgern anzupassen. Weiter werde es als notwendig angesehen, die Polizeiarbeit in diesem Gebiet zu verstärken, ... Seitens der LWB seien Nutzungsverträge für alternative Wohngruppen angeboten worden, wobei es sich ausschließlich um zur Sanierung vorgesehene Grundstücke handele: Als Termin sei der 21. August festgelegt worden. Hausbesetzer, die sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht mit der Verwaltung in Verbindung gesetzt hätten, müßten nunmehr mit einer Räumung rechnen. Die Verhandlungsbereitschaft der Stadt dürfe keinesfalls als Schwäche mißverstanden werden.

Mit drei weiteren Gruppen in drei besetzten Häusern seien keine zeitlich begrenzten Nutzungsverträge geschlossen worden. Der Vermieter sei aufgefordert worden, Schritte zur Räumung zu veranlassen.

Ist Leipzigs Wohnungsmarkt noch zu retten? Diese Frage stellen sich inzwischen immer mehr Betroffene in der Messestadt. Dabei sind sich Mieter- und Hausbesitzerverein, Verantwortliche im Rathaus und Makler bei allen unterschiedlichen Auffassungen schnell einig darüber, daß die verantwortlichen Politiker wohl noch gar nicht begriffen haben, was für eine Zeitbombe hierzulande tickt. Schlaglichtartig wurde das erhellt, als der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft, mit etwa 150 000 verwalteten Wohnungen die größte Wohnungsgesellschaft Europas, der finanzielle Zusammenbruch drohte. 100 Millionen DM an aufgelaufenen Schulden und Aufträge für 300 Millionen DM, für die bis dato noch keine Absicherung vorhanden ist, - das sind unvorstellbare Summen, mit denen - immer zu Lasten des Steuerzahlers - jongliert wird, ohne daß es offensichtlich eine parlamentarische Kontrolle gibt. Und ... 20 DM pro Quadratmeter einpegeln. Leipzig hat auf diesem Gebiet also schon locker das Niveau von Hamburg erreicht.

Das führt mittlerweile dazu, daß Wohnungen von Einzelpersonen oder Familien kaum noch angemietet werden können. Stattdessen springen immer öfter Unternehmen ein, Wohnungen für ihre Mitarbeiter anzumieten. Der Wohnungsmangel in Leipzig, so sehen es auch Wirtschaftsverbände dieser Stadt, entwickelt sich immer mehr zu einem Standortnachteil und damit zu einem Investitionshemmnis. Da ist es um so unverständlicher, wenn allein 10 000 im Besitz der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) befindliche Wohnungen leer stehen. Sowohl der Stadtrat für Ordnung und Sicherheit, Eberhard Gemkow, als auch Wohnungsamtsleiter Tschense machen dafür nicht zuletzt die Landesregierung in Dresden verantwortlich. Abgesehen davon, daß es [illegible] Wohnungs[illegible] und die Landesregierung [illegible] immer noch der Ansicht [illegible], daß der Freistaat Sachsen kein Wohnungsbau[illegible]gesetz brauche. Ohne ein solches Gesetz könne aber nichts gegen private Vermieter (in diesem Sinne wäre auch die LWB ein solcher) unternommen werden, die ganz bewußt ihrer Instandhaltungs- und Vermietungspflicht von Wohnungseigentum nicht nachkommen, klagen die Kommunalpolitiker. Und so kommt es, daß in Leipzig immer mehr Vermieter und auch Wohnungsgenossenschaften Wohnraum leerstehen lassen, um später einmal, wenn in dem Haus mehrere Wohnungen leer sind, kostengünstiger sanieren zu können. Nicht zuletzt macht in Hausbesitzerkreisen das geflügelte Wort die Runde, daß ein leerstehendes Haus immer wertvoller ist, als eines mit lästigen Mietern drin.

aus LEO



schweige denn zu beantragende Finanzmittel von Stadt oder EG zuläßt. Besonders der Zusatz, daß eine Kündigung nach dieser Frist aufgrund von Sanierungsarbeiten vorgesehen ist, verleiht dieser Klausel eine enorme Bedeutung, liegen doch alle besetzten Häuser in Connewitz in mittel- oder kurzfristigen Sanierungsgebieten. Wer glaubt da schon den Beteuerungen der LWB, daß sie solche Arbeiten natürlich nicht durchführen würde, sollte sie noch Eigentümerin der Häuser sein, zumal diese Beteuerungen nirgendwo niedergeschrieben sind, gibt es doch kein einziges Protokoll zu den Verhandlungen mit Stadt oder LWB.
Oder der andere heikle Punkt der Miethöhe. Will doch die LWB tatsächlich volle Miete für Wohnraum, der sich nach ihren eigenen Angaben in nichtvermietbarem Zustand befindet. Mietminderung wird nur in Form von Instandsetzungsaufwendungen gewährt, die ja auch in den Besitz der LWB übergehen. Ich würde so etwas als Mietzahlung in Naturalien, aber nicht als Mietminderung bezeichnen. Also maximaler Profit ohne Einsatz. Ein Vertragsentwurf von BesetzerInnen wurde ohne Begründung abgelehnt. Und auch sonst war jeder Versuch, eine Änderung der wesentlichen Punkte herbeizureden fruchtlos, war doch das letzte Argument immer, sie haben die Häuser widerrechtlich besetzt, sie begehen Hausfriedensbruch (juristischer Schwachsinn, hatte doch niemand gefordert, die Häuser seien zu räumen) und wenn`s ihnen nicht paßt, können sie ja ausziehen.
In diese Situation des zeitfressenden und nervenaufreibenden Verhandlungspokers, bei dem die BesetzerInnen übereinstimmend das Gefühl hatten, mit den falschen Leuten zu verhandeln, die fehlende Kompetenz durch das Blättern in der Taschen-

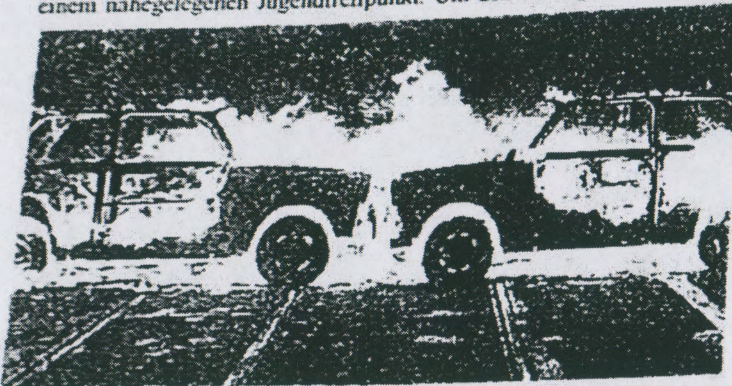


buchausgabe des BGB wettzumachen suchten, platzten die Ereignisse des 27./28. November, die den gerade einschlafenden Verhandlungen eine neue Richtung geben sollten.

Am Rande des Atomkrieges...

27./28.11.1992

Aus heutiger Sicht stellen sich die Ereignisse wie folgt dar:
Gegen halb acht Uhr abends randalierten 2 junge Menschen in der Leopoldstraße in Connewitz. Sie zerschlugen Autoscheiben. Die Polizei wurde informiert und traf rund eine Stunde später mit einem Aufgebot von 19 Beamten und einer Beamtin am Ort ein, um die "KFZ- Beschädigungen" zu prüfen. Dabei haben sie "mehrere, teils vermummte Personen" in der Umgebung gesehen. Kurz darauf klirrten Schaufensterscheiben in der Straße und die Polizei konnte zwei "Tatverdächtige" verhaften, nachdem der Besitzer der Scheiben sie wiedererkannt hatte. Daraufhin holte ein Freund der beiden Hilfe aus einem nahegelegenen Jugendtreffpunkt. Um den Gefangenen zu helfen,



setzte sich nun eine 15 bis 20- köpfige Gruppe in Richtung Leopoldstraße in Bewegung. Dort griffen sie die immer noch anwesende Polizei mit Steinwürfen an. Dabei ging die Frontscheibe eines Polizeibarkasses zu Bruch. Die Polizistin Oertel fühlte sich nun so bedroht, daß sie ihre Pistole zog. Sie warnte vor einem Schuß, und als sich die Situation nicht entspannte, gab sie zwei "Warnschüsse" ab, von denen einer die Hüfte eines jungen Mannes durchschlug.

Die erste Version vom Warnschuß halten wir für sehr unglaubwürdig, da die Polizistin im Barkas saß, also gar nicht in die Luft schießen konnte. (Das verstehen wir unter einem Warnschuß.) Auch die zweite Variante der Polizei, in der sie von Notwehr spricht, scheint an den Haaren herbeigezogen, zumal Frau Oertel schon früher einmal durch einen besonders hysterischen Angriff auf die Fahrräder von TeilnehmerInnen einer Fahrraddemonstration auffiel, wobei noch zu sagen ist, daß damals keiner ihrer Kollegen den geringsten Anlaß sah, auch nur aus dem Auto zu steigen.

Die Polizei entfernte sich dann aus der Leopoldstraße und von diesem Zeitpunkt an, der Schuß fiel gegen 22.35 Uhr, entwickelte sich alles rasend schnell.

Die Kunde, daß die Polizei scharf schießt und trifft, verbreitete sich mit Windeseile in Connewitz. Das Gerücht, die Räumung aller besetzten Häuser stünde jetzt bevor, kam noch hinzu. Die Stimmung war extrem spannungsgeladen. In der Leopoldstraße wurde aus Protest (und zum Schutz) eine Barrikade gebaut und angezündet. Auch in einer anderen Straße wurde an Barrikaden gebaut.

Am Connewitzer Kreuz führte die Polizei zu der Zeit Fahrzeugkontrollen durch. Dabei zeichnete sie sich besonders durch Brutalität aus. So wurde eine junge Frau aus ihrem Auto gezogen, mit Gummiknüppeln bewußtlos geschlagen und mit Fußtritten wieder zum Leben erweckt. Anschließend mußte sie sich an die Wand stellen und wurde durchsucht. Zuschauer dieser Szenerie waren einige Neonazis. Sie konnten sogar Menschen anpöbeln und beschimpfen, die Polizei unterband dies nicht,

Flugblatt aus Leipzig
Gemeinsame Erklärung verschiedener Wohn- und Kulturprojekte Leipzig-Connewitz

Nur druch die Besetzungen engagierter Leute wurde Connewitz zu jenem Sanierungsgebiet, das die Stadt jetzt so gern als Exempel für das Greifen marktwirtschaftlicher Bauplanung hochhält.

Wir, die VerfasserInnen dieser Erklärung, sind einer Umstrukturierung und Kommerzialisierung im Wege. (Das beweist nicht zuletzt der gesamtheitliche Raumungsantrag der CDU-Fraktion vor einigen Wochen im Stadtparlament.)
Eine Umstrukturierung bedeutet auch, daß über kurz oder lang die jetzigen altansässigen ConnewitzerInnen aus diesem Viertel herausgedruckt werden (hohe Mieten, Yuppiesierung, Kommerzialisierung und "Sterilisation" des Viertels).
Die brachiale Reaktion der Polizei ist für uns nur im Zusammenhang mit den Zukunftsplänen der Stadtverantwortlichen zu betrachten. Da der Antrag der CDU/DSU abgeschmettert werden konnte und sie es nicht schafften, uns öffentlich als Kriminelle zu denunzieren, mußte der Grund eben geschaffen werden. Hätte es den Vorfall durch die beiden Jugendlichen in der Leopoldstraße nicht gegeben - den wir im übrigen auch ablehnen - hätte sicherlich ein anderer Grund herhalten müssen, um uns zu diesen Kriminellen stempeln zu können, zu denen sie uns jetzt in den Medien und Parteien stempeln und stempeln wollen.
Die Polizeiaktion war für uns von langer Hand vorbereitet! Das beweist der unverhältnismäßige Polizeieinsatz bei der Klärung des Sachverhaltes, in den 2 (!) Jugendliche verwickelt waren und der darauf erfolgte Polizeisturm auf das Haus in der Leopoldstraße 9. Es gibt einfach keine Rechtfertigung für diesen unverhältnismäßigen "Aufwand"! In jedem anderen Fall wäre bei diesem Tatbestand ein "normales" Ermittlungsverfahren eingeleitet worden (die Namen der Verdächtigen waren darüberhinaus sogar bekannt)!

Bei den bestehenden Unklarheiten und der Hinhaltetaktik durch inakzeptable Vertragsvorschläge für die einzelnen Häuser und Projekte war die Reaktion speziell im Fall der Leopoldstraße vorauszusehen. Für uns ist es klar: wenn jemand kriminalisiert werden soll, dann kann es nur die Polizei sein. Die Polizei schwört wissentlich selbst eine Situation herauf, der sie sich dann "urplötzlich" nicht mehr gewachsen sieht. Die versuchte Tötung ist durch nicht zu rechtfertigen! Wo, so fragen wir, ist die Polizei so schnell und so massiv vor Ort, wenn EmigrantInnenheime oder die EmigrantInnen selbst angegriffen werden?! Wann war die Polizei jemals so schnell vor Ort, wenn Rechtsradikale und Neonazis Wohn- und Kulturprojekte angriffen?!
Wir appellieren an Sie, betrachten Sie die Geschehnisse gesamtheitlich. Begreifen Sie, daß wir nicht dumme Kriminelle und Gewalttäter sind, die Spaß an der Randale haben.
Wir sind nach wie vor grundsätzlich zu einer friedlichen Lösung der Probleme in Connewitz bereit.
Connewitzer



Ein Punk führt zwei Polizisten ab, die ihm durch besonders brutales Verhalten aufgefallen sind.

Bürgerversammlung Ausspruch

"Es reicht mir, wenn ich die Ratten aus diesem Schuppen kriechen sehe..." - gesagt im Dezember 92 nach den Ereignissen vom 27./28. über das Zoro von einem älteren Bürger der werktätigen Bevölkerung auf einer Bürgervereinsversammlung im Hotel Schilling zu einer Runde Samsonite- Geschäftskoffern nebst Trägern in bester Managerkluft.

und sie drängte überdies noch Hand in Hand mit dem Faschistennachwuchs die Leute von der Straße. Die Nazis gingen dann später zu einem Konzert ins Werk II, dort, wo die Polizei später auch die Möglichkeit haben sollte, ihre Wasserwerfer zweimal mit je 5000 Litern neu zu betanken.
Vom Barrikadenbau aufgeschreckt, holte sich die Polizei Verstärkung aus Dresden, Chemnitz und aus dem sächsisch- anhaltinischen Halle. Diese war auch prompt zur Stelle, wußten doch die dortigen Kräfte bereits 15.00 Uhr von dem bevorstehenden Einsatz in Leipzig.

Als sie dann gegen Mitternacht am Kreuz angegriffen wurde, entwickelte sich eine Straßenschlacht zwischen insgesamt 291 BeamtInnen und 150 sich spontan solidarisierenden jungen Menschen. Die Polizei setzte neben den PolizistInnen selbst auch Hunde, Schilde, Knüppel, Tränengas- und Nebelgranaten und Wasserwerfer ein. Die "Störer", die mit allem warfen, was zur Verfügung stand, wurden in Richtung Süden abgedrängt. Auf diesem Weg zerstörten (meist auswärtige) RandaliererInnen kleine Läden und plünderten sie aus. Das führte zu heftigen Kontroversen unmittelbar am Ort des Geschehens, doch da viele Leute in Leipzig zu einer Party waren, so waren sie durch Alkoholkonsum kaum in der Lage und Willens, in einer solchen Extremsituation nachzudenken, wollten vielmehr ihren Spaß haben.
Während der ganzen Zeit nutzten Kameraleute in Uniform die Gelegenheit, um möglichst viele Gesichter, aber auch Häuserfronten und (möglichst) -einblicke festzuhalten. Deswegen vermummten sich viele Leute.
Als ins nächstgelegene Jugendzentrum die Kunde kam, die Polizei rücke näher, brach dort Chaos aus. Einige verfielen in Panik, andere hingegen wollten etwas erleben. Überstürzt und strategisch völlig deplaziert wurde eine Barrikade gebaut. Als die Polizei dann anrückte, flüchtete eine Anzahl Leute in das Jugendzentrum hinein, während der übergroße Teil an diesem vorbeirannte. Anstatt aber nun die Weiterflüchtenden zu verfolgen, wurde die Gelegenheit genutzt, das Jungendzentrum zu stürmen. Und obwohl bis auf zwei oder drei alle Anwesenden völlig unbeteiligt waren, mußten sich alle auf den Boden legen und sie wurden verhaftet, bis die Knastautos voll waren. Selbst eine Krankenschwester, die ihrer Pflicht nachkam, wurde mitgenommen. Vorm Abtransport mußten die Verhafteten auch noch einen Spießrutenlauf mit gezielten Schlägen auf Kopf und Oberkörper mitmachen. Anschließend wurde das Jugendzentrum durchsucht (wonach auch immer), wobei Türen, durch die Polizei mußte, aufgebrochen wurden, ohne auch nur zu klinken. Eine mitgeführte Kettensäge war dabei wohl doch nur Abschreckung und kam nicht zum Einsatz.
Die meisten, der an diesem Abend 41 Inhaftierten, wurden aus dem Jugendzentrum heraus verhaftet, bis zum Ende der Polizeiaktion um 4.18 Uhr war nur noch sporadischer Widerstand gegen die "Ordnungshüter" zu verzeichnen.
Die Feuerwehr, sie stand ja schon Stunden bevor die erste Barrikade brannte bereit, löschte, die Notärzte arbeiteten auf Hochtouren.
Der Feuerwehr ist es auch zu verdanken, das es am nächsten Abend nicht wieder zu Gewalteskalationen kam. Einige (vermutlich) Neonazis schoben ein brennendes Auto in eine Barrikade des Vorabends und die Polizei, die überall Streife im Schrittempo fuhr, war augenblicklich mit großem Aufgebot zur Stelle. Sie ließ keine Verhandlungsversuche zu und ein Konflikt war vorgezeichnet. Die drei jungen Feuerwehrmänner erkannten die Situation richtig und vermittelten zwischen den Leuten dieser Straße und der Polizei.

Im Ergebnis dieser paar Stunden kommt einiges zusammen. Am schmerzlichsten sind wohl die insgesamt 42 Verhafteten, doch auch die vielen Menschen mit Platz-, Prell- und Schürfwunden, mit Knochenbrüchen, mit ausgekugelten Gelenken sind Resultat der Ereignisse. Der Teil der insgesamt rund 1 Million DM Sachschaden, der die kleinen LadenbesitzerInnen trifft, die ja das Connewitzer Stadtbild entscheidend präg(t)en, darf auf keinen Fall vergessen werden.
Die Probleme, die sich später ergaben, sind immens: AnwältInnenkosten müssen aufgebracht werden. Die Glaubwürdigkeit unserer Ideale ist bei vielen Leuten erst einmal weg. Connewitz wurde in zwei Lager gespalten, die Bürger auf der einen, die "Chaoten" auf der anderen Seite. Doch nicht nur negative Ergebnisse stehen zu Buche: Neben der Gründung des Koordinierungsgruppenbüros, empfinden wir es als äußerst positiv, daß wir und viele andere Menschen nachgedacht haben, und in Zukunft vielleicht besser mit Extremsituationen wie dieser umgehen können!



Daniel H. (17) liegt an Schläuchen auf der Wachstation vom St. Georg. Er wurde bei der Randale von der Polizei angeschossen.

Reporter der BILD-Zeitung besuchen als Onkel und Tantchen den angeschossenen Daniel im Krankenhaus und machen ein Exklusivinterview mit dem Ohnmächtigen.

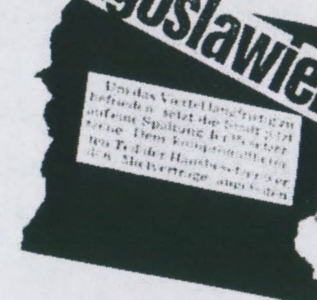
Connewitz würde heute nicht mehr stehen, hätten sich nicht Menschen gefunden, die mit Instandbesetzungen den Totalabriß verhinderten. Heute nun sehen die Pläne der "wichtigen" Menschen anders aus. Sie wollen aus Connewitz ein Nobelviertel machen, mit Mieten, die nicht für jeden Geldbeutel geschaffen sind, mit eigenem kleinen Zentrum rund ums Kreuz, mit noblen Läden, Restaurants und Hotels. In diesen Plänen spielen die BesetzerInnen nicht nur keine Rolle, sie stören sogar...
Zwei junge Männer zerschlagen Autoscheiben. War es eine konkrete Situation, die sie dazu veranlaßte, waren Rauschzustände schuld, war es das Herauslassen von Frust und Aggressionen, von lange Angestautem? Das ist heute wohl kaum noch nachvollziehbar. Fest steht nur: solche Dinge passieren täglich, nächtlich in Leipzigs Straßen. In der Straße vor dem Schauspielhaus werden jeden Morgen die Splitter von Autoscheiben zusammengekehrt, von Autos in die eingebrochen wurde, die geklaut wurden oder aber einfach nur so demoliert. Fest steht auch, daß die Polizei, anders als üblich, schon innerhalb einer Stunde da war, mit einem ebenfalls unüblichen großen Aufgebot. Handelt es sich dabei wirklich um normale Polizeiarbeit "Zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung"?
Als die Polizei dann noch ein zweites Mal auftaucht und zwei "Tatverdächtige" verhaftet, kommt es zu einer spontanen Solidarisierungsaktion. Das ist sicherlich ungewöhnlich im Ellenbogendschungel unserer Zeit, im Nur-an-sich-denken. Die Polizei ist verunsichert und als sie angegriffen wird, schießt Frau Oertel einen 17-jährigen nieder. Sicher kann gefragt werden, ob es notwendig war, die Polizei anzugreifen. Doch wenn ein Mensch täglich die Macht und Gewalt des Staates und seiner Büttel zu spüren bekommt, dann weichen Angst und Strategie sehr schnell Aufruhr und Gefühl! Haß wird zu Tatendrang, Resignation zu Euphorie. Wut, Frust und Aggression haben freien Lauf, bei allen Beteiligten! Mit dem Schuß war der Stein ins Rollen gekommen, eine Lawine sollte ihm folgen. Aber war es wirklich der Schuß? Was ist mit den täglichen Blicken der Leute, mit den Artikeln in der Zeitung, mit den Terrormeldungen aus dem ganzen Land? Was ist mit den Kaufhausdetektiven, mit der Mietpreisexplosion, mit der Politik? Was ist mit den Dingen, die dem Stein täglich den Halt abgraben?

Hausbesetzer

Was soll die Toleranz?

Es kam, wie es kommen mußte! Was soll die Toleranz gegenüber den „Hausbesetzern“ in Connewitz? Abgesehen von der „Connewitzer Alternative“ sind das Chaoten, die die Randale wollen. Was sagen nun die Abgeordneten vom Bündnis 90, von der PDS und andere zu den Vorgängen? Sie haben bisher die Räumung verhindert und damit den hiesigen Einwohnern und auch mir einen Bärendienst erwiesen! Sie sollten diese Banditen in ihrer unmittelbaren Nähe unterbringen. Vielleicht kommen sie dann zur Vernunft! Es war nicht nur ein Warnschuß nötig. Man sollte gezielt und scharf schießen! Es möge sich niemand wundern, wenn die Bürger zur Selbsthilfe greifen. Die Behörden wollen wohl nicht handeln. Es ist fünf nach zwölf!
W. S., 7030 Leipzig

nach dem 27./28.11.92
Leipzigs OBM Lehmann-Grube: *Besetzte Häuser im Stadtteil Connewitz bis Freitagabend freiwillig verlassen*
... Er betonte, daß die Stadt nach wie vor an einer friedlichen Lösung interessiert und mit Streetworkern in dem Gebiet präsent ist, um die verhärteten Fronten zu lockern.
Hinrich versicherte, auch in diesem Stadtteil mit "Zähigkeit und Beharrlichkeit" geordnete Verhältnisse herzustellen und dazu alle "rechtsstaatlich zulässigen Mittel" einzusetzen. Eine Lösung müsse gefunden werden, die all diejenigen schone, die "gutmütig und friedfertig" seien. Dazu sei man gegenwärtig mit den Besetzern von 13 Häusern in Kontakt, die zum Teil schon Mietverträge für alternative Wohnformen erhalten haben, hieß es.
Die Ermittlungen hätten auch ergeben, daß die meisten, der an der Straßenschlacht Beteiligten, älter als 18 Jahre und überwiegend aus Westdeutschland gekommen sind. Die Mehrzahl der Randalierer, die zur kriminellen Szene zu rechnen seien, lebe auch nicht in den besetzten Häusern, sondern seien sogenannte Gewalttouristen.



Und die Lawine sollte groß werden!
Von der neuen Qualität des Polizeiterrors aufgeschreckt, von der Angst um das eigene oder das Heim von FreundInnen aufgestachelt, geleitet von irgendwelchen Idealen, fand eine Solidarisierung statt. Eine breite, umfassende und schnelle. Das ist gut. Doch auch eine ziellose, planlose und nicht hinterfragte. Das ist sehr schlecht. Denn wenn Gerüchte erst einmal existieren, dann können sie sehr leicht auch Realität werden! Nachdenken ist angesagt, nachdenken darüber, ob es gut ist, den kleinen Laden zu plündern, ob es gut ist, eine Minibarrikade auf einer Maxistraße zu bauen, ob es gut ist, unbeteiligte Menschen und Objekte in irgend etwas hineinzuziehen. Nachdenken muß mensch aber auch darüber, warum die Polizei hier so schnell zugegen war, wo sie doch sonst so langsam ist! Ob es wohl stimmt, daß die Polizei nur deshalb schon 18 Uhr alarmiert war, weil sie Informationen über einen

Zweites Todesopfer in Hoyerswerda

...nung: „Viele der Instand-Besetzer werden von gewalttätigen Chaoten verdrängt.“
...Wer in Leipzig-Connewitz wohnt, hat Angst. Täglich, nächtlich kann es zu Krawallen kommen. Schaufenster gehen genauso zu Bruch wie Wohnungsfenster, in denen Adventssterne friedlich leuchten. Niemand wird von den Nachbarn mit den bunten Haaren, schwarzen Kapuzen und ungehorsamen Schäferhunden verschont. Sie machen das Straßenbild unsicher und trüben den Investorenblick auf die lichte Zukunft der Messestadt.

...n Rostock-Lichtenhagen...

Wut der Jugendlichen ist verständlich

Obwohl ich ... wohne, verfolge ich trotzdem aufmerksam die Geschehnisse im Wohngebiet. Insbesondere in letzter Zeit, als die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen zunahm, aber auch die Stimmen zum Erhalt des Connewitzer Flairs sich mehrten.
In Anbetracht der Pläne des Stadtplanungsamtes (Artikel „500 Millionen Mark sollen Connewitz schöner machen“ vom 15. Februar) kann ich recht wohl die Sorgen der Anwohner und die Wut der Jugendlichen verstehen. Ich bezweifle, daß dieses Vorhaben eine „große Chance für den gesamten Stadtteil“ ist. Allein die Tatsache, daß ein weiterer Jugendclub bei ohnehin fehlenden Freizeitmöglichkeiten ersatzlos gestrichen wird, programmiert Gewalttätigkeit in einem Stadtteil, wo die unterschiedlichsten Lebensauffassungen der Jugendlichen schmerzhaft aufeinander geprallt sind, vor.
1000 Quadratmeter vom geplanten 38 000 Quadratmeter großen Warenhausareal für kulturelle Zwecke abgezweigt, hätten die Politikverdrossenheit und dem Gefühl des nicht akzeptiert werden bei den Jugendlichen begegnen können. Ein Kino und eine Erlebnisgastronomie allein kann d...

Überfall von Rechten auf Connewitz hatte? Ob das wohl stimmt? Es stimmt,

Andreas Nitzsche, Richard-Lehmann-Straße: „Raus, fort, weg mit diesen Leuten! Am besten alle in einen Sack stecken und mit dem Knüppel draufhauen. Man kann sich doch nachts nicht mehr alleine da hintrauen, weil man nicht weiß, ob man eins auf den Kopf kriegt. Ich gebe mich mit denen gar nicht erst ab.“



daß sich Hooligans an den Ausschreitungen gegen die Polizei beteiligten. Ob das nicht einen Grund hat? Warum wohl prügeln sich die Hools jedes Wochenende untereinander oder mit der Staatsgewalt? Und warum liest mensch in der Zeitung kaum etwas darüber? Warum ist es so, daß nahezu jede Woche Menschen umgebracht werden von Neofaschisten und Rassisten? Warum ist unsere Welt so unmenschlich? Warum?

Auf alle Fragen gibt es Antworten. Auf viele Fragen gibt es mehrere Antworten. Auf manche Fragen darf es keine Antwort geben. Für viele Menschen gibt es keine Fragen...

Staat statt Stadt-oder Hau den Lukas!

Um die Rolle des Innenministeriums in Leipzig zu verstehen, muß etwas weiter ausgeholt werden.

Der Freistaat Sachsen wird von der CDU regiert. Sie hat auch das Innenministerium mit Heinz Eggert unter ihren Fittichen. Herr Eggert ist ein Ostdeutscher und stellvertretender CDU-Vorsitzender. Er brachte sich auf diesen Posten durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit (Er hat inzwischen zugeben müssen, daß sein Aufenthalt in der geschlossenen Anstalt zu DDR-Zeiten nicht politisch, sondern krankheitsbedingt war!) kurz vor dem CDU-Parteitag, im Rücken einige ostdeutsche Länder, die ihn als einzigen ostdeutschen Kandidaten, unterstützten.

Die Stadt Leipzig ist SPD-regiert unter Führung des Hannover-Imports Hinrich Lehmann-Grube. Er hat in Hannover bereits einschlägige Erfahrungen mit Hausbesetzungen und Chaostagen gesammelt. Damals trat er als brutaler Räumer auf. Zum Thema Connewitz sagte er sinngemäß: "Es gäbe kein Connewitz, wenn es nach mir ginge."! Das ist zum Glück nicht der Fall. Die Stadt hat bereits 1990 alternatives Wohnen offiziell als Wohnform anerkannt und dazu einen Ausschuß gegründet, der jedoch binnen eines Jahres eingeschlafen war. So muß festgestellt werden, daß die Stadt quasi keine Meinung zu Connewitz und den besetzten Häusern hat.

In diesen Zustand hinein platzte dann der 21.3.1992. Ein massiver Polizeieinsatz gesteuert aus Dresden fand statt. Das Ergebnis war, daß starke Kritik durch alle Bereiche der Öffentlichkeit an der Vorgehensweise der Polizei laut wurde. Die Notwendigkeit solch harter Maßnahmen war nicht nachvollziehbar. Heinz Eggert sagte dazu dann, daß die Stadtregierung Leipzigs unfähig wäre und betonte die alleinige Polizeigewalt des Freistaates in der Stadt. Er war aber bereit Leipzig noch eine Chance zu geben...

Etwas Zeit ging ins Land und Europa kam näher. Das gemeinsame Haus soll natürlich nicht nur nach außen hin abgeschottet, sondern auch im Inneren saubergehalten

Das sagt Leipzigs Sicherheitsdezernent

Eberhard Gemkow: „Das Experiment scheint gescheitert"

Sicherheitsdezernent Hans-Eberhard Gemkow (CDU) kennt schon seit Monaten die Problematik in Connewitz: „Bisher versuchten wir, alle Gruppen einzubeziehen, gingen mit der Toleranz sehr weit. Dieses Experiment scheint jetzt gescheitert. Leipzig ist kein Ort für Kriminelle – die Straßenschlacht war ein extrem krimineller Akt. Gemeinsam mit der Polizei und dem Ordnungsamt erarbeiten wir jetzt eine Strategie, wie wir die Problematik mit rechtlichen Mitteln lösen. Es wird geprüft, ob Leute, die mit uns um Mietverträge verhandelten, bei den Steinewerfern dabei waren. Mit den friedlichen Besetzern der Connewitzer Alternative werden wir selbstverständlich weiterhin sensibel umgehen."



Das sagt die Polizei

„Für so etwas sind viele Polizisten nicht ausgebildet"

Polizeioberrat Heinz Theuß (46) leitete den Einsatz: „Noch nie während meiner 25jährigen Dienstzeit habe ich solch unglaubliche Brutalität erlebt. Wir hatten es mit Gewalt- und Straftätern zu tun, die vor nichts zurückschreckten. Die Polizei kam in arge Bedrängnis. Wir mußten massiv durchgreifen. Das haben wir getan.

Dabei kann es passieren, daß auch Unschuldige was abbekommen. Aber auch Polizisten sind nur Menschen, die Angst haben und bei denen die Nerven durchgehen können. Einige waren vielleicht überfordert. Kein Wunder! Bis Mitternacht waren nur Streifenpolizisten im Einsatz, die für solche Situationen nicht ausgebildet sind."

MoPo

Oberkommissar Axel Hollas (43) vom Polizeirevier Leipzig-Süd: „In die Leopoldstraße trauen wir uns nur mit Helm und Schutzkleidung. Hier muß jeder Beamte mit Steinwürfen und anderen tätlichen Angriffen rechnen!" Nachbarn, die sich über den Krach der Hausbesetzer beschwert hatten, wurden in ihren Wohnungen überfallen und verprügelt. Autobesitzer parken nur noch in „sicherer" Entfernung.

Generalbundesanwalt

Linke Gefahr ist größer als rechte

München (dpa). Trotz Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt sieht Generalbundesanwalt Alexander von Stahl eine größere Gefahr durch linksextreme Gruppen wie die Rote Armee Fraktion (RAF).

Die Gefahr von rechts schätzt er geringer ein, weil sich im Gegensatz zum politisch motivierten Gruppenterror von links noch keine festen „organisatorischen Verbindungen" gebildet hätten. 70 Prozent der rechtsextremen Täter seien unter 21 Jahre und nur „dumpf anpolitisiert".

LVZ 17.2.93



CDU-FRAKTION DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG LEIPZIG

Stadtverordnetenversammlung Leipzig 05 Eing. 07. OKT. 1992 Büro der Stadtverordnetenversammlung

Geschäftsstelle der CDU-Fraktion
Neues Rathaus · Zimmer 180/181
O-7010 Leipzig
Telefon 781/21 20 und 781/21 28
Telefax 781/21 25

A 297/92

A n t r a g an die Stadtverordnetenversammlung am 21.10.1992

Wiederherstellung von Recht, Ordnung und Sicherheit in Connewitz

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung und die Vertreter der Stadt Leipzig im Aufsichtsrat der LWB werden beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um bis zum Jahresende im Stadtteil Connewitz Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Ordnung und Sicherheit der Bürger wiederherzustellen.

Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

- sofortige polizeiliche Räumung aller widerrechtlich besetzten Häuser
- umgehende bauliche Sicherung aller leerstehenden Häuser vor illegalem Betreten
- Einwirken auf die Polizei, um solange wie erforderlich eine stärkere Polizeipräsenz in diesem Stadtteil zu sichern
- Sicherung einer ausreichenden Straßenbeleuchtung

Begründung:

Die Stadtverwaltung bemüht sich seit längerem um ein differenziertes Vorgehen gegen die illegale Hausbesetzerszene in Connewitz.
Dabei traten mehrfach Kompetenzstreitigkeiten zwischen Stadt, LWB und Polizei auf.
Aus Sicht der Bürger hat sich die Situation in diesem Stadtteil noch nicht verbessert. Inzwischen werden außer friedlichen Bürgern sogar schon Polizisten Opfer von autonomen Chaoten.
Es ist an der Zeit, daß die Stadtverordnetenversammlung der Stadtverwaltung und der städtischen Wohnungsgesellschaft den eindeutigen Auftrag erteilt, den autonomen Hausbesetzerterror umgehend zu beenden.

Beratung des Antrages der CDU-Fraktion A 297/92 "Ordnung und Sicherheit in Connewitz":
Herr Lügel, Polizeirevier Süd, berichtet aus der Sicht der Polizei. Er informiert, daß von diesem Gebiet massive Straftaten ausgehen. Deshalb wurde im Polizeirevier Süd ein Kontrollregime eingeführt und als Präventivmaßnahme wird seitens der Polizei das Gespräch mit den Jugendlichen - oftmals sind es noch Kinder - gesucht.
In den Abendstunden stellt dieses Wohngebiet einen rechtsfreien Raum dar. Die Polizeikräfte in Süd reichen bei Maßnahmen zur Herstellung von Ordnung und Sicherheit nicht aus; Kräfte aus den übrigen Polizeirevieren müssen dann abgezogen werden.
... insgesamt ist die Situation chaotisch und weder vom Revier Süd noch von der Polizeidirektion zu lösen.

werden. Eggert selbst muß im Gespräch bleiben. Der Freistaat hatte die Polizeigewalt und er kann sich relativ problemlos über die Interessen der Stadt hinwegsetzen, deren Aufgabe es dann ist zu klagen, was jedoch bei kurzfristigen Angelegenheiten sinnlos ist. Die Situation war also sehr günstig. Die CDU der Stadt leistete dem Land Schützenhilfe und brachte Connewitz mit einem Antrag auf sofortige Räumung aller besetzten Häuser ins Gespräch.

Es kam zu den Krawallen Ende November. Das Gerücht, daß die Polizei in Dresden bereits 15.00 Uhr, also rund 4 Stunden vor Beginn der Ausschreitungen, in Alarmbereitschaft versetzt worden war, kann zwar nicht bestätigt werden, da die entsprechenden Akten noch nicht freigegeben sind, die Tatsache der Nichtfreigabe und überhaupt die Haltung des Freistaates deuten darauf hin, das es so war!

Im Anschluß hatte der Freistaat die Trümpfe in der Hand. CDU-Eggert konnte der SPD-Regierung erneut Unfähigkeit vorwerfen. (Die Wahlen stehen ja auch bald aus.) Die Connewitzer Szene wurde aus der Reserve gelockt und das Terrain für künftige Repressionen unter dem Deckmantel Europa abgesteckt. Die CDU und die DSU der Stadt machten Druck mit diversen Anträgen die darauf abzielten, Connewitz auszulöschen. In der Öffentlichkeit wurde das Thema Connewitz mit einer breiten Hetzkampagne und Kriminalisierungsversuchen hochgespielt, im Gegensatz zu rechten bzw. Ausschreitungen beim Fußball, die regelmäßig (teils in größerem Ausmaß) stattfinden. Aber es geht hier um die Gleichsetzung von links und rechts, also muß auch ein

Gleichgewicht in den Medien boten. Die Aktion war also auch die nachträgliche Rechtfertigung für den 21. März, war der Versuch die angebliche Gefährlichkeit und Gewalttätigkeit der Leipziger Szene zu untermauern.
Eggert war im Anschluß "sogar" bereit der Stadtregierung noch eine letzte Chance zu geben, das Wegräumen der Barrikaden zusammen mit den ErbauerInnen. Das klappte zwar reibungslos, doch auch der Schulterschluß der CDU/DSU-Opposition funktionierte, und sie fanden Bemängelnswertes.
Es bleibt abzuwarten, ob nun die Repressionen gegenüber Connewitz zunehmen, der Druck verstärkt wird oder ob Connewitz zum Wahlkampfthema wird.
Fest steht nur, daß der Freistaat in Gestalt des Innenministeriums und mit Hilfe der städtischen CDU/DSU bei allen Ereignissen, die Connewitz betreffen, seine schmutzigen Finger im Spiel hatte, hat und haben wird.

Stadtrat Gemkow warnt

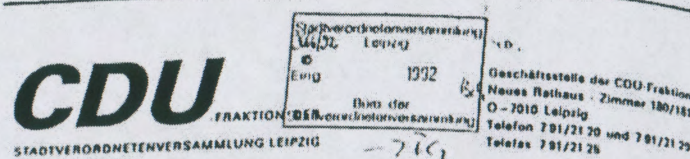
Es gebe erste Anzeichen dafür, daß sich „Aktivisten" der autonomen Szene aus den alten Bundesländern in Leipzig einfinden, sagte gestern Rechtsdezernent Hans-Eberhard Gemkow (CDU). „Wir müssen aufpassen, daß sich hier keine Verhältnisse wie in der Hamburger Hafenstraße entwickeln", warnte er. Es bestehe jederzeit die Gefahr, daß sich mit einer autonomen auch eine kriminelle Szene etabliere.

Der Stadtrat wies darauf hin, daß die Kommune nicht über eine rechtliche Handhabe verfüge, um gegen die Besetzer vorzugehen. „Das muß der Hauseigentümer tun", unterstrich Gemkow.



Die Eskalation der Gewalt und im besonderen die Brutalität der Ausschreitungen in Connewitz in der Nacht vom 27. zum 28.11.92 haben unsere Bedenken und Befürchtungen hinsichtlich der autonomen Szene in Connewitz voll bestätigt.
Die zögerliche Haltung der Stadtverwaltung in den letzten Monaten hat die bürgerkriegsähnlichen Ereignisse in diesem Stadtteil mit begünstigt.
Der bewußten Herausforderung des Rechtsstaates bereits in den letzten Monaten durch Kriminelle ist nichts entgegengesetzt worden.
Betroffenheit allein genügt jetzt nicht. Auf die gezielten Attacken und kriminellen Handlungen auch gegenüber den dort lebenden Bürgern muß endlich und angemessen reagiert werden. Diesen Bürgern muß endlich der Eindruck einer wieder handlungsfähigen Stadt vermittelt und der Terrorisierung eines ganzen Stadtteils durch eine militante Minderheit ein Ende gesetzt werden.

Zwar sind wir auch für eine Differenzierung bei den Hausbesetzern und lehnen eine Pauschalverurteilung ab. Jedoch kann dies keinen Einfluß mehr auf die durchzuführenden Maßnahmen haben.



Zu Beginn begründet der Abg. Herwig o. g. Antrag.
Ausgangspunkt sind Beobachtungen und Schilderungen von Anwohnern im Sanierungsgebiet. Vandalismus und Gewalt nehmen zu. Es wird eingeschätzt, daß seitens der Stadt und der Treuhand Versäumnisse vorliegen und das Engagement der Polizei nicht ausreicht. Ziel ist es, in einem begrenzten Zeitraum zu erreichen, mit interessierten Vereinen und Jugendlichen - nach entsprechender Prüfung durch die Stadtverwaltung - Nutzungsverträge abzuschließen und Maßnahmen gegen Hooligans und gewaltbereite Jugendliche einzuleiten.

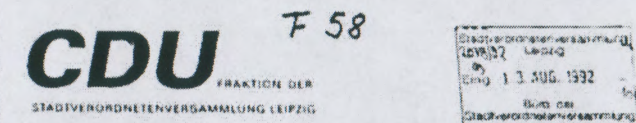
In der Kriminalitätsstatistik ist der Stadtbezirk Süd an zweiter Stelle zu finden und nur 50 % der Kräfte stehen zur Verfügung. Erschwerdend für die Polizei ist der Fakt, daß sich für ermittelte Straftäter keine unmittelbaren Konsequenzen ergeben. Seitens der Polizei ist es das Ziel, Konsens mit den Streetworkern zu erreichen. Des weiteren sollte der Informationsfluß Stadtverwaltung - LWB - Polizei verbessert werden (z. B. Informationen über abgeschlossene Mietverträge und sonstige Veränderungen). Herr Lägel betont, daß zwar einige gewillt sind, sich zu engagieren, das Wohngebiet wieder instandzusetzen und sich an Rechtsnormen zu halten


Nach wie vor stehen in einigen Connewitzer Straßen Barrikaden. „Wir erwarten", so Ordungsamtsleiter Jörg Zimmermann, „daß sie bis Freitag entfernt sind." Die Stadt sehe das als eine Geste des guten Willens seitens der Hausbesetzer an. Was nach Freitag geschehen könnte, darüber herrscht noch Unklarheit. Zimmermann: „Dann ist restriktives Vorgehen möglich."

Von Antrag zu Antrag

"Wir unternehmen alles notwendige, damit Connewitz nicht zum Zentrum alternativen Wohnens wird" Lehmann- Grube in einer Debatte im Stadtparlament nach den Ereignissen am 27./28.11.92

Das Stadtparlament und die Kommunalverwaltung unter dem SPD Westimport Lehmann- Grube hält in allem, was alternative Projekte betrifft, einen konsequenten Schlingerkurs ein. Dieser erklärt sich wohl am ehesten daraus, daß L.- G. zuvor schon in Hannover Zeit genug hatte, um zu lernen, daß ein allzu hartes Durchgreifen nicht geeignet ist "Ruhe und Ordnung" herzustellen, sondern eher zu Straßenschlachten und Häuserkämpfen führt. Davor, so gewinne ich immer mehr den Eindruck, hat die Stadtverwaltung wohl am meisten Angst. Nicht etwa weil unschuldige Bürger verletzt werden könnten, nein der Grund ist eher, daß ein Stadtteil, der zu einer Mischung aus Hafenstraße und Bronx verkommt, wie Manfred Heine (CDU- Vorsitzender) in seiner Anfrage an die Stadtverwaltung im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung vom 26.08.92 so schön formulierte, dem neuen Image als Messestadt und Kongreßzentrum im Wege stünde.
Aber wie konnte es denn dazu kommen, das alle Augen auf-"rechter" Parlamentarier sich nach Connewitz richten, um dort erhöhte Kriminalität und "autonomen Terror" (der für die DSU einzig mögliche Ausdruck, wenn von HausbesetzerInnen und Umfeld die Rede ist) auszumachen. Liegt der Grund darin, daß in Connewitz nicht in Spielo- oder Videotheken, sondern in Lebensmittelgeschäfte eingebrochen wurde, was für Stadtrat Gemkow (Recht, Ordnung, Sicherheit) am 26.08. eine Art Beschaffungskriminalität darstellte. Oder sind es die von ihm im gleichen Zusammenhang genannten "Auseinandersetzungen rivalisierender rechter und linker Gruppen". Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß damit Faschoangriffe auf Häuser, Einzelpersonen und Kulturprojekte gemeint sind. Nach



Eine weitere Ausbreitung autonomen Hausbesetzerterrors bringt die Gefahr mit sich, daß der Stadtteil Connewitz zu einer Mischung aus Hafenstraße und Bronx verkommt. Dies muß mit allen Mitteln im Interesse der dort lebenden Bürger verhindert werden; zumal eine solche Entwicklung dem Ruf der Stadt Leipzig erheblich schaden würde.

Wir fragen daher an:

1. Welche Maßnahmen ergreift die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei und mit der LWB, um die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der rechtmäßig in Connewitz lebenden Bürger wiederherzustellen, und welche Ergebnisse wurden bisher erreicht?

Stadtrat G e m k o w bemerkt zur Anfrage F 58/92: Im Umgang mit besetzten Häusern gebe es keine polizeirechtliche Handhabe. Diese könne nur aus einem Klageverfahren des Geschädigten, in diesem Falle des Vermieters, herrühren. ...
Seitens der Verwaltung bestehe folgender Sachstand: Der Fortgang der Sanierungsarbeiten im Gebiet Connewitz sowie der massive Protest aus der Bevölkerung über die auf Grund der Hausbesetzungen herrschenden Zustände hätten es erforderlich gemacht, eine Gesamtkonzeption für den weiteren Umgang mit Jugendlichen zu entwickeln, wobei es darum gehe, das aufgestaute Gewaltpotential so gering wie möglich zu halten. Die insbesondere in den letzten Wochen geführten Gespräche seien darauf gerichtet gewesen, die Interessen der Anwohner zu vertreten sowie Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Straff gestaltete Verträge mit entsprechenden Auflagen könnten Jugendliche am ehesten in die Pflicht nehmen, sich den Normen des Zusammenlebens mit anderen Bürgern anzupassen. Weiter werde es als notwendig angesehen, die Polizeiarbeit in diesem Gebiet zu verstärken, um den Anwohnern wenigstens ein annäherndes Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Die Straßensozialarbeiter des Jugendamtes seien beauftragt worden, besonders ihre Bemühungen um die Minderjährigen zu erhöhen. Seitens der LWB seien Nutzungsverträge für alternative Wohngruppen angeboten worden, wobei es sich ausschließlich um zur Sanierung vorgesehene Grundstücke handele. Als Termin sei der 21. August festgelegt worden. Hausbesetzer, die sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht mit der Verwaltung in Verbindung gesetzt hatten, müßten nunmehr mit einer Räumung rechnen.

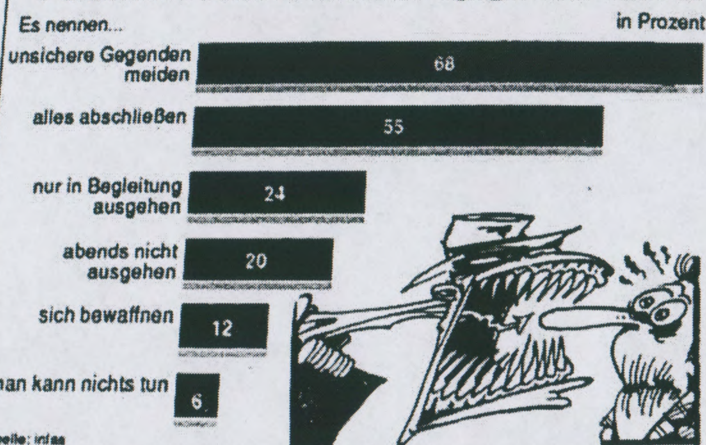
Angaben Gemkows konnte das Polizeirevier Süd jedoch keine Eskalation feststellen, obwohl "es durch ruhestörenden Lärm und Verschmutzungen zu regelmäßigen Störungen und Beeinträchtigungen der Anwohner" komme. Also was jetzt, gab es nun was Besonderes oder nicht?
Noch mal zurück zur CDU-Anfrage. Dort heißt es: "In den letzten Wochen war aus der Mehrzahl von Presseveröffentlichungen der Eindruck zu gewinnen, daß Ordnung und Sicherheit im Stadtteil Connewitz erheblich gefährdet sind". Und das stimmte, so hatte z.B. die viel gelesene Bildzeitung geschlagzeilt: "LWB bezahlt den Chaoten Strom und Wasser" und dann mit einem Foto Steine auf einem Hausdach dokumentiert, die eindeutig bewiesen, daß diese Chaoten in der Tat "autonomen Terror" vorbereiteten. Angefangen hatte die Aufklärungsarbeit der (Springer-) Presse sofort nach dem 21.03.92 auf dem zugereiste Autonome nach einer Gegenkundgebung zu einem rechtsradikalem Aufmarsch (direkt vor dem Polizeirevier) auf einen überraschenden Einsatz bayerischen USK's doch tatsächlich mit Gegenwehr antworteten und dabei mehrere der teuer ausgebildeten Kampf- und Haßdiener beschädigten. Die anfängliche Irritierung eines PDS-Parlamentariers über den USK- Einsatz gegen die angebliche Stürmung eines Postamtes, vor dem er stand, konnte ein paar Tage nach Schulung in der Fraktion behoben werden, so

daß die Stimmen der Presse zu Connewitz sich vereinheitlichen konnten. In Folge dessen kam es zu Protesten bei BürgerInnen, die sonst nicht zu erklären wären. Oder kann sich jemand/eine die Unterschriftensammlung von Eltern in einer Kindertagesstätte erklären, die schräg gegenüber eines besetzten Hauses lag? War es die Stahltür, waren es die Leute, die Rad statt Auto fuhren, waren es die Gitter vor den Fenstern oder was zum Geier kann es gewesen sein?
Fakt ist, diese Proteste, die durch eine Bürgerinitiative in Connewitz ansässiger Geschäftsleute (Hotel-, Hausbesitzer und Handwerker) koordiniert und immer mehr geschürt wurden, der rechten Opposition im Rathaus ausgezeichnet in die Hände spielen. Und so wird der Stadtverwaltung bei jeder möglichen Gelegenheit unter die Nase gehalten, daß Handlungsbedarf besteht und die Bürger (von Frauen spricht mann im Rathaus in der Beziehung selten) endlich Taten sehen wollen.
Das Dezernat für Recht/Ordnung/Sicherheit fing an nachzudenken und bekam heraus, daß Polizei und Stadt nur Handeln können, falls der Vermieter Räumungsklage einreicht. Aber die Rechtsabteilung mit Rechtsanwalt Lenze ist nicht dumm und so wurde weiterhin erkannt, daß Räumung bei Vertragsbereitschaft der BesetzerInnen juristisch kaum durchzusetzen ist. Also wurde der Vermieter LWB (100 % -ige Tochter der Stadt) angewiesen Verträge anzubieten und das Dezernat unterstützte das Angebot, indem es öffentlich ein klares Ultimatum daraus machte, nach dem Motto: Wer sich bis zum 21.08. nicht meldet, wird geräumt.
Die LWB sprach anfangs noch von Nutzungsverträgen und die Hausbesetzer kamen in Scharen und sagten: o.k., wenn Ihr gern wollt, daß wir Euch ein nichtssagendes Papier unterschreiben, damit Ihr uns wohnen laßt, machen wir das. Daß alles dann doch ein bißchen anders kam, habt Ihr ja im LWB- Teil gelesen.
Aber zurück ins Parlament. Überspringen wir die Septembersitzung, auf der auf Betreiben der PDS beschlossen wurde, den Fachausschuß "Alternatives Wohnen" zu reaktivieren, der irgendwann eingeschlafen war und wie sich zeigte, im Kalenderjahr 92 nicht wieder erweckt werden konnte.. und wenden wir uns den Aktivitäten der CDU im Oktober zu.
Mit dem 5. Oktober ist ein weiteres Ultimatum des Dezernats Recht/Ordnung/Sicherheit verstrichen, ohne daß "illegale Hausbesetzungen" in legale oder nicht mehr existierende umgewandelt worden wären. CDU- Vorsitzender Manfred Heine unterzeichnet diesmal nicht eine lasche Anfrage, sondern einen Nagel mit Kopf in Form eines handfesten Antrags an die Stadtverordnetenversammlung vom 21.10., in dem die Parteigenossen unter der Überschrift "Wiederherstellung von Recht, Ordnung und Sicherheit in Connewitz solche Lächerlichkeiten, wie Sicherung einer ausreichenden Straßenbeleuchtung und Sicherung aller leerstehenden Häuser vor illegalem Betreten, die "sofortige polizeiliche Räumung aller widerrechtlich besetzten Häuser" fordern. In der Begründung heißt es dazu: " Ein enges Zusammenwirken von Stadtverwaltung, LWB, Polizei und Justiz ist dabei unerläßlich.
Daß ein solches enges Zusammenwirken dem Willen des Grundgesetzes widerspricht und deshalb Verfassungsbruch bedeuten würde, war zwar von den B90/Grünen und PDS/DF angesprochen worden, der daraus resultierende Nichtbefassungsantrag jedoch wurde mehrheitlich abgelehnt und der Antrag in den Fachausschuß R/O/S. verwiesen. Was dort nichtöffentlich gesprochen wurde, scheue ich mich zu veröffentlichen. So tauchen plötzlich Hooligans in der Problematik

Fraktionen zu Connewitz:

Probleme nicht mit Gewalt lösen

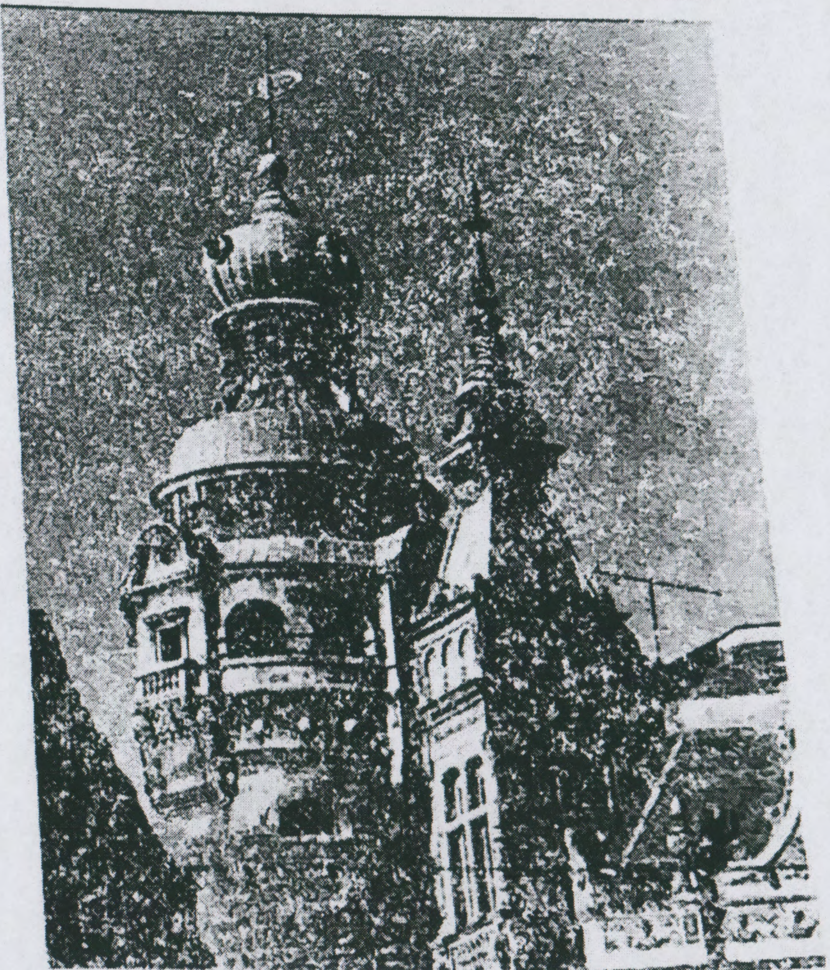
„Das Problem Connewitz ist nicht mit Gewalt zu lösen", erklärte im SPD-Büro Fraktionsassistentin Ingrid Doctor. Erst wenn alle Verhandlungsspielräume ausgeschöpft seien, könne zu anderen rechtsstaatlichen Lösungen gegriffen werden. Gerd Sklaar, Geschäftsführer im CDU-Fraktionsbüro, gab dem Liberalen „im Prinzip Recht", verwahrte sich jedoch gegen dessen „Kompetenzüberschreitung". Das Leipziger Stadtparlament habe ohnehin vorgehabt, im neuen Jahr über Connewitz zu debattieren. Obwohl seine Fraktion für eine „härtere Gangart gegen Kriminelle" sei, müßten diese jedoch vorher zweifelsfrei ermittelt werden.
Lutz Burger, persönlicher Referent von Ordnungs-Stadtrat Eberhard Gemkow, verwahrte sich gegen den Vorwurf, die Stadt besitze kein Sicherheitskonzept. „Wir beschäftigen uns schon seit Monaten intensiv mit Connewitz", erklärte Burger. Seit zehn Tagen gebe es auch ein Konzept, das mit der Polizeidirektion Leipzig und des Landespolizeidirektion abgestimmt sei. Bauers Angaben zufolge sieht es vor, zwischen den Hausbesetzern zu differenzieren. „Wer nicht kriminell ist, wird einen Mietvertrag erhalten", sagte Burger. Außerdem werde jenen Connewitzern, die aus Wohnungsnot Hausbesetzern wurden, Umzugsmöglichkeiten in andere Stadtteile angeboten bekommen.
Parallel dazu würden bis Mitte Januar die Eingänge aller leerstehenden Connewitzer Häuser zugemauert. Falls es dort dennoch zu neuen Besetzungen käme, werde die Stadt „innerhalb von 24 Stunden" handeln. Auch gegen kriminelle Besetzer, die bereits seit Jahren in Connewitz wohnen, werde rechtsstaatlich vorgegangen. „Zunächst müssen die Vermieter eine Zivilklage gegen die illegalen Hausbewohner anstrengen", beschreibt Burger die Prozedur. „Erst wenn ein Gericht darüber rechtskräftig entschieden hat und die Besetzer der gerichtlichen Aufforderung nicht nachgekommen sind, wird die Polizei Vollzugshilfe leisten." *Andreas Tappert*



auf, ein Lokaltermin wird aus Sicherheitsgründen für Leib und Leben der Abgeordneten abgelehnt und die Rechtswidrigkeit des Antrags damit begründet, daß Abgeordnete keine Profis seien. Hoffentlich haben das auch die Leser der LVZ verstanden, die solche Anträge unkommentiert druckt.
Auf der folgenden Ballung von Inkompetenz am 17.11. verzichteten die Abgeordneten auf das Dauerbrennerthema Connewitz zugunsten einer aktuellen Stunde mit dem schönen Titel "Jugend und Gewalt". Antragsteller war die DSU und dementsprechend hatte das Ganze auch weniger mit politischen Aspekten, als vielmehr mit dem allgemeinen Gelalle über fehlende soziale Bindungen zu tun. Ich erwähne das eigentlich nur, weil mir beim Lesen des Protokolls ständig die Schließung selbstverwalteter Jugendzentren im Land und die Räumung besetzter Häuser in den Sinn kamen, die ebensolche sozialen Bindungen aufs Äußerste gefährden, ja meistens sogar zerstören. Aber woher sollen das Abgeordnete wissen? Hat doch die CDU, nachdem es am 27./28.11. durch Bullenprovo und ständige Kriminalisierung der alternativen Wohn- und Kulturprojekte, nicht zuletzt auch durch solche Anträge, wie den der CDU/DSU für sofortige Räumung, zur Eskalation und solidarischen Verteidigung des ZORO gekommen war, in einem Antrag für eine aktuelle Stunde Vertreter der Polizei und des Bürgervereins Connewitz als Gastredner vorgeschlagen, die direkt betroffenen BesetzerInnen, die ihren Wohnraum, der ja auch laut Verfassung unseres "Frei"staates unantastbar ist, durch den Polizeieinsatz gefährdet sahen, jedoch nicht einmal erwähnt.
Da der Antrag auf Betreiben der Fraktion Bündnis90/Grüne/UFV dann zurückgezogen wurde, verblieb den Volksvertretern nur noch der Antrag der DSU, der den inzwischen schon etwas ausgelutschten Titel "Wiederherstellung von Recht und Ordnung in Connewitz" hatte. Forderung war an erster Stelle, die unverzügliche Räumung aller widerrechtlich besetzten Häuser in Connewitz zu veranlassen. Und zweitens die "Räumungsaktion rechtsstaatlich so abzusichern, daß alle terminlichen und personellen

6.3. DSU-Fraktion: Wiederherstellung von Recht und Ordnung in Connewitz (A 358/92)

Stadtverordneter R o s t (DSU) vertritt die Auffassung, daß seitens der Stadt auf die gewalttätigen Ausschreitungen, die katastrophale Zerstörungswut und die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Connewitz in der Nacht vom 27. zum 28.11. nicht angemessen reagiert worden sei. Die Verharmlosung und Tabuisierung des seit 21 Monaten anstehenden Dauerproblems Connewitz sei eine der Ursachen dafür, daß kriminelle Gruppen in diesem Stadtteil ihren Nährboden gefunden hätten, daß sie Bürger terrorisierten und dabei sicher seien, daß sie für die von ihnen begangenen Delikte nicht belangt würden. Im Hauptausschuß habe es zur Einleitung von Sofortmaßnahmen keinen Konsens gegeben. Deshalb habe die DSU-Fraktion den jetzt vorliegenden Antrag eingebracht, damit die Bürger in Connewitz und darüber hinaus in ganz Leipzig sähen, daß gehandelt werde.
Stadtverordneter Rost berichtet, er habe sich in den letzten Tagen die Situation in Connewitz angesehen. Die Bürger verstünden einfach nicht, daß die für Hausbesetzungen, für Unordnung und Gefährdung der Bürger Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen würden. Seit Monaten gebe es Beschwerden, Eingaben, Anzeigen und Unterschriftensammlungen. Man müsse fragen, was die Abgeordneten tun, um die Situation zu ändern.
Wichtig sei, daß die Bürger vor Ort spürten, daß sich Stadtverwaltung und Stadtverordnete der Problematik annähmen. Es müßten Präventivmaßnahmen zur Einschränkung von Gewalt ergriffen werden. Die Bürger seien über die in Connewitz entstandenen Schäden betroffen. Sie erwarteten eine Antwort, wer für diese Schäden aufkomme. Deshalb müßten sich die Stadtverordneten diesem Thema zuwenden und notwendige Entscheidungen treffen.



Schluß mit dem Terror in Connewitz

Widerrechtlich besetzte Häuser in Connewitz sollen sofort von der Polizei geräumt werden. Das fordert die CDU-Stadtverordnetenfraktion. Zugleich, so der Abgeordnete Wolfram Herwig, müsse die LWB leerstehende Häuser zumauern und für vernünftigere Abläufe bei der Sanierung sorgen, um erneute Besetzungen zu verhindern. „In Connewitz geht die Angst um", sagte Herwig gestern. Immer mehr kriminelle Autonome sammelten sich dort, tobten ihre Zerstörungswut aus und bedrohten die Anwohner. Diese Verunsicherung müsse ein Ende haben.

„Jede Hausbesetzung ist ein krimineller Akt", betonte Herwig. Die Stadtverwaltung müsse sich „sehr genau überlegen", welche Hausbesetzer jetzt per Nutzungsvertrag nachträglich sanktioniert werden: „Da dürfen nur die drinbleiben, die gewillt sind, die Normen des Zusammenlebens zu akzeptieren." Herwig sprach sich für intensivere Polizeikontrollen in Connewitz aus. Außerdem müsse die Straßenbeleuchtung in dem Sanierungsgebiet dringend instandgesetzt werden.

Die CDU-Fraktion hat ihre Forderungen in einem Antrag zusammengefaßt, der nächsten Mittwoch ins Stadtparlament eingebracht wird. Bis Jahresende, so heißt es dort, solle die Stadtverwaltung „Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Ordnung und Sicherheit der Bürger" wiederherstellen. T. M.

Voraussetzungen gegeben sind, um weitere Ausschreitungen zu verhindern"

Der folgende Nichtbefassungsantrag der PDS wurde abgelehnt, wobei sich der OBM gegen den Nichtbefassungsantrag aussprach, obwohl der DSU- Antrag seiner Meinung nach unbrauchbar sei. Im weiteren Verlauf wurde der DSU-Antrag in Ausschüsse verwiesen (R/O/S federführend). Der OBM stellte in seinem Bericht an die Stadtverordneten fest, daß die Mietvertragsverhandlungen erfolgreich beendet wurden. Bei zwei Häusern seien allerdings die Verhandlungen gescheitert (zumindest den BewohnerInnen des einen Hauses war das zu diesem Zeitpunkt neu!). Hier würden zivilrechtliche Räumungsklagen eingereicht werden, falls die BesetzerInnen die Häuser nicht freiwillig verließen. Im weiteren führte er aus, daß neue Hausbesetzungen mittels einstweiliger Verfügungen beendet wurden und die Sicherung leerstehender Häuser beschlossen worden sei. Es spricht einiges dafür, daß die Stadt in der Tat versucht, diese Linie durchzusetzen, auch wenn die Sicherung der leerstehenden Häuser wohl eine Aufgabe ist, an der sich Stadt/LWB etwas übernommen haben dürften. Damit verlief diese Zusammenkunft, trotz des immer wieder hergestellten Bezuges zwischen den Ausschreitungen und Hausbesetzungen, in der Art. HausbesetzerInnen seien, falls sie keinen Mietvertrag besäßen, kriminelle, gewaltbereite autonome Terroristen. Ein Schluß, der angesichts der Tatsache, daß die Leo eines der ersten Häuser mit Vertrag war, nicht ganz logisch erscheint. Aber dieses Wissen würde ja eine gewisse Beschäftigung mit dem, was in Connewitz wirklich vorgeht, erfordern. Und wer soll diesen Einblick gewinnen, wenn Abgeordnete um ihr Leben bei der Besichtigung des Stadtteils bangen. So wird es wohl weitergehen, wie es auch in einer DSU- Anfrage zur Januarsitzung 93 schon angedeutet wird, in der Fraktionsvorsitzender Rost von Lehmann- Grube wissen will, wann denn nun endlich geräumt wird.

P.S. Leider werden zu den Stadtverordnetenversammlungen keine Wortprotokolle angefertigt, so daß die sprachlichen Entgleisungen der Parlamentarier hier nicht dokumentiert werden können. Was diese aber in ihrer Freizeit der Presse so mitteilen, und was diese dann auch mit der Legitimation des Volksvertreters abdruckt, steht beängstigend nah an den Äußerungen von Mitgliedern des Bürgervereins, der zum Teil bis zu standrechtlichen Erschießungen fordert.

Da die Stadt sich nicht im Stande sieht, flexibel auf aktuelle Ereignisse in Connewitz zu reagieren (obwohl Kultur- und Jugendamt wesentlich mehr Einblick als CDU/DSU- Parlamentarier haben), wertet die Bevölkerung diese undifferenzierten Äußerungen als amtliche Mitteilungen der Obrigkeit.

Chaoten unter Dach und Fach

Anfangs schien es ja so, als ob die Geschichte vom 27/28.11. gar keinen größeren Einfluß auf die Vertragsverhandlungen haben sollte. Also nicht, daß jetzt gar keine Bemerkungen in der Richtung aufgetaucht wären, aber durch den Hinweis, daß die Leo schließlich eines der ersten Häuser mit Verträgen war, während andere Häuser mit direkten Vertragsverhandlungen überhaupt nicht zu den Schauplätzen der Ereignisse gehörten, sah sich das LWB-Verhandlungsteam genötigt auf diesen Trumpf zu verzichten. Auf Nachfragen, was die LWB denn bezüglich der Leo plane, erfuhren die VertreterInnen eines besetzten Hauses allerdings etwas sehr interessantes. Niederlassungsleiterin Merschjohann äußerte sich dahingehend, daß erstens die Polizei gegen bekannte Straftäter vorgehe (soweit so gut) und zweitens sie sich nicht vorstellen könne, daß irgendjemand in diesem Haus die geplanten (und somit vertraglich bindenden) Instandsetzungsarbeiten durchgeführt hätte. Das heißt im Klartext: "Wir können jederzeit den Vertrag wegen einseitigem Vertragsbruch kündigen. Räumung ist dann Sache der Polizei." Genau dies war einer der Hauptkritikpunkte einiger BesetzerInnen an den Verträgen, daß diese durch die bei den meisten Häusern immensen Instandsetzungsarbeiten, praktisch jederzeit unbefristet gekündigt werden könnten.

Abgesehen davon, unpolitisch, wie die Polizei es gern hätte, waren die Randale nicht. Am 31. Oktober hatte die CDU-Stadtverordneten die sofortige polizeiliche Räumung der widerrechtlich besetzten Häuser in Connewitz verlangt, die Formulierungen lesen sich wie der Prolog dieser Straßenschlacht. Und sie zeigt Wirkung. Am Samstag morgen erklärte der Leiter des Wohnungsamtes, Holger Tschense, daß Stadt und Polizei nun nicht länger zusehen könnten. Das deutet angesichts der verworrenen Verhältnisse vor Ort auf Brachial-Bereinigung der ganzen Connewitzer Szene.

GRUNDGESETZ, ARTIKEL 14, ABSATZ 2

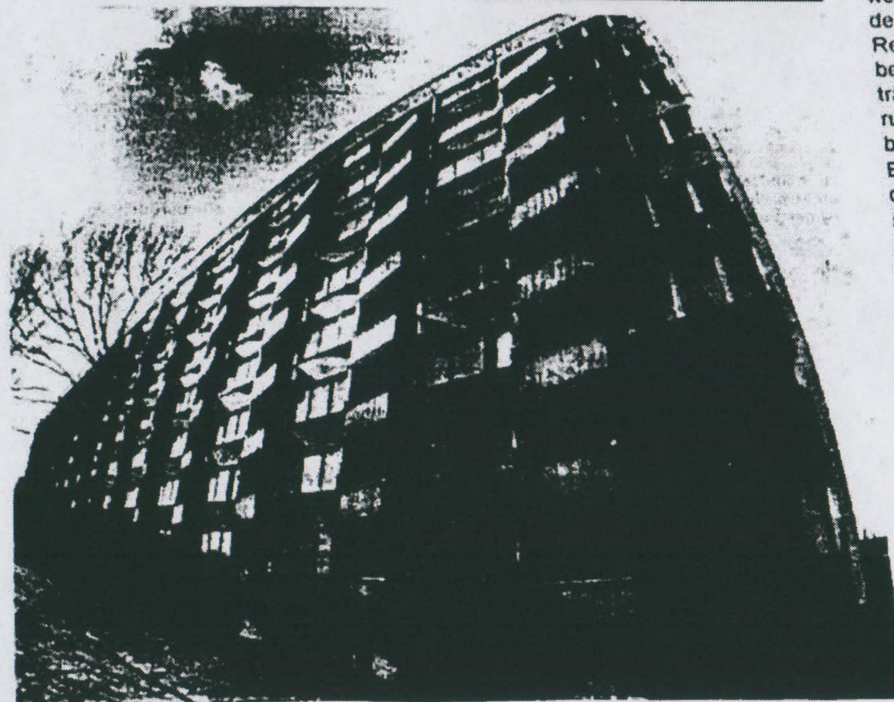
"EIGENTUM VERPFLICHTET. SEIN GEBRAUCH SOLL ZUGLEICH DEM WOHL DER ALLGEMEINHEIT DIENEN."

VERFASSUNG DES FREISTAATES SACHSEN, ARTIKEL 31

"EIGENTUM VERPFLICHTET. SEIN GEBRAUCH SOLLTE ZUGLEICH DEM WOHL DER ALLGEMEINHEIT DIENEN, INSBESONDERE DIE NATÜRLICHEN LEBENSGRUNDLAGEN SCHONEN."

Für viele andere Bewohner bleibt aber die Ungewißheit. Gerade diejenigen, die – wenn überhaupt – nur über einen Nutzungsvertrag verfügen, haben Angst vor der Räumung. Doch DSK-Chef Kramer betont: „Wir werden keinen räumen!" Der Schwarzbezug habe immerhin den Abriß verhindert und den Verfall aufgehalten. „Das muß man schon würdigen."

Die Hausbesetzer wollten sich allerdings um eine Legalisierung ihrer Wohnverhältnisse bemühen, wie es die Bewohner der Hermannstraße 4 und die Mitglieder der Connewitzer Alternative bereits früh getan haben. „Wenn da aber noch Straßenschlachten stattfinden, wird das natürlich schwierig", wiegelt BVB-Statthalter Schenk ab. Und auch Kramer räumt ein: „Wer eine so belastende Wohnform sucht, daß rechts und links keiner mehr wohnen kann – das baut dann natürlich nicht mehr hin."



Leipzig, den 7.1.1993

8.6. DSU-Fraktion: Anfrage an den Oberbürgermeister zur Lage in Connewitz (F 6/93)

Bisher seien für 25 Grundstücke Sicherungsmaßnahmen durchgeführt worden. Bei 10 Grundstücken dauerten diese Arbeiten noch an. Es gehe dabei um das Verschließen des Erdgeschosses und der 1. Etage, um die Sicherung der Dachbereiche, das Zumauern der Verbindungsgänge zwischen den Häusern und die Medientrennung. Den Jugendgruppen sei bekannt, daß jede weitere Besetzung unweigerlich zu einer sofortigen Räumung unter Anwendung Einstweiliger Verfügungen führen werde. Im gesamten Stadtgebiet müsse es eine gute Zusammenarbeit zwischen Hausbesitzern, Polizei und Staatsanwaltschaft geben, um schnell handeln zu können.

Zusammenfassend stellt Amtsleiter Tschense fest, daß man sich in Connewitz auf sehr dünnem Eis bewege. Connewitz müsse wieder zu einem ganz normalen Wohngebiet werden. Der dazu notwendige Verständigungsprozeß werde noch eine ganze Weile andauern. Hier sollten Stadtverwaltung und Fraktionen zusammenarbeiten und zur Stabilisierung der jetzt eingetretenen Situation beitragen.

Während dieser Verhandlungsrunde direkt nach der Nacht vom 27. zum 28.11. erreichten die VertreterInnen eines Hauses die Zusage, daß die Möglichkeit eines Vorvertrages, der den Abschluß eines Mietvertrages nach einem längeren Zeitraum (z.B. ein Jahr), in dem strittige Fragen geklärt werden können, festlegt, erwogen werden sollte. Dies war notwendig, da die Finanzierung der Baumaßnahmen in keiner Weise geklärt war, politische Entscheidungen durch den Ausschuß Alternatives Wohnen wegen Nichtexistenz nicht gefällt werden konnten und nicht zuletzt der 31.12. eine Änderung der Rechtslage (Einigungsvertrag), bezüglich der Möglichkeit Verträge in Häusern mit Rückführungsanspruch abzuschließen, bringen würde. Es gelang den BesetzerInnen den Beauftragten der LWB die Probleme diesmal so plastisch zu beschreiben, daß diese auf den Vorschlag einen Vorvertrag abzuschließen eingingen und versprache diese Möglichkeit von der Rechtsabteilung prüfen zu lassen. Die BesetzerInnen waren's zufrieden, wußten sie doch, daß in Berlin ähnliche Verträge schon abgeschlossen worden waren.

Eine dreckig braune Brühe, die zum Himmel stank, floß das hinab, was früher einmal Leipzigs Flüsse gewesen waren. Die LWB ließ nichts von sich hören. Nein das stimmt nicht ganz, baten doch zwei LWB-Vertreterinnen am 7.12. in dem Haus, das die Zusage der Prüfung einer Vorvertragsmöglichkeit hatte, um Einlaß. Die Begründung: "Laß uns doch mal rein, die Leute denken sonst die LWB traut sich nicht mal in die besetzten Häuser." Die Nachricht: "Vorverträge sind nicht möglich." Die Entscheidung wurde wie immer nicht begründet. Nach einem kurzen Gespräch bestand jedoch Einigkeit die Möglichkeit ein weiteres mal zu prüfen. Aber bis auf dieses kurze Zwischenspiel absolute Ruhe. Bis zum Donnerstag dem 10.12., dem Tag an dem die LWB neue Briefe verschickte.. Der Inhalt dieser Schreiben war ziemlich gleich und ist das was der Mensch wie ich und du eine Erpressung nennen würde. Wäh-

A 358/92 DSU Wiederherstellung von Recht u. Ordnung in Connew.
Begründung des Antrages durch Herrn Rost.
Zu Punkt 1 des Antrages informiert Herr Burger, daß Mietver-
träge, über die verhandelt wurde, abgeschlossen worden sind.
Die Verhandlungen mit der strase 9 und 15 sind geschei-
tert. Die Bewohner beider Häuser wurden mit öffentlicher Be-
kanntmachung zur Räumung aufgefordert. Das weitere Vorgehen
erfolgt auf zivilrechtlichem Weg. Nach jüngsten Aussagen der LWB
sind weitere Häuser, die bisher nicht bekannt waren, besetzt (4).
Die Vorgehensweise der LWB wird in gleicher Weise erfolgen müs-
sen, weil die Besetzung längere Zeit zurückliegt.
Durch die beim Regierungspräsidium gebildete Arbeitsgruppe ist
eine Konzeption erarbeitet und bestätigt an das Sächsische In-
nenministerium weitergeleitet worden. Diese beinhaltet im we-
sentlichen eine Differenzierung zwischen den dort wohnenden
Gruppen. Gegen die Gruppen ohne Mietvertrag wird zunächst zi-
vilrechtlich vorgegangen. Davon unabhängig bleibt aber der
Strafverfolgungszwang der Polizei bei Straftaten bestehen.

rend einem Haus mitgeteilt wurde, die Verhandlungen seien gescheitert und das Haus bis zum 18.12. zu räumen, erhielten die anderen die Aufforderung am 15.12. das "letzte Vertragsangebot" der LWB zu unterzeichnen. Das Haus mit der Hoffnung auf Vorverträge hatte den Vertrag nicht einmal schriftlich vorliegen. Ein vereinbarter Termin, an dem ein Vertragsexmplar abgeholt werden sollte, stellte sich als außerhalb der Dienstzeit von Frau Merschjohann heraus. Die Konfrontation war vorprogrammiert und machte sich in einem Streitgespräch mit einer LWB-Angestellten Luft. (Angeblich sollen auch Klingelanlage und Briefkasten der LWB in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Alles Lüge sagen die BesetzerInnen.) Also nichts mit Vertragsexemplar, das in den verbleibenden zwei Werktagen von einer Anwältin hätte geprüft werden können! Aber eine Prüfung hätte wohl auch nichts anderes ergeben als bei den anderen, denen ein Rechtsbeistand riet zu unterschreiben und sittenwidrig Stellen im Nachhinein zu beklagen. Und so kam es, daß die HausbesetzerInnen zum LWB-Headquater zogen, um den erpreßten Vertrag zu unterschreiben. Das ging auch gut, bis die VertreterInnen ohne Vertragsexmplar am 15.12. kamen und unterschreiben wollten. Der Vertrag war nicht da. Stattdessen gab's ein Schreiben, in dem mitgeteilt wurde, Frau Merschjohann sei nicht bereit die Verträge zu unterschreiben. Die Entscheidung, ob Verträge abgeschlossen würden, liege jetzt bei der Geschäftsführung. Ursache sei neben dem Streitgespräch am 10.12. die aggressive Verhandlungsweise, was auch immer das bedeutet. Was konnten die BesetzerInnen anders tun als sich ihre Vertragsbereitschaft schriftlich bestätigen zu lassen und zu gehen. Am Tag danach erfuhr die Stadtverordnetenversammlung davon, daß die Verhandlungen gescheitert sein. Die BesetzerInnen erfuhren dies so direkt nie. Ihnen wurde nur mitgeteilt, daß sie das Haus bis Anfang Januar zu räumen hätten.



teile eines Mietvertrages

Im Hinblick auf die Vereinbarungen nach den Ansätzen 2 bis 5 in § 1 dieser Vereinbarungen geht das Eigentum an den von der Wohngemeinschaft durch die Maßnahmen geschaffenen Einrichtungen auf den Vermieter über. Die Wohngemeinschaft verzichtet auf das Recht der Wegnahme nach § 547 a BGB.

§ 2 Rechte und Pflichten

Die Wohngemeinschaft verpflichtet sich, gesamtschuldnerisch für sich und ihre Gäste, daß von dem Mietobjekt zwischen 22.00 Uhr abends und 7.00 Uhr morgens kein vermeidbarer, ruhestörender Lärm ausgeht.

Die Wohngemeinschaft verpflichtet sich gesamtschuldnerisch, bei der Nutzung des Mietobjektes alles zu vermeiden, was zu einer unzulässigen Beeinträchtigung (wie z.B. durch Verschmutzung etc.) der Nachbargrundstücke des Mietobjektes führen könnte. Im Falle einer solchen unzulässigen Beeinträchtigung verpflichtet sich die Wohngemeinschaft im Einvernehmen mit dem Betroffenen auf eigene Kosten zur Beseitigung dieser Beeinträchtigung, bzw. zur Kostenübernahme, wenn diese unzulässige Beeinträchtigung durch Dritte gegenüber dem Vermieter geltend gemacht wurde.

Zwischen beiden Parteien besteht Einigkeit darüber, daß eine vorsätzliche Verletzung der in Ziff. 2 - 5 dieser Vereinbarung festgelegten Pflichten eine schuldhafte Pflichtverletzung des Mietvertrages durch die Wohngemeinschaft darstellt. Auf § 554 a BGB (Fristlose Kündigung bei schuldhafter Pflichtverletzung) wird hingewiesen.

Aus inoffiziellen Quellen verlautet, daß diese Entwicklung, die am 10.12. völlig überraschend begann, vom Innenministerium in Dresden angewiesen wurde, das Druck auf die Stadt ausübte, das Problem Hausbesetzungen endgültig zu lösen. Das nicht alle Häuser die Verträge, zu denen sie erpreßt wurden, unterzeichnen konnten geht wohl einzig und allein auf das Konto der LWB. Da die erpreßten Verträge von mehreren Leuten, die sich mit Mietrecht auskennen als sittenwidrig (also rechtlich anfechtbar bezeichnet wurden, ist das Problem aber wohl kaum gelöst, sondern eine neue Kriese schon jetzt abzusehen. das vertragsbereite Haus ist nicht geräumt worden und auch die LWB hat wohl inzwischen eingesehen, daß eine Räumungsklage nach akzeptierten Vertragsangebot wohl reine Geldverschwendung wäre. Die Stadt hat jetzt die Verhandlungen mit diesem Haus übernommen. Jedenfalls sagt das die LWB. Sollte das politische Motiv des übertriebenen Polizeieinsatzes vom 27/28.11. also die für konservative Kräfte günstige Lösung der Vertragsverhandlungen gewesen sein,so ist dieses Ziel nur teilweise erreicht worden. Einziger Erfolg, der wohl kaum anfechtbar sein dürfte, ist die Befristung der Verträge auf fünf Jahre. Spätestens dann wird das Problem erneut auftauchen, wenn alle Verträge gekündigt werden.

Z U S A T Z V E R E I N B A R U N G

Der Vermieter stimmt zu, daß die Wohngemeinschaft auf eigene Kosten folgende Maßnahmen zur Instandsetzung und Instandhaltung des in Abs.1 benannten Mietobjektes durchführt:

Geplante Arbeiten	Geschätzte Kosten (DM)
Putzarbeiten: Beiputz an Decken und Wänden	1.250,00 DM
Fensterarbeiten: Reparatur der Fenster	650,00 DM
Dachdecker und Dachklempner: Rep. Dach und Dachrinne	2.300,00 DM
Zimmererarbeiten: Rep. der Dielung	1.100,00 DM
Heizunginstallation: Überprüfung und Rep. der Öfen	600,00 DM
Sanitärinstallation: Instandhaltung der Gas- und Wasser, Abwasserleitungen Termin: laufend	3.740,00 DM
Elektroinstallation: Instandsetzung der Elt.- anlage, incl. Überprüfung der Hauselektrik Termin: 31.12.92	3.300,00 DM
Sonstiges: Entrümpelung der Wohnungen, Keller, Boden	500,00 DM

Die der Wohngemeinschaft entstandenen Kosten für Instandhaltungsmaßnahmen betragen voraussichtlich 13.440,00 DM Beide Parteien verpflichten sich die endgültigen Kosten, nach Abschluß der Maßnahmen, in einem Zusatzabschnitt zu dieser Vereinbarung festzustellen.

Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH
Wohnraumbewirtschaftung
7010 Leipzig

Vermieter
i.A. Frau Merschjohann



Knast ist Scheiße!

Für viele war die Nacht vom 27./28.92 bereits am Morgen des 28. Vergangenheit geworden, nicht so jedoch für die Gefangenen.
Alles begann damit, daß sie in ehemalige Stasizellen gesteckt wurden, die seit 1989 gesperrt sind. Sie saßen dort hinter Glasbausteinen, die mit Taubenscheiße bedeckt waren, atmeten drei Jahre alte Luft, teilten die Zellen mit Klos, in die die letzten Gefangenen ihr Geschäft erledigt hatten und nicht nachspülen konnten, da in den Zellen kein Wasser floß. Teilweise war es so, daß die selben Leute von den selben Bullen in die selben Zellen gesperrt worden waren, wie schon einige Jahre zuvor! Sie warteten nun auf ihre Erkennungsdienstliche-Behandlung, die nach und nach bei allen durchgeführt wurde. Es zeigte sich hier, daß die Bullen keinerlei Überblick hatten, den einen Gefangenen, den sie in einen unbeleuchteten Waschraum gesteckt hatten, hätten sie glatt vergessen, wenn dieser nicht lautstark eine Sitzgelegenheit gefordert hätte. Anschließend wurden die Inhaftierten dem Haftrichter vorgeführt, und in 35 Fällen wurde der Haftbefehl unterschrieben, und es handelte sich wirklich nur um einen Haftbefehl, mit den selben Zeugen, den selben Vorwürfen, den selben Haftgründen. Lediglich der Name wurde geändert, der Haftrichter ersparte sich auch die Mühe, bei den Frauen die "er's" durch "sie's" zu ersetzen. Die Gefangenen erhielten eine völlig veraltete Liste mit PflichtverteidigerInnen, auf der AnwältInnen zu finden waren, die seit Jahren kein Strafrecht mehr machen bzw. das gar nicht dürfen, oder die überhaupt nicht mehr praktizieren! Davon abgesehen waren nur ein oder zwei Listen im Umlauf, da die Kapazität für mehr Listen angeblich nicht zur Verfügung stand.
Die Zeit, im Knast schien sie zu kriechen, verging draußen zu schnell. Dort hatten es die Eltern und das Koordinierungsgruppenbüro (KGB) geschafft, einige AnwältInnen mit der Verteidigung von Inhaftierten zu beauftragen. Die ersten Haftprüfungstermine standen ins Haus. Hierbei sollte offensichtlich vermieden werden, daß Leute in Freiheit gelangen. Dafür wurden AnwältInnen falsche Termine durch gegeben, fanden Haftprüfungen bei Leuten ohne Rechtsbeistand eher statt, als bei den anderen. Es sollten gezielt solche Leute festgehalten werden, die zum "harten Kern" der Szene gezählt werden, und solche, die Aussagen verweigerten (besonders Aussagen über andere). Mit ihnen wollte die Staatsanwaltschaft ein Exempel statuieren. Haftprüfungstermine wurden auf die lange Bahn geschoben, sodaß in einem Fall erst nach 80 Tagen(!) Untersuchungshaft geprüft wurde, ob diese überhaupt gerechtfertigt war! Außerdem schwur sich die Staatsanwaltschaft auf die Taktik des kompletten Abschneidens von der Außenwelt ein. Dazu wurden in völlig gesetzwidriger Weise alle Besuchserlaubnisanträge abgelehnt, erst nach 14 Tagen konnten die ersten Eltern Besuche abstatten.
Außer all diesem gab es noch jede Menge direkte Repressionen seitens der Polizei. Am Verhaftungsabend selbst wurden die Leute auf übelste Art beschimpft, wurden geschlagen. Oft ließen die Bullen miese Sprüche fallen und es wurde zugesehen, als Faschos, die im Knast saßen, einen jungen Mann zusammenschlugen. Die Faschos terrorisieren ständig die Gefangenen, und



„Weg mit Knast und Sado-Schließern"



Knast: Entschuldigt das Ordinäre am Anfang, aber diesen Spruch lernst Du dort kennen und verstehen "Das Leben ist verrückter als Scheiße und Scheiße ist schon verrückt".
Bevor ich drin war, konnte ich mir nichts direktes darunter vorstellen, Repressionen usw., ein Abstraktum. Abstrakt ist es auch heute noch, nur das ich dieses kennengelernt habe.
Einmal drin, mußt du mit der Situation fertig werden, du hast keine andere Chance. In einer vollkommen neuen Welt, wo du erst einmal, und dies aus Leibeskräften, Informationen sammeln mußt. Zum Anfang bleibst du cool und alles ist halb so wild, du lernst Leute kennen, die dir helfen, andere sind Idioten und hauen dich übers Ohr, wobei bemerkt werden muß, die Solidarität unter den Knastern ist im Vergleich zu draußen riesengroß, denn alle sitzen im gleichen Boot und jede/r ist ja doch irgendwo zu unrecht drinnen.
Bei mir setzte ein Gefühl der Ohnmacht und des unendlich Erniedrigt-Seins ein. Wie soll ich sagen, ein Gefühl, als würdest du in einen Abgrund gestossen und befändest dich jetzt im freien Fall, ein Grippeln und Ziehen im Bauch, wie eine Magenverstimmung. Keine Ahnung, wann kommst du hier raus, Angst vor Faschos im Knast. Nur nicht erniedrigen lassen, sich nicht in die Machtstrukturen der Knackis einordnen, sich selbst beobachten- sich besser kennenlernen. Schwer, aber was machst du den ganzen Tag allein auf Zelle, 2x6 Meter, ein Waschbecken, ein Bett, ein Klo, wenn du Glück hast ein Fenster und keine Glasbausteine. Zwischendurch eine Stunde Hofgang, drei Mahlzeiten am Tag, automatisch legt sich das Augenmerk auf einen selber, wie dringend wird auf einmal eine Uhr benötigt und alles genau zeitlich abgestimmt (erstaunlich wie sehr sich der Mensch an Umstände gewöhnt und anpaßt...)
Du denkst an draußen und hast erbärmliche Sehnsucht, liegst auf dem Bett und könntest weinen und manchmal tust du das auch und fühlst dich nicht besser, dann: hat keinen Zweck rumzuheulen, denkst weniger an die Welt außerhalb dieser Mauern und die Sinne stellen sich auf Knast ein. Gedanken sind oft nur noch drin, nicht mehr mit dem konkreten Draußen beschäftigt. Aber nachts liegst du da und träumst von den schönen Dingen, die hier unerreichbar sind, so herrlich und ideal alles, wirklich alles erscheint einem positiv, nur eins ist schlecht, du kannst nicht dabei sein und das macht dich rasend. Wieder unter Kontrolle gebracht, versuchst du dich dem Schlaf zu widmen. Nächsten Tag versuchst du wieder an dir zu arbeiten, weniger rauchen, Sport, fragst dich warum reagierst du so und nicht anders.
Knast ist Erfahrung die niemand machen dürfte und trotzdem lernst du unheimlich viel dazu. Viele Knaster, die einen auskömmlich die anderen nicht, sitzen zum x-ten Mal, weil sie als Jugendliche einmal eingefahren sind. Hier haben sie dermaßen Aggressionen oder Haß bzw. Ohnmacht vor dem Draußen bekommen, daß viele einen Knacks und einen Schaden davon getragen haben.
Dies zu erkennen, daß in meinem Unterbewußtsein ein ganz anderes Ding abgelaufen ist, als ich dachte, ist erst im Nachhinein geschehen. Bin nicht härter geworden, konsequenter, oder einfühlsamer- ich bin verletzt worden in meiner Würde. Dessen bewußt zu werden und versuchen es zu verarbeiten, ist wichtig für mich, drinnen und draußen der einzige Weg mit mir klar zu kommen.
Wir sollten mit uns klar kommen, dann hätten wir mehr Zeit für die Leute, die noch drin sitzen, denn sie brauchen uns mehr denn je.

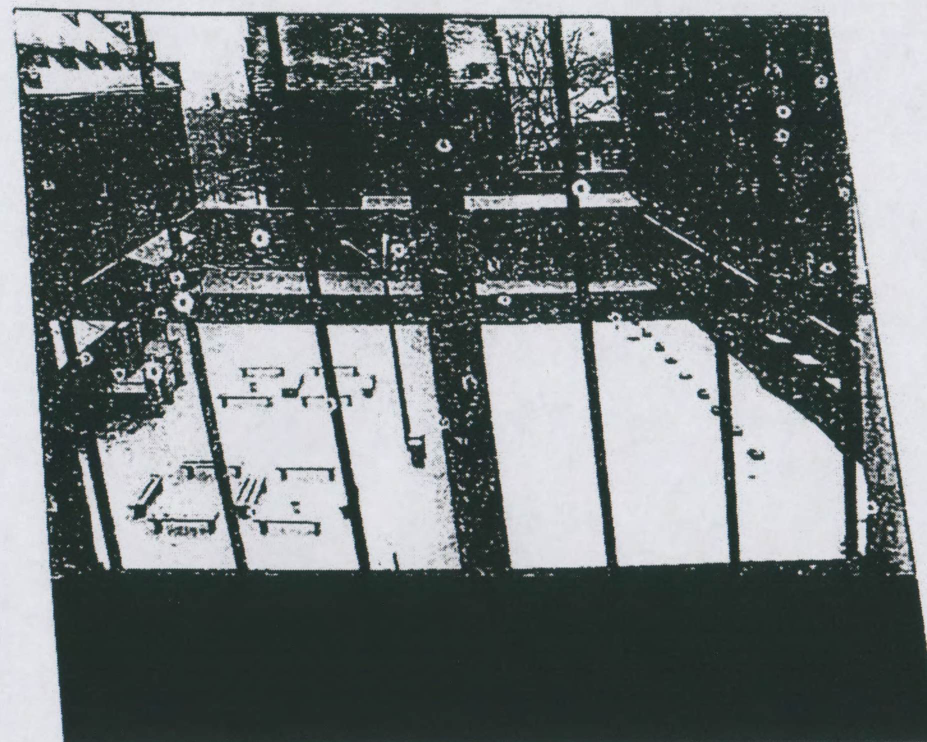
Neonazis werben in Gefängnissen

Rechte Szene versorgt Insassen mit Zeitschriften

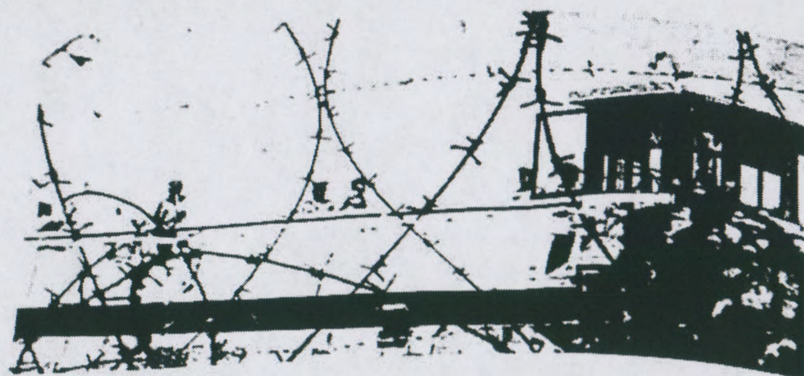
Hamburg (AFP). Neonazis werben in deutschen Gefängnissen immer mehr Anhänger. Wie das Hamburger Nachrichten-Magazin „Der Spiegel" in seiner neuesten Ausgabe berichtet, hat die rechte Szene inzwischen eine Hilfsorganisation eingerichtet, die Gefangene berät und neonazistische Zeitschriften in die Haftanstalten schleust.

Vollzugsbeamte haben nach Angaben des Blattes landesweit in den Gefängnissen festgestellt, daß auch Insassen, die wegen unpolitischer Delikte einsitzen, sich die Haare nach Skinhead-Art kurzschneiden lassen, ihren Lohn für Springerstiefel ausgeben und ausländische Mithäftlinge auf Skinhead-Art anpöbeln. Der Berliner Jugendsenator Krüger (SPD) warnte vor einem „rasanten Rechtstrend im Knast". Er fürchte, „daß bald ein noch größeres Randale-Problem auf uns zukommt", wenn die im Knast zu Rechtsradikalen gewordenen Jugendlichen wieder entlassen würden.

Bundesweit suchen Gefängnis-Sozialarbeiter und Psychologen nach neuen Rezepten für den Umgang mit extremistischen Häftlingen. In der Jugendhaftanstalt Hameln würde inzwischen eine Gruppe Rechtsradikaler pädagogisch betreut. Sozialarbeiter müßten bei ihrer pädagogischen Arbeit mehr und mehr mit rechtsradikalen Organisationen konkurrieren, etwa mit der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG). Diese vom Verfassungsschutz observierte Gruppe war bereits im letzten Jahr während der Krawalle in Rostock aktiv, indem sie festgenommene rechtsgerichtete Jugendliche mit Tips versorgte.



diese sind geistig schon so fertig, daß Selbstmordgedanken geäußert werden.
Die ersten Anklageschriften kamen heraus. Es wurde wegen schweren Landfriedensbruches, schwerer Körperverletzung, versuchten Totschlags, Brandstiftung, Verstößen gegen das Waffengesetz und teilweise auch wegen Altdelikten angeklagt. Bezeichnend ist hierbei das Verfahren gegen den am Abend des 27.11. angeschossenen jungen Mann. Ohne Änderung der Aktenlage wurde jene Anklage vom schweren Landfriedensbruch über versuchten Totschlag zu versuchtem Mord an einem Polizisten, der eine Prellung an der Hand davongetragen hatte. Das Landgericht will nun "nur" eine Klage wegen versuchten Totschlags verhandeln, doch die Frechheit der Staatsanwaltschaft, mit der sie versucht möglichst hohe Strafen herauszuschinden, ist enorm!
Zum jetzigen Zeitpunkt sitzen noch 5 Leute in Untersuchungshaft. Gegen drei von ihnen beginnt am 8.3. die Verhandlung.
Wir fordern: Sofortige Freilassung der Gefangenen und sofortige Einstellung sämtlicher Prozesse!!!



Der Gefangene

Ich hab's mein Lebtag nicht gelernt,
mich fremdem Zwang zu fügen.
Jetzt haben sie mich einkasernt,
von Heim und Weib und Werk entfernt.
Doch ob sie mich erschlügen:
Sich fügen heißt lügen!

Ich soll? Ich muß? – Doch will ich nicht
nach jener Herrn Vergnügen.
Ich tu nicht, was ein Fronvogt spricht.
Rebellen kennen beßre Pflicht,
als sich ins Joch zu fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Der Staat, der mir die Freiheit nahm,
der folgt, mich zu betrügen,
mir in den Kerker ohne Scham.
Ich soll dem Paragraphenkram
mich noch in Fesseln fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Stellt doch den Frevler an die Wand!
So kann's euch wohl genügen.
Doch eher dorre meine Hand,
eh ich im Sklavenunverstand
der Geißel mich sollt fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Doch bricht die Kette einst entzwei,
darf ich in vollen Zügen
die Sonne atmen – Tyrannei!
Dann ruf ich's in das Volk: Sei frei!
Verlern es, dich zu fügen!
Sich fügen heißt lügen!

Erich Mühsam

Aktualisierung: Am 8. und 9.3. fand der erste Prozeß gegen drei der bis dahin Inhaftierten vom 27./28.11. wegen schweren Landfriedensbruches statt. Viele Zuschauer waren gekommen, um der Verhandlung beizuwohnen und den Dreien Beistand zu leisten. Da außer den Geständnissen der Leute die Staatsanwaltschaft keine zusätzlichen Beweise hatte, die Bullenzeugen sich entweder an nichts erinnern konnten oder sich widersprachen, gab es Bewährungsstrafen von 6, 12 und 9 Monaten. Am Morgen des 31.3. wurde wegen der Sachbeschädigung verhandelt, die die damaligen Ereignisse ausgelöst hatte. Mangels Zeugen muß die Hauptverhandlung wiederholt werden. Am Mittag des selben Tages wurde eine Frau freigesprochen. Die Anklage (sie habe durch das Verschließen eines Tores Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte geleistet) mußte selbst vom Staatsanwalt fallengelassen werden. Zur Zeit sitzen noch zwei Leute in Haft.

23.12.1992 0.35Uhr

Hergang des Mordes an Thümy
Auf dem Dürrerplatz treffen sich die Kids, die so im Alter zwischen 15 und 20 Jahren sind, in ihrer Clique, wo sie irgendwann mal anfingen aus Spaß Autos zu knacken. Die meisten sind wohl ohne politische Meinung, wahrscheinlich betreiben sie den Autoklau auch nicht professionell, um das große Geld zu machen - wobei die Verstrickungen Einzelner nicht bekannt sind. Nach dem Krach am 27./28.11. haben die Leobesetzer beschlossen: "Wir hören auf mit dem Autoklau" und sie waren auch clean. Nur in der Nacht vom 21./22.12 ist mit einem von ihnen dann doch die Kleptomanie wieder durchgegangen. S. schnappt sich den Mazda Xedos 6, der einem Professor der Uni- Klinik gehört (ein großer und teurer Wagen, ca. 51000 wert). Nächsten Tag erscheint er damit auf dem Dürrerplatz, wo er von mehreren Typen aus Zuhälterkreisen gefaßt wird und sie ihr Auto zurückkriegen. Nachdem S. fliehen kann, wird ein anderer Bewohner der Leopoldstraße von den Typen in den Kofferraum ihres Wagens gesteckt. Aus ihm werden sie herausbekommen, wo S. zu finden ist.

Nun ein Ortswechsel in die Leopoldstr.9; es ist kurz vor Mitternacht des 22. Dezember. Mit Baseballschlägern und ähnlichem bewaffnet, kommen ca. 10-13 Leute und schlagen Krach - sie wollen S., doch der versucht diesmal über die Dächer zu fliehen. Während die Männer drohen und ins Haus eindringen wollen, wird S. doch von ihnen erwischt. Er kann jedoch, nachdem er leicht verprügelt wurde, wiederum entkommen. - Die Bewohner der Leopoldstraße rufen die Bullen per Funktelefon.

Leopoldstraße 9 durchsucht

Die Polizei macht jetzt ernst mit der Strafverfolgung in Connewitz. Gestern früh um 7.30 Uhr durchsuchten Kriminalbeamte und Staatsanwaltschaft das Haus Leopoldstraße 9. Gegen drei junge Leute, die mit Mietvertrag in dem Gebäude wohnten, lagen genügend Hinweise auf Diebstähle vor, daß das Amtsgericht eine Durchsuchung der Wohnungen beschloß. Wie Staatsanwaltschaft und Polizei mitteilten, wurde jedoch keiner der Bewohner im Haus angetroffen. Ein Tatverdächtiger, der zufällig vorbeigekomen war, wurde vorläufig festgenomen. Im Haus beschlagnahmten die Beamten Gegenstände und Kfz-Papiere, die vermutlich aus Diebstählen stammen. Ein Polizist: „Mindestens sechs Anzeigen konnten wir schon zuordnen." Unter anderem entdeckten die Ermittler die Papiere eines Lasters samt Anhänger, der als gestohlen gemeldet war.
Das Haus Leopoldstraße 9 war in der Vergangenheit immer wieder als Ausgangspunkt für Straftaten vermutet worden. -tu



Die gerichtsmedizinische Untersuchung spricht von vier Einschussen bei Steffen T. in Oberkörper und Bein, von vorn und von hinten. „Vermutlich eine Kleinkaliberwaffe", sagt die Polizei.

Gregor P., der Freund von Professoren-Tochter Christine (18), stand schon mal vor Gericht – wegen fahrlässiger Tötung und schwerer Körperverletzung.
Die Anklage: Er hat Constanze L. (22), die mit ihrer Tochter Sarah (acht Monate) und Freund Andreas (22) am Rande einer Straße ging, mit einem Audi erfaßt und getötet. Er hat einen gestohlenen Opel für 500 Mark gekauft. Als ihn der echte Eigentümer damit entdeckte, hat er ihn auf die Haube genommen, in einer Toreinfahrt eingequetscht. Dann sprühte er auch noch mit Reizgas.

Der ewige Streß um's Autoklaun

Anfang Herbst klauen in Leipzig zwei Leo-Kids, unter ihnen F., einen blauen Opel Kadett. Kurz darauf wird einer von ihnen, der mit F. das Auto geklaut hat, von einem scheinbaren Stino angehalten, welcher ihnen droht die "Rüben wegzuschießen", falls der Kadett nicht in 5 Minuten wieder dastehe. Außerdem behauptete er wohl, daß er hier aus dem Kiez bzw. Revier stamme und sie hier nichts zu suchen hätten.
Im Zusammenhang damit tauchten in der Leopoldstrasse ein paar Tage später Typen auf, die dort F. verprügelten und sich den geklauten Kadett wieder zurückholten.
Am 5.1.93 kamen dann abermals die gleichen Typen wieder in die Leopoldstrasse und erkundigten sich nach einem anderen Auto. Es ist anzunehmen, daß jene (höchstwahrscheinlich Faschos) mit im Autoklaugeschäft drinstecken.
Einen Monat später am 4.2.93 brechen ungefähr 15 bewaffnete Gestalten gleicher Sorte gewaltsam in zwei besetzte Häuser ein, durchsuchen alle Räume, fragen nach F. und verpissen sich rechtzeitig wieder, kurz bevor die Bullen eintreffen.
Zu dieser Zeit aber befinden sich F. und die ehemaligen Leopoldstraße 9-BewohnerInnen, die weiterhin Autos knacken wollen und werden, schon nicht mehr in Connewitz.
Unsererseits ist zu hoffen, daß sich diese nicht mehr in Connewitz blicken lassen, geschweige denn "ansiedeln".

Zur gleichen Zeit in einem Connewitzer Jugendobjekt
Dienstagabend, es wird Tischtennis gespielt, mensch unterhalt sich, hort Musik
Plotzlich kommt S herein "Zuhältertypen sind in der Leo" ruft er, "sie verprugeln dort die Leute!" Es entsteht eine Diskussion, bei der die Standpunkte zwischen helfen und nicht helfen schwanken. Wahrend der kurzen Auseinandersetzung meint Thumy "Wir können die Leo nicht im Stich lassen."
Nach einigem Hin und Her gehen sechs Leute los, um zu helfen. Bis dahin ist noch unklar, von welchem Kaliber die Typen in der Leo sind.

An der Ecke Leopoldstraße- Biedermannstraße angekommen, sehen sie die Gruppe der Typen, die S. suchen, vor besagtem Haus stehen. Die Leute, die die Leokids unterstützen wollten, befinden sich jetzt ca. 50 m in der Straße, links und rechts beginnen nun die Häuser (das Stück vorher ist ein freier Platz). Ein dunkles Auto, eventuell ein schwarzer Golf, der eindeutig den Zuhältertypen gehört, parkt aus, fährt, nachdem er gewendet hat, in Richtung Biedermannstraße schnell auf die sechs zu. Einer ruft: "Paßt auf die schießen auch!". Sie flüchten. In dem Moment (ca. 0.40 h) fallen 6-7 Schüsse. Thümy, der als Letzter rennt, wird, wie sich später herausstellt, von 4 Kugeln, die aus einem kleinkalibrigen Schnellfeuergewehr abgegeben wurden, getroffen. Er schleppt sich noch bis an das Jugendzentrum und bricht zusammen. Kurz darauf wird er gefunden. Zu dieser Zeit ist er noch bei vollem Bewußtsein.

Von seinen Freunden und Freundinnen wird Thümy ins Elisabeth Krankenhaus gefahren, wo schon Bescheid gesagt worden war (auch die Polizei war zu diesem Zeitpunkt bereits informiert). Gegen 1.00 Uhr wird Thümy in die Obhut der Ärzte übergeben, welche sich sofort bemühen. Seinen Freunden bleibt nichts anderes übrig als zu warten.
Uniformierte Polizisten kommen und stellen Fragen zum Tathergang- sie bleiben nicht lange. In der Zwischenzeit kommen mehr Ärzte, zum Schluß sind es vier, aber es ist kein Gefäßchirurg aufzutreiben, der nötig gewesen wäre.
Eine Stunde später zwei Kripoleute in Zivil, deren erste Frage war, wer Thümy transportierte, um dann eine Belehrung abzulassen. Als die Polizisten sich nicht sehr taktvoll und mit scheinbarem Desinteresse nach dem Tathergang erkundigen, wird ihnen gesagt, sie sollen gehen, man könne im Moment nicht darüber sprechen. Nach einigem Hin und Her gehen sie, wobei sie nun ausfällig werden und sagen: "Du Arsch ..." und "Naja, wenn ihr nicht wollt ...".

3.30 Uhr erliegt Thümy zweien der Schüsse, nachdem die Ärzte und Krankenschwestern alles versucht haben. Er bekam insgesamt 14 Blutkonserven und ist doch innerlich verblutet.

Am nächsten Tag, dem 23.12. begeben sich mehrere Leute zur Kripo um Zeugenaussagen zu machen. Die Täter sind heute gefaßt; Was bleibt sind Gerüchte, ob eventuell Drogen in dem Auto waren, S. schon vorher Probleme mit den Zuhältertypen hatte. Ähnliche Typen traten bis heute noch mehrmals auf: Einmal Anfang Januar wegen eines anderen Autos, einmal Anfang Februar um ein geklautes Funktelefon wiederzufinden - beide Male war es wahrscheinlich nicht in Connewitz zu finden. Wie weitreichend die Beziehungen einzelner Ex- Leobewohner waren oder noch sind, ist unklar.

Am 22.1.93 wurde Thümy beerdigt, viele seiner Freundinnen und Freunde und die, die ihn kannten, waren gekommen ...



Die Sache ist die, daß hier in Connewitz mindestens zwei Häuser von Leuten (meist unter 18 Jahren) besetzt sind oder waren, die ihren Lebensinhalt darin gefunden haben, irgendwo Autos zu knacken und diese in der Nähe ihrer oder anderer besetzter Häuser zu Schrott zu fahren und dort stehen zu lassen.
Die Hetze der Öffentlichkeit gegen diese Leute hat natürlich keine Grenzen und deren Dummheit wird reichlich dazu genutzt, alle HausbesetzerInnen zu Kriminellen zu machen.
Bis zu den Auseinandersetzungen mit den Bullen am 27./28.11.92 haben wir uns kaum um dieses Problem gekümmert, was wir im Nachhinein als großen Fehler ansehen.
Anfang Dezember wurde dann einem Teil der Autoknacker klar gemacht, daß sie für die Gefährdung aller Projekte und Legalisierungsverhandlungen in Connewitz mitverantwortlich sind und sich deshalb entscheiden müssen, ob sie ihre sinnlosen Aktionen sein lassen oder sich aus dem Stadtteil verpissen. Sie entschieden sich zu bleiben und waren auch von da an "clean"...
Allerdings nicht alle, denn am 22.12.92 kam kurz nach Mitternacht einer, der das Autoknacken nicht hatte sein lassen, ins Cafe im "ZORO" und schlug dort Alarm, weil Zuhältertypen eins ihrer "verrufenen" Häuser angriffen. Kein Wort von geklauten Autos, kein Wort von scharfen Knarren. Sechs Leute gingen sofort zum bedrohten Haus, weil sie der Meinung waren, daß es nicht angeht, daß Leute, auch wenn sie uns in letzter Zeit mächtig Ärger eingebrockt hatten, brutal zusammengeschlagen werden.
Die ganze Scheiße ist bloß passiert, weil Typen, die wir nur ungefähr als Zuhälter oder Automafiosi einordnen können, ihr Auto zurückholen, das jener "rückfällig" Gewordene geklaut hatte, und sich mit allen Mitteln an ihm rächen wollten.
Daß dabei einer von denen, die im Glauben, einen faschomäßigen Angriff von nicht klar einzuordnenden Typen abzuwehren, zu Hilfe eilten, sein Leben lassen mußte, kotzt uns grenzenlos an.
Trauer und Wut sind zu schwache Worte.

Thümi ist tot, niemand macht ungeschehen, was geschehen ist. Viele von uns stellen Fragen, Fragen, die an die Grundfeste unseres täglichen Lebens gehen. Welche Zukunft ist uns bestimmt, wenn Mitglieder einer Gesellschaft zu Bestien pervertieren und Menschen vernichten, die sich gegen den Terror von Profit- und Konsumgier stellen, wenn die Freiräume, die wir uns erkämpfen, mit dem Tod enden?
Das Leben unseres Freundes ist ausgelöscht. Die Werte dieser Gesellschaft aber sind dieselben, als wäre eine Rolle Klopapier alle.
Wen berührt das Schicksal Thümis so, daß die Konsequenzen an den Wurzeln unserer Gesellschaft gezogen werden?

Die Leoplenen

Hausbesetzerinnen diskutieren über ihre eigene Kriminalität
Hat es sowas schon einmal gegeben?
Angesichts der Tatsache, daß die illegale Nutzung leerstehender Häuser einen Strafbestand darstellt, d.h. kriminell ist, müßte es doch eigentlich absurd sein, daß derart Kriminelle darüber nachdenken, sich von Leuten zu distanzieren, die sich nicht an eine Reihe anderer Normen des bürgerlichen Rechtsstaates halten.
Doch nicht so in Connewitz.
Bis zu den riots Ende November und ihren fatalen Folgen war keiner/em hier in Connewitz klar geworden, daß eine Diskussion über Kriminalität in und aus unseren besetzten bzw. legalisierten Häusern notwendig ist. Bis zum Spätsommer 92 war allen, die nicht taub und blind sind, bekannt, daß die Bewohner der LEO 9 extrem viele Dinge, besonders Autos (der Deutschen größtes Heiligtum) außerhalb der Ladenöffnungszeiten organisierten und dabei ausgesprochen selbstdenunzierend agierten, indem sie Mengen von diesen geknackten Stinksargen zerschroteten und in der Nähe ihres Hauses stehen ließen. Die bürgerliche Presse nahm dies zum willkommenen Anlaß, die hiesige Szene zu einem Haufen krimineller Chaoten zu stempeln. Schon diese Hetzkampagne betraf uns alle persönlich, weil damit die Existenz unserer Lebensräume und Projekte in Connewitz bedroht wurde (mensch erinnere sich nur an den Räumungsantrag der CDU). Reagiert hat allerdings keine/r von uns.
Nach dem 27.11. sahen sich dann doch einige gezwungen zu reagieren, indem eine Gesprächsrunde mit den BewohnerInnen der Leo 9 veranstaltet wurde, die zum Ergebnis hatte, daß die betroffenen Leute vor die Wahl gestellt wurden, sich in den hier besetzten Häusern zu integrieren und das Autoknacken einzustellen oder aber in anderen Teilen der Welt ihren bisherigen Lebenswandel fortzusetzen. Sie entschieden sich geschlossen dafür, die Knackerei



weiter zu

Leoplenen

sein zu lassen und weiter hier in ihren gewachsenen Zusammenhängen zu leben. Bis zum 22.12. war das Thema dann erst mal erledigt.
Die Ermordung Thumis infolge der Rückfälligkeit von einem der Leo-Leute heizte die Stimmung gegen eine weitere Duldung der betreffenden Kids im Stadtteil mächtig auf. Dementsprechend emotionsgeladen verlief dann auch das sofort angesetzte All-Connewitz-Plenum am 23.12. Viele Leute waren verständlicherweise sehr wütend auf die Leo-Kids, da sie jene als Mitschuldige am Tod einer ihrer besten Freunde ansahen. Es war sehr schwierig miteinander zu reden und manchmal verkam der Verständigungsversuch zu einem Durcheinander wüster Beschimpfungen.
Das eigentliche Anliegen des Treffens, einen Konsens über unsere Haltung zur Kriminalität zu finden, wurde nicht erreicht, weil niemand in der Lage war, eine grundlegende Diskussion zu führen, denn dazu hätte es einer Definition bedurft, welche Art Kriminalität für uns in den besetzten Häusern vertretbar bzw. notwendig ist (z.B. Baustoff- und Werkzeugbeschaffung). Lediglich die Tatsache, daß keine/r der Anwesenden jegliche Art von Eigentumsdelikten verurteilen wollte (denn welche/r bricht schon den Kontakt zu Leuten ab, nur weil diese in der Kaufhalle Käse klauen), brachte uns zu dem Schluß, daß nicht der Sinn oder Unsinn eines Diebstahls oder gar die staatlichen Gesetze Maßstab sind, sondern die Auswirkungen auf unser Leben.
Da die Leo-Kids zu ihrer Verteidigung das Argument vorbrachten, seit dem 27.11. vier Wochen lang "clean" gewesen zu sein und nicht in hierarchisch geordneten Strukturen zu leben, so daß sie sich nicht für die Idiotie einer ihrer Mitbewohner zur Verantwortung ziehen lassen, hatten die Forderungen nach einem sofortigen militanten Rausschmiß aller Ex-Autoknacker keinen Erfolg. Viele Leute mußten feststellen, daß sie bis jetzt keinen Kontakt zu den Kids gesucht hatten und jene, gegen die "jetzt zur Tat geschritten werden sollte", überhaupt nicht kannten.

Dies wäre aber notwendig gewesen, um angemessen zu reagieren. Eine weitere Schwierigkeit dabei war, daß auch in anderen Häusern noch jüngere und noch weniger in der Szene bekannte Kids leben, die regelmäßig Autos klauen. Am Ende einigten wir uns darauf, daß die Leo 9 von den Bewohnerinnen selbständig geräumt wird und diese sich auf andere Häuser verteilen oder ein anderes Haus besetzen, da ihnen sonst der kriminelle Ruf ihres Hauses ewig und unabhängig von ihrem individuellen Lebenswandel anhängen würde. Weiterhin nahmen wir uns vor, bei der Sichtung geklauter Autos in Connewitz sofort und wenn nötig militant gegen die Verantwortlichen vorzugehen. In der darauffolgenden Woche wurden ein paar wenig erfolgreiche Aktionen in dieser Richtung gestartet, da wieder geknackte Autos auftauchten. Allerdings waren die schuldigen Idioten nicht zu finden.
Anlaß für das zweite Anti-Autoknacker-Plenum war die Durchsuchung zweier Häuser in der E. am 4.2. durch dubiose Gestalten, die sich in Mafia-Manier Zugang zu den Häusern verschafften, um dort einen ehemaligen Bewohner der Leo 9 zu suchen. Auf dem Plenum forderten die BewohnerInnen der betroffenen Häuser und andere den Rausschmiß aller Ex-Leokids aus Connewitz, da sie sich durch deren mutmaßlich kriminelle Geschäfte und deren Folgen (angeblicher Mafiakontakt und andere finstere Vorwürfe) bedroht fühlten. Es konnte aber geklärt werden, daß die inzwischen in anderen besetzten Häusern lebenden Kids mit den besagten dunklen Geschäften rein gar nix zu tun haben. Die von den Mafiatypen gesuchten und für den Stress verantwortlichen Leute waren längst aus Connewitz raus. Im Endeffekt kamen die Leute, die eine Gruppenbestrafung aller Ex-Leos durch Connewitzverbot forderten, nicht durch, da sie es in keiner Weise versucht hatten, erst einmal Kontakt zu denen aufzunehmen, von denen sie sich in Gefahr gebracht sehen. Auch wenn die Ängste vollkommen verständlich sind, sollten wir doch zuerst versuchen, mit Kids, die in unseren Augen Scheiße bauen, ins Gespräch zu kommen und uns erst dann eine Meinung über sie zu bilden. Denn pauschal über Individuen zu urteilen, deren Lebenseinstellung wir nicht kennen, ist eine echte Minusaktion. Schon um einen weiteren Zerfall der BesetzerInnenszene zu verhindern, würde es sich lohnen, darauf zu verzichten, Kids ihre vergangenen, undurchdachten Taten nachzutragen (echt schwer), denn wir sind alle nicht zu perfekten BesetzerInnen geboren worden und jede/r hat doch ein Recht auf einen Lernprozeß und ein allmähliches Hineinwachsen. Naja, entscheidet selbst!
Hauptsache ist doch selbstbestimmt und staatenlos ...



"Keiner ist ohne Sünde, auch nicht einer...!" Röm 3,10-12

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist es meist zu spät.
Die erste Frage danach heißt wohl: Wie konnte es dazu kommen, was sind die Ursachen, war es Zufall, Mißgeschick, oder mußte es so kommen. War es vielleicht sogar vorsätzlich?
In wieweit ist jeder Mensch dieser Gesellschaft Mitbeteiligte/r, Opfer, Täter, wem gebühren die Schuldzuweisungen, was ist Recht und vor wem ist es das?
Ab wann ist etwas kriminell und was ist zu tun...?

Es ist nicht leicht, über Kriminalität um uns herum zu schreiben und dabei nicht auf das zeitungsdeutsche Geisterbahn- und Zeigefingerniveau zurückzugreifen. Was unsere Problematik betrifft, reicht es sicher, die grundlegenden logischen Zusammenhänge zusammenzuspinnen, um ein brauchbares Bild zu bekommen.
Leider (oder zum Glück?) können wir uns dabei nur auf Vermutungen und unseren Verstand verlassen, denn den letztendlichen Durchblick hat wohl außer den Beteiligten weder die Presse, noch die Kripo. (Sicher hat ja auch manche/r so seine eigenen kleinen Einblicke...)

Was ist Recht?
Wer von Unrecht spricht, muß wissen was Recht ist. Um wessen Rechte geht es, wie werden sie durchgesetzt, wann wird Recht zu Unrecht...das sind Grundlagen, von denen wir ausgehen sollten.
Der Versuch, die universellen Menschenrechte ins rechtsstaatliche System aufzunehmen, muß ganz einfach zu Widersprüchen führen, an Grenzen stoßen. Staat ist ja die zum System gewordene Abgrenzung bestimmter Menschen von anderen Menschen und kann somit nur die Interessen der staatseigenen Bevölkerung durchsetzen.
Da selbst diese Interessen begrenzt sind - eben auf die Staatsinteressen zugeschnitten - bedarf es einer Gesetzgebung, die diese Grenzen absteckt und mit Gewaltmaßnahmen durchsetzt. Diese Unrechtsmaßnahmen werden somit zum Recht, nicht nur im Interesse und dem Willen der Staatsmitglieder, sondern auch im Sinne der politischen und ökonomischen Staatsstrukturen.
Staatliches Recht ist also durchaus ungerecht - nicht nur gegenüber den Nichtmitgliedern der Gesellschaft (oder denen, die sich der Gesetzgebung nicht unterwerfen wollen), sondern auch gegenüber dem absoluten Freiheitsrecht jedes einzelnen Bürgers. Die individuelle Freiheit muß sich also ausschließlich orientieren an den politischen und ökonomischen Interessen des Staates.- Wohl dem, dem das ausreicht!
Aus diesem Eingegrenztsein ergibt sich eine gesellschaftliche Ethik, die einem wissensdurstigen und humanistisch eingestellten Menschen natürlich nicht ausreicht, sich sogar (im Hinblick auf die Konflikte zwischen 1. und 3. Welt) in ihr Gegenteil verkehrt.

Wer ist nun eigentlich kriminell?
Das ist die große Frage: Ist die Bundeswehr eine kriminelle Vereinigung?, ist Gefängnis Freiheitsberaubung, Entführung, Folter usw.? - oft gibt es da verfassungsmäßige Unklarheiten.
Es bringt jetzt sicher nichts, sich auf solchermaßen Diskussion einzulassen und wir müssen erstmal mit dem Fakt vorliebnehmen, in diesem Teil der Erde aufgewachsen zu sein, hier zu leben. Andererseits ist es auch notwendig, sich der damitverbundenen Bevorteilung gegenüber anderen Menschen auf der Welt bewußt zu sein. Wir haben das Glück uns bilden zu können, nicht hungern zu müssen, wir haben die "Freizeit", uns mit solchen Dingen hier zu beschäftigen, und wir haben auch vielerlei Schlupflöcher, in die wir uns zurückziehen oder flüchten können (...und das auch noch Dank des Staates, oder?) Versuchen wir hier festzustellen, wie kriminell dieser Staat in sich ist und wie wir selbst schon (oder noch) darin verstrickt sind.

„Schlaraffenland des Verbrechens"

Die Kriminalität in Leipzig hat im vergangenen Jahr dramatisch zugenommen. Nach der LVZ vorliegenden Informationen hat sie sich gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht. Rund 88.000 Straftaten sind bei der Leipziger Polizei 1992 registriert worden. Nach der amtlichen Statistik des Freistaates waren es 1991 noch 30.000 gewesen.
Wie die LVZ erfuhr, sind mehr als drei Viertel aller Delikte Einbrüche und Diebstähle gewesen. Mit 76 Prozent Eigentumsdelikten liegt Leipzig deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der im vergangenen Jahr bei 62 Prozent gelegen haben soll. ...

Unangefochtener Spitzenreiter dürfte die Wirtschaftskriminalität sein. 100 Milliarden Schaden sind Schätzungen die der BRD jährlich zugefügt werden (das sind Steuerhinterziehung, heimliche Preisabsprachen, Anlage- und Subventionsbetrug uvm.). Wer da dahintersteht dürfte klar sein...
Oder hast Du schon mal an einen Waffendeal mit der Bundesregierung gemacht, für eine Mark einen Betrieb von der Treuhand ersteigert, oder gibt es eine ominöse Gruppe oder Partei, die Dir einfach so aus Menschenliebe ein paar Millionen Mark spendet...
Auf diesen Ebenen geht es um Immobilien, Grundstücke, Märkte und Einflußgebiete - um Macht. Es geht um die Bananen, die teuerer werden, nicht weil die lateinamerikanischen Pflücker jetzt etwas mehr Kohle bekommen, son-

...Der Jahresumsatz organisierter Kriminalität in Deutschland, die von Zuhälterei bis hin zu Schutzgeld-Erpressung und Großhehlerei reicht, ist möglicherweise größer als der von Siemens und Bayer zusammengenommen. Nach BKA-Schätzungen liegt er zwischen 50 und 100 Milliarden Mark jährlich. Der frühere baden-württembergische Landespolizeichef Alfred Stümper geht sogar von gut 150 Milliarden aus. ...

STICHWORT: ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Die auch in Deutschland gespenstisch um sich greifende Vernetzung mafiöser Verbrechensstrukturen erfaßt die Kriminalpolizei unter dem Begriff Organisierte Kriminalität. Im Gegensatz zu einmaligen oder Gelegenheitsdelikten versteht sie darunter, daß zwei oder mehrere Beteiligte über längere oder auch unbestimmte Zeit planmäßig und arbeitsteilig Verbrechen begehen.
Diktiert wird diese Form schwerster Kriminalität von Gewinn- und Machtstreben. In der Regel bedienen sich die Täter dabei vorhandener legaler gewerblicher oder geschäftlicher Strukturen, wie Firmen, Gaststätten, Geldinstitute usw. Typisch für organisierte Kriminalität ist die Anwendung oder Androhung von Gewalt zur Einschüchterung, Ausschaltung von Konkurrenten oder Durchsetzung von Interessen. Bevorzugte Verbrechensfelder sind Schutzgelderpressung, Menschenhandel und Prostitution, Waffen- und Rauschgifthandel, Autodiebstahl im großen Stil, Müllverschiebung, Glücksspiel, Geldwäsche.
Zunehmend verschaffen sich die Köpfe dieser Verbrechersyndikate auch in der Bundesrepublik Einfluß auf Politik und öffentliche Verwaltung, auf Justiz, Polizei, Wirtschaft und Medien – teils, um sich damit zu schmücken und zugleich den Anschein von Legalität zu geben, teils um sie für ihre kriminellen Geschäfte zu korrumpieren.

dem weil es jetzt EG Bananen sind, aus Frankreich und Spanien. Und es geht um die Wiedervereinigung (die übrigens 1991 noch Beitritt hieß), bei der die gesamte Ostwirtschaft zerstört bzw. mit den Westmarktführern "vereinigt" wird (eben für die symbolische Mark.)

Erinnert sich noch eine/r an die immermal auffliegenden ungesetzlichen Geschäfte der Bundesregierung oder Konzerne mit Waffen, Technologie oder Geld. Aber wen stört das schon? Den Verantwortlichen passiert im seltensten Fall etwas Ernsthaftes, also wird es wohl nicht so schlimm sein.

Nun ist es ja klar, daß Herr Kohl nicht persönlich mit der Haßmaske Schutzgelder kassiert, Konkurrenten verprügelt, daß er nicht persönlich nachhilft Häuser leerzuwohnen, Betriebe in den finanziellen Ruin zu treiben oder nachhilft, damit Staatsgelder dort und dort eingesetzt werden (oder eben auch nicht), wo es gewissen Leuten paßt.

Auch in Leipzig darf z.B. Wohnraum nur über die Genehmigung von den politischen Vätern zu Gewerbezwecken mißbraucht werden. (Und Wohnraum ist nur so lange Wohnraum, wie er bewohnbar ist.) Wer entscheidet über die Baugenehmigung eines Gewerbekomplexes, wie der Saalepark es ist? Das war erstmalig für Deutschland, daß Verkaufsketten solch ein Marktmonopol zugespielt bekommen haben.

Sehr oft merken wir gar nicht oder nehmen es einfach als gegeben hin, wenn auf oberster Ebene Dinge beschlossen werden, die direkt in unser gewohntes Leben eingreifen und uns oft sogar Freiheiten beschneiden. Solche Entscheidungen werden meist auf unterster Ebene vorbereitet...ein Haus steht jahrelang leer und keinen wundert es, wenn es abgerissen wird und ein Bürohaus entsteht oder eine Fabrik verfällt, ein Park vergammelt und so weiter.

Solchen Erscheinungen kann ja auch nachgeholfen werden... Und somit wäre die Brücke geschlagen zu den Leuten ganz unten, die irgendwie ihre kleinen Geschäftchen betreiben für diverse Hintermänner.

Die Gewinne aus Hehlergeschäften (also geklauter Ware, die z.B. zum halben Preis aufgekauft wird), oder Schmuggelgut (bis hin zu professionell geklauten Autos), von Scheckbetrügerreien, Schutzgeldgeschäften usw. machen momentan in Leipzig sicher nicht irgendwelche Bonzen oder Politiker reicher, aber durch sie bauen sich kleine Ganoven und Organisationen auf, die dann irgendwann so stark sind, daß sie (natürlich mit ihren Mitteln) die eigenen Interessen in der Stadt durchsetzen- bis in die Politik hinein.

Vorsicht, sympatischer Kriminalbeamter!

Sympatisch soll er sein, der Herr Luda, der sich Anfang Oktober'91 mit dem Faschoüberfall auf die Leopoldstraße 13 beschäftigte, und zu dieser Zeit noch der Sonderkommision- Rechtsextremismus angehörte, insofern diese Kripokommisionen getrennt werden können.

Zur Sache Leo 13 setzte sich Luda bzw. die Soko-Rex mit dem Jugendamt bzw. mit den Streetworkern in Verbindung, welches unter der Bedingung, für die "Szene" auszusagen um diese zu unterstützen und den Geschädigten der Leo13 zu helfen, einer Zusammenarbeit zusagte, und daraufhin Luda mit den Leuten bekannt machte. Die Vermittlungsarbeit des Jugendamtes hätte damit beendet sein können, aber Luda wird später noch mehr vom Jugendamt wollen. Der Kripobeamte klärte auf und bekam auch die Faschos, die den Überfall getätigt hatten. Diese wurden aber vom Gericht wieder laufen gelassen.

In der nächsten Zeit gingen dann eine Menge Faschos in den Knast durch Luda, der viele zweckdienliche Hinweise bekam.

Ist nun jeder Bulle ein Schwein oder nicht. Vielleicht ist er ja unserem Spektrum angetan. Aber wieso kam er mit dem Fahndungsfoto eines Fahnenflüchtigen, der sich in Connewitz aufhielt, aufgelaufen? Wieso versuchte er Streetworker Anfang'92 gegen die BesetzerInnen der ...straße zu Aussagen zu zwingen, die dann darauf ihre Verbindungen zu Luda abbrachen. Streetworkern ist es ohnehin verboten Aussagen zu machen. Wieso kletterte dieser fähige Kripobeamte nicht die Karriereleiter hinauf, wo er doch die Chanceen dazu hatte.

Fakt ist, er hat die Mörder Thümys in kürzester Zeit gefunden. In der Überschrift steht "Vorsicht", hier soll bloß aufgeklärt werden und ein wenig Licht gebracht werden, in eine Sache, die wahrscheinlich zum Großteil im Dunklen bleiben wird. Wer es für nützlich erachtet, mit diesem Mann, Faschos in den Knast zu bringen, soll dies tun, er/sie sei gewarnt. Leute sind von ihm schon zum Staatsschutz geworben worden und niemand weiß, in wie weit er schon Leute in der Hand hat, aber dies kann eine Unterstellung sein.

... Die größte Gefahr aus der Schwerstkriminalität sehen Experten indes in der Bedrohung für die Demokratie. Jürgen Roth, der als Journalist Lafontaines Kontakte zur Unterwelt mit aufdeckte, befürchtet auch in Deutschland eine weit fortgeschrittene Verquickung von Politik und Verbrechen. Wilhelm Schwertfeger vom Düsseldorfer Landeskriminalamt berichtete auf der Bensdorfer Akademietagung, daß in jedem zehnten Fall von organisierter Kriminalität, der bei ihm ermittelt wurde, Korruption im Spiel sei. Geschenke und Einladungen von Gangsterbossen an Politiker, Justizbeamte, Staatsdiener oder Journalisten seien die Regel – und zu selten blieben sie unerwidert. In Limburg (Hessen) ermittelt seit letzter Woche die Staatsanwaltschaft gegen 60 Bürgermeister und Staatsbedienstete. Gegen „Motivationszahlungen" von Firmen hatten sie die Vergabe öffentlicher Bauvorhaben manipuliert. Auch für Schmiergeldzahlungen an politische Parteien liegen Hinweise vor.

Selbst Polizisten sind nicht gefeit davor, längst kursiert unter ihnen der Spruch: Lieber korrupt als tot...

LVZ

Was meist völlig unter den Tisch fällt, ist das Waffengeschäft.(Nicht das der unzähligen Behörden, der Sicherheitsdienste, Politiker, Anwälte, Wirtschaftsbosse usw.), sondern das über und unter dem Ladentisch.

Besorgniserregend ist, daß sich nicht nur kleine Gruppen der Gesellschaft bewaffnen oder eine Verteidigung organisieren, sondern fast jeder Mensch, vom CS Gas über das doppelte Türschloß bis hin zur scharfen Waffe.

Die ganze Bevölkerung scheint sich auf einen großen Kampf vorzubereiten. Die dahinterstehende Ideologie, das Faustrecht der Straße, verfestigt sich immer mehr (nicht zuletzt dank Kino und Videothek) und es ist nur eine Frage der Zeit, bis es bei jeder/m Einzelnen angewandt wird. Das bis zu den Zähnen bewaffnete potentielle Opfer wird irgendwann zum Täter...

Waffenbesitz dient nicht nur der Selbstverteidigung in höchster Not, es beruhigt auch, senkt die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung und ist bei einigen Leuten sicher Show.

Auf jeden Fall ist er eine gute Geldquelle. Auch hier steht eine Industrie dahinter- kein Wohlfahrtsverein, eine Industrie, die nur an der Angst und der Unsicherheit in den Menschen interessiert sein kann.

Bei dem Mord an Thümy fiel (zufällig?) der Begriff Zuhälterszene. Wir DDR Kinder kennen ja so etwas fast nur von Karl-Eduart, können uns also kaum ein Bild machen, was wirklich dahintersteckt.

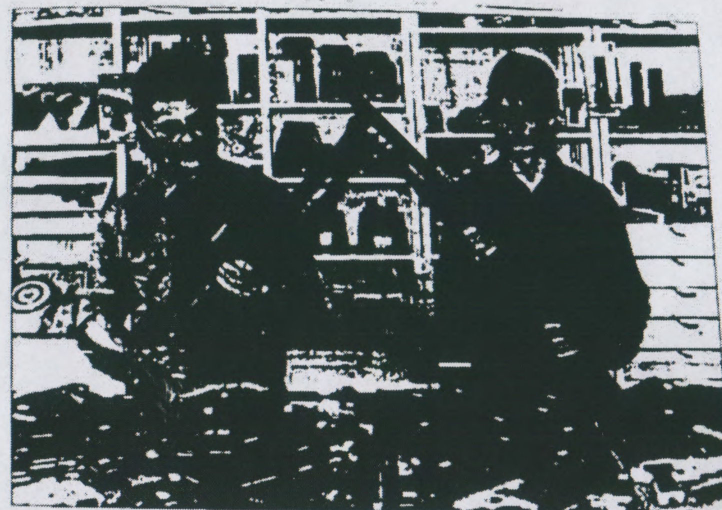
Fakt ist, daß die Grundlage dieses Geschäfts der Sexismus ist, also der menschen- und persönlichkeitsverachtende Umgang mit Liebe, Sexualität und Partnerschaft unter kommerziellen Gesichtspunkten.

Auch hier überzieht ein dichtes Netz von Erotikläden, Videotheken, Zeitungsgeschäften usw. unsere Stadt. Dieses Gedankengut ist in uns und den Bürgern so tief verwurzelt, daß wir, jede/r für sich, ganz genau auf unser Verhalten in dieser Beziehung achten sollten. Mit einer prinzipiellen Einstellung ist da nichts getan. Was in unseren Nachbarn tief drinnensteckt werden wir nur durch unser überzeugendes Beispiel bekämpfen können. Es darf nicht um eine fragwürdige Moral gehen, wie bei manchen Rassisten und Faschisten, sondern um die Unterdrückung menschlicher Werte.

Wenn der Bedarf und die stillschweigende Akzeptanz dieser Industrie und der Organisationen

zum Begriff "Linksradikalismus"

Links ist natürlich ein völlig bescheuertes Wort und bezeichnet Nichts genauso wie Rechts.
"Linkes" Denken und Handeln kann genauso "rechts" sein, wie umgekehrt.
Links soll hier für uns bedeuten: der Wunsch, das Bestreben nach Menschlichkeit, also Freiheit, Solidarität, Liebe und Achtung für alle Menschen, gegen Unterdrückung und Ausbeutung.
Der Begriff Radikal wird "politikwissenschaftlich" schnell (und fast ausschließlich) in Zusammenhang gebracht mit Gewalt und Terror.
Radikalismus ist jedoch nur eine andere Bedeutung von Extremismus (also extrem "Links" oder "Rechts") und bedeutet (Radi- die Wurzel), die Dinge an der Wurzel zu packen, die Ursachen anzugreifen und nicht nur an den Auswirkungen zu feilen (wie manche Parteien es tun).
Zum Beispiel ist es für uns keine befriedigende Lösung Arbeitslosigkeit mit dem Arbeitsamt zu bekämpfen oder faschistische Erscheinungen mit Gesetzen.
Wir wollen uns Mühe geben Dinge, Prozesse und Menschen nicht so sehr an Begriffen festzumachen, sondern an ihrem Auftreten, an der Wahl der Mittel, die sie anwenden.
(Aber auch wir unterliegen natürlich oft den Gewohnheiten...)



Der Waffenhandel blüht im deutschen Osten und mit ihm die organisierte Kriminalität. Ob legal – wie beim Eberswalder Händler Alexander Spulsky (l.), der seinen Umsatz nach Tonnen statt nach Stückzahlen berechnet – oder illegal über Kanäle früherer Sowjetoffiziere: die neuen Bundesländer sind Deutschlands führender Waffenumschlagplatz. Foto: Keystone

Lukrativer Sklavenhandel mit Frauen und Kindern

Professionelle Gangs – getarnt als Künstleragentur oder Arbeitsvermittlung – betreiben im Lande einen schwunghaften Heiratshandel mit Frauen aus Asien, Afrika, Südamerika und Osteuropa. Auch als Prostituierte oder „Bardamen" kommen Ausländerinnen – oft unter falschen Versprechungen – nach Deutschland. Der Menschenhandel ist äußerst lukrativ. Die „Kopfprämie" für eine Frau liegt zwischen 7000 und 10 000 Mark. Zuweilen arbeiten in der Branche auch Familienbetriebe: ein Deutscher und dessen ausländische Ehefrau, die in der Heimat Opfer anwirbt. Mittels eines gut funktionierenden Schleppernetzes gelangen Asiatinnen über Deutschland auch in andere EG-Länder.

Ansteigend ist die Zahl Hochschwangerer und von Müttern mit Kind. Die Kunden reizt dann entweder der Mißbrauch des Kindes oder die Adoption des Säuglings (Preis: 11 000 Mark).


Heroin-Opfer (in Berlin)
„Geld ist das Lebensblut der Drogenhändler"

nicht mehr vorhanden ist, ist der ominösen Zuhälterszene die Arbeitsgrundlage entzogen. Auf Sexualität braucht deshalb keine/r zu verzichten.

Als letztes Thema in dieser kleinen Auswahl nun ein paar Gedanken zur Drogenszene. Auch sie hat einen nicht unbedeutenden Einfluß auf uns. Auch hier lohnt es sich ganz oben anzusetzen.
Die Millionen, die aus dem Drogengeschäft fließen, werden seit Jahren, vor allem in der BRD, solange durch Banken und andere Firmen geschoben, bis sie als scheinbar seriöse Investitionen angelegt werden können. Fahnder und Staatsanwälte (so Spiegel 9/92) fürchten, daß Teile der deutschen Wirtschaft bereits von Verbrecherkartellen unterwandert sind. Weltweit setzen Drogensyndikate im internationalen Finanzsystem bis zu 800 Milliarden Mark jährlich um.
Noch einmal Spiegel: BKA-Chef Zachert: Es gibt deutliche Anzeichen, daß die Geheimorganisationen sich gezielt in Firmen einkaufen- auch in Großunternehmen.
Lassen wir diese langweiligen Zahlenspielerreien...
Konkret heißt das, daß z.B. eine in der Nachbarschaft aufgekaufte Immobilie, Disco o.ä. ein Teil einer ganzen außerstaatlichen Infrastruktur sein könnte, was sich ja eigentlich ganz gut anhört, aber letztendlich doch gefährlicher sein kann, als bisher.
Selbst in alternativen Jugendzentren sprechen die Behörden von "Hausdealern", also Leuten, die "ihren" Markt versorgen, ihren festen Stand in der Szene haben und ihren individuellen Kundenkreis bedienen. In diesem Zusammenhang fällt immermal das Wort vom "korrekten Preis" (also ohne Bereicherung) oder von der Finanzierung des Eigenbedarfs. - Dazu gleich mal ganz deutlich: Es gibt kein korrektes Drogengeschäft! (außer ihr baut selber an).
Im Allgemeinen kommen Drogen aus dem Orient, dem Goldenen Dreieck (Thailand, Burma, Laos), Nordafrika, Mittel- und Lateinamerika. Bekanntlich gibt es deswegen unter der dortigen Bauernschaft massenhaft Millionäre und stehen die dortigen Regime kurz vor der Ausrufung des Weltkommunismus(...oder war das doch anders?). Es lohnt sich hier nicht Beispiele anzubringen - wer es wissen will, kann es tausendfach erfahren, aber er/sie muß es eben wollen. Es sind nicht nur die Konzerne, die die 3. Welt als Billigländer mißbrauchen, die dortigen Wirtschaften abhängig machen, sondern auch die Sonderwünsche jener phantasielosen Europäer, die einem Bauern vormachen, daß es viel sinnvoller für ihn ist, irgendwelches Drogenzeug anzubauen, an statt Getreide, die ihm einreden es wäre vorteilhafter, sich einem Drogenunternehmen zu unterstellen, als unabhängig zu werden von seinen Herren. (Deutsche Waffen), Deutsches Geld...- schon mal gehört?

> . . . Eine legale zweite Säule sei zum „A und O des Verbrechens" geworden.
> Die versteckten Investitionen in der Wirtschaft erleichtern den Ganoven das Handwerk. Der Kauf von Immobilien dient dem Aufbau einer eigenen Infrastruktur. Touristikunternehmen oder Discos eignen sich zum Absatz und Vertrieb von Drogen, der Einstieg in Chemiefirmen macht es einfach, an Substanzen für die Herstellung von Rauschgift zu kommen. Der Erwerb von Transportunternehmen hilft beim Schmuggeln. . . .

Ist es nicht viel interessanter mal nachzuforschen, warum wir so schnell nach diversen Drogen greifen, und wenn schon, warum gerade nach solchen, die wir nicht mal selber produzieren können? Auch darüber sollte öfter mal nachgedacht oder sogar gesprochen werden.

> Bonn (dpa). Die Zahl der Drogentoten bleibt weiter erschreckend hoch. Wie der Drogenbeauftragte der Bundesregierung, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Eduard Lintner (CSU), gestern in Bonn bei der Vorlage der vorläufigen Rauschgiftbilanz 1992 mitteilte, starben im vergangenen Jahr 2096 Menschen durch Drogenmißbrauch. Im Vergleichszeitraum 1991 waren es 2100.
> Die Zahl der polizeilich erfaßten Erstkonsumenten harter Drogen hat sich 1992 auf 13 212 erhöht. Die entsprechende Vorjahreszahl betrug 11685. Gegenüber der Vergleichszahl 1991 ist dies ein erneuter Anstieg um rund 13 Prozent. Das „Einstiegsalter" beim Drogenkonsum liegt nach jüngsten Erkenntnissen bei 17 Jahren. Der Jahresumsatz beim illegalen Drogenhandel in der Bundesrepublik liege bei etwa zwei Milliarden Mark

Es wird Zeit zum Schluß zu kommen. Aus diesen Beispielen sollte hervorgehen, daß Kriminalität eine alles umfassende Erscheinung ist und mehr oder weniger jeder Mensch bewußt oder unbewußt mitverstrickt ist. Kriminalität bekämpfen heißt also vorrangig, sich selbst diesem Verstrickungssystem zu entziehen.
Gewaltmechanismen halten dieses System zusammen, deshalb ist Gewalt im System, also auf der Straße bis hin zur organisierten Gewaltszene eine typische Erscheinungsform. Es kommt darauf an, aus welchem Blickwinkel wir diese Probleme betrachten. Ein Graffiti ist nicht mit einer Vergewaltigung vergleichbar und bei Rot über die Straße gehen nicht mit einem Brandanschlag auf eine Wohnung. In diesem Sinne ist auch das ganze Kriminalitätsgezeter des Staates völlig schwachsinnig.
Gegen Gesetze verstoßen ist völlig korrekt, wenn die Gesetze Scheiße sind.
Sehr gut wäre es, wenn wir in unseren Handlungen verstärkter darauf achten würden, auch unseren Ansprüchen gerecht zu werden.
Auf das "wie" kommt es an, und das hat jede/r mit sich selbst auszumachen.
Wenn schon klauen, dann so, daß wir auch dazu stehen können. Wer aus Fun oder Konsumgeilheit Zeug besorgt, ist nicht besser als Frau Sommer aus dem Werbefernsehen. Risiko lohnt sich nur für Sachen, die es auch wert sind- und da gibt es genug zu tun... .
Zum Beispiel eigene Strukturen aufzubauen, um unabhängig zu werden von Leuten, die einen anderen Weg gehen, als wir ihn gehen wollen, die zu dieser verlogenen, gewalttätigen Gesellschaft gehören.
Denn wer sich mit diversen "Kriminellen Gruppen" einläßt, sollte wissen, daß in ihnen letztendlich die gleichen Mechanismen funktionieren, wie im Staat.
Er/sie sollte wissen, daß die Übergänge von einer Szene zur anderen fließend sind, daß es nicht um Unabhängigkeit geht, sondern Abhängigkeitsstrukturen das Miteinander bestimmen, daß Gewalt das Mittel zum Zweck ist.
Wer sich mit solchen Leuten einläßt, setzt nicht nur sich Gefahren aus, sondern auch viele andere Leute und Projekte.
Er liefert den Regierenden nur unnötig die Vorwände zu Repressionen.
Natürlich ist es eine Illusion, solche Probleme schnell lösen zu wollen.
Der erste Schritt sollte sein aufeinander zuzugehen, zu reden mit den Leuten, mit denen wir befreundet sind und selbst so feste Strukturen aufzubauen, daß sich Quertreiber nicht mehr wohl fühlen.
Wenn wir in all unserem Tun, mit gutem Gewissen, bis ins Kleinste, unseren Ansprüchen treu bleiben, verantwortungsbewußt und menschlich handeln, brauchen wir uns nicht darum zu kümmern, ob "sie" es legal oder illegal, erlaubt oder unerlaubt nennen.
Was gut und richtig ist, entscheidet immer noch jede/r selbst für sich.

"Alle Macht geht vom Volke aus."
Präambel des Grundgesetzes der BRD

"Staat ist ein Verhältnis, ist eine Beziehung zwischen den Menschen, ist eine Art, wie die Menschen sich zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen eingeht, indem man sich anders zueinander verhält."
Gustav Landauer

Es ist immer schön leicht, alle Schuld dem Staat in die Schuhe zu schieben. Das machen mittlerweile nicht nur linkslastige Kreise, sondern auch ein ganzes Spektrum anderer Gruppen, auch der "bösen" Seite.
Auf Anhieb ist dagegen nicht mal was zu sagen - es stimmt einfach.
In Gesprächen mit außenstehenden Leuten stößt man/frau bei Diskussionen aber schnell auf Grenzen.
Staat ist dann meist die "Bullengewalt", die "Bonzen" oder die "Politiker". Auf die Frage nach Alternativen kramt dann unsereins Parolen von "Anarchie", "Kommune", Sachen mit "Autonomie" hervor, mit denen das Gegenüber dann nun endgültig nichts Positives mehr anzufangen weiß - Im Gegenteil - wir liefern ihm ungewollt die Argumente, um uns mit seinem Schul- und Zeitungswissen in Grund und Boden zu argumentieren.
Aber der Staat ist Gewalt, ist ungerecht, ist menschenfeindlich. Er schmiedet die Menschen, die ihn am Leben erhalten, die seine Attribute ins Extreme treiben und seine Gegner vernichten. Es ist keine Geheimpolizei, die die Gesetze durchsetzt, keine Militärclique, kein Monster vom anderen Stern, kein siebenköpfiger Drache von der Burg Bonn.
Wer macht Menschen, die anders aussehen, die anders leben, die arm sind oder behindert, das Leben hier zum Alptraum, zur Behördenhindernislaufbahn, zu Prügelknaben, zu Sündenböcken und Ausgestoßenen.
Es ist die Frau auf der Straße, der Kollege auf Arbeit, der Sprecher im Fernsehen - die Neider und Spießbürger, die Gefühls-



The way we were-Jene Jahre in Connewitz

Nun sind wir alt und grau, wir sitzen in unserem neu besetzten Altersheim mit der- natürlich geklauten Lesebrille auf der Nase (- natürlich Markenware), im- natürlich- beheizten Rollstuhl (unübertroffen, nicht bequem, aber total "in").
Und wir erinnern uns daran, wie es war, als wir jung waren, vor fünfzig Jahren. An die Tage, in denen wir in den Szene- Charts ganz oben waren, von 0 auf 100, Senkrechtstarter sozusagen, an jene kurzen Momente der Glückseligkeit, der Leidenschaft- auflodernd wie ein Mollotow- Cocktail (natürlich fleischfrei), an jene ungezählten "Einsatzbesprechungen", von Insidern jeweils "Plenum" genannt.
Doch so groß, wie das Glück, war dann der Schmerz, als wir, uns noch auf den einsamen Gipfeln der Popularität wähnend, plötzlich nicht mehr gegrüßt wurden- out waren! Auf einmal mußten wir überall Eintritt bezahlen, Gästelisten waren tabu, das köstliche Back Stage-Essen und der Stammkunden- Kaffee wurden uns vorenthalten und manchmal hetzten sie auch die Hunde auf uns. Auch das war noch schön, denn noch war uns nicht klar, daß es auf ewig wäre. Aber es war auf ewig.
Nach wochenlangen Depressionen- und verzweifelten Versuchen des drogenfreien Wiedereinstieges, nach fieberhaften politischen Aktivitäten, nach zahllosen Flugblättern und nächtlichen Sprühaktionen, nach unzähligen faschistischen Skalplocken wurde uns klares war umsonst.
Einige von uns fielen in ein tiefes Koma, andere siedelten in die Toskana um, doch wir blieben hart, wir hielten durch hier und eines Tages merkten wir endlich, daß wir nun machen konnten, was wir wollten.
Endlich durften wir die Müslipackung oben öffnen, Zeitung richtig herum lesen, sogar Bier aus dem Glas trinken!!!
Und so gründeten wir eine neue Szene- unsere Szene.
Natürlich durfte niemand außer uns dazugehören. Natürlich waren wir der Höhepunkt von Jahrtausenden Menschheitsentwicklung, selbstverstandlich grundeten wir unsere Bands, die nur uns verstandliche Lieder sangen. Wir sprachen unsere eigene Sprache- wir machten unsere eigenen Charts. Und die Massen stromten uns zu, sie taten so, als ob sie unsere Songs verstehen wurden, befolgten genau unsere Kleiderordnung, sogar Stadtmagazine tauchten auf, kreuzten auf, um uns zu verehren.
Wir fuhren fort, den teuflischen Kleinkapitalismus zu bekämpfen, in Gestalt der ach so "harmlosen" Gemüsefrau, des ach so "harmlosen" Bäckers und des ach so "harmlosen" Zeitungsladens an der Ecke, die uns schon bald mit einem engmaschigen Netz zu ersticken versuchten.
Es währte nicht lange. Dunkle Tage der Ketzerei, des Selektierertums und der Spalterei zerstörten unsere Idylle. Wir Fundamentalisierten mußten den Kampf aufnehmen, den heiligen Krieg gegen die von fremden Geheimdiensten bezahlte "Front Bornaische Straße", die versuchte, unseren Namen "Kommando Fritz Austel" auszulöschen- wer war den überhaupt "Bornaisch" und kennt jemand seinen/ihren Vornamen?
Auf einem letzten Plenum dachten wir nach und beschlossen, eine neue Szene zu gründen...
Nun sind wir alt und grau in unserem Altersheim, wir sind gut drauf und verstehen uns ausgezeichnet und wenn der Arsch neben mir nicht gleich aufhört...

Hier bricht der Text ab. Das Einsatzkommando der hochkorrekten Aktionsgruppe "Bornaische Straßenfront", das nach jahrelangen opfervollen Kämpfen jenen als Altersheim getarnten Hort der Unmoral und Dekadenz eroberte, fand dieses erschreckende Dokument des Zustandes des Kommandos "Fritz-Austel" und stellt ihn hiermit den GenossInnen vor, auf daß sie sich schützen für die kommenden schweren Kämpfe und es lernen, den kranken Keim sofort zu erkennen!
Allerdings sollte der Text wegen seiner Gefährlichkeit nur den Zuverlässigsten zugänglich sein!

Politbüro des Zentralsekretariats
des Obersten Genossen der hochkorrekten
"Bornaischen Straßenfront"
Deckname Gully

krüppel und Unzufriedenen dieses Landes, die ihren Frust, ihre Angst und die Ohnmachtsgefühle gegenüber dem Kollos des Systems, in dem sie leben, an anderen auslassen, um wenigstens etwas Selbstachtung zu erhaschen, um dazuzugehören zum Bürgermob, zu den Stärkeren.
Diese Leute schreien nach den härteren Gesetzen, diese Leute klatschen am Balkon, diese Leute wählen, diese Leute gehen in die Videotheken und üben den Horror, diese Leute pumpen sich voll mit Drogen, um besser drauf zu sein und bewaffnen sich heimlich für ihren Ernstfall.
Und es gibt die, die Tag für Tag dafür sorgen, daß diese Wünsche auch in Erfüllung gehen, die diese Bedürfnisse phantasievoll erfüllen, die Schlagzeilen erfinden, die gut ankommen, die das Horrorbild in den Köpfen der Leute Tag für Tag farbiger machen. Jeder Mord im Fernsehen ist auch ein Mord des Zuschauers, denn er wird zum Mittäter (er könnte ja auch ausschalten), jede Lüge, gegen die er nichts sagt (oder eben im Fernsehen nichts sagen kann), ist auch seine Lüge; jeder Sieg im Fernsehen oder der Zeitung über Barbaren, Außerirdische, ausländische Sportler oder politische Kräfte macht auch ihn zum Sieger, denn der Berichterstatter versucht ihn automatisch auf seinen Standpunkt zu ziehen.
So sinkt der Kontakt zu den persönlichen Empfindungen, so werden Zuschauer gemacht für das reale Leben, bis sie soweit sind, selbst Hand anzulegen, denn sie haben all das verloren, was sie einmal als sie selbst ausgezeichnet hat, ihre Selbständigkeit in Denken und Handeln.
Das Problem ist: können wir diesen Leuten ihre Dummheit und ihre Stumpfheit vorwerfen, wo sie es doch nicht anders kennen - und im Gegensatz: wie ist es zu verhindern, daß diese Leute kleine Faschisten erziehen und sich selbst fast schon so verhalten?
Das genau ist es: sie kennen nichts anderes und wenn doch, dann nur vom Hörensagen und

Friß oder stirb!

Es gibt drei goldene Regeln mit Leuten klarzukommen. 1. Setze dich durch! 2. Zeig Leistung! 3. Vernichte deinen Gegner. Zu meinem Leidwesen habe auch ich diese "Tugenden" zu spüren bekommen, gerade mit Leuten, wo ich es mir anders erhofft hatte. In der Zeit, als ich so ziemlich viel bei Reaktion mitgebastelt habe, hab ich mich öfters ungewollt (und wenn es um wichtige Sachen ging auch bewußt) den ersten beiden Punkten ausgesetzt gefühlt.
Viele Leute brauchen ihre "Führer", sie brauchen Autoritäten, mit denen sie sich identifizieren können, in deren Sog sie sich mitreißen lassen oder hinter denen sie sich verstecken. - So provozierend es klingt- es ist einfach so, und wir müssen damit klarkommen.
Das Ergebnis ist, daß viele Vorgänge, Zusammenhänge usw. an einzelnen Personen hängen (zumindest qualitativ)- das ist sehr gefährlich für die entsprechenden Sachen.
Wie funktioniert eigentlich Zusammen-Sein, zusammen etwas Schönes erleben, erarbeiten, erkämpfen?
Bist du schon mal längere Zeit krank gewesen, oder im Urlaub, oder eben weg von Leuten, mit denen du zusammen warst?
Wie schwer ist da wieder der Einstieg, den Kontakt wieder herzustellen (von ein paar Floskeln mal abgesehen).
Gerade wenn du nicht mehr "funktionierst", wenn du keinen Nutzen mehr bringst, wenn du Probleme machst, oder wenn du gewisse Prinzipien verletzt (Klamotten, Lebensweise) bist du ganz schnell raus.
Die einzige Chance ist dann nur, den Leuten mit deiner Anwesenheit ständig zu zeigen, daß es dich gibt (daß du benutzbar bist für diverse Sachen). Ansonsten gilt- aus den Augen- aus dem Sinn.
Ich kenne viele Leute, die inzwischen raus sind. Sie sind Statisten geworden, in einem Spiel, das sie nicht mehr mitspielen. Gerade die, die damals ziemlich aktiv im Mockauer Keller mitgemacht haben, waren zu Eiskellerzeiten raus- versuchten in der Villa Fuß zu fassen, aber... Oder manche Skins, die einfach anders waren, sich der Doktrin nicht unterworfen haben, sind raus. So manche/r ist raus und versackt im Privatleben, in Einsamkeit, Alkohol oder sogar Selbstmord. Heute so, wie schon immer zuvor!
Was ist mit Leuten, die älter werden, die Familie, Kinder haben, sich ein eigenes Leben aufbauen? Wenn sie nicht die drei goldenen Regeln verwenden, sind sie raus! Statisten...
Außer einem: >Hallo< oder maximal noch: >Wie geht's< kommt da nichts mehr.
Gerade wie jede/r mit Informationen umgeht, das bewußte Zurückhalten und gekonnte Ausspielen in bestimmten Situationen läuft klar auf der Schiene: Ich weiß mehr(Macht!), ich gehöre dazu (ich bin besser), ich weiß, was zu tun ist (ich bin der Chef) und das heißt einfach: Du bist schlechter, du bist raus! Unterwirf dich!
Auch wir erziehen uns gegenseitig zum Kämpfen.
Scheiße!



nicht so, daß es sie selbst betrifft.
Sie leben in einem System, das ihnen ständig einredet, sie zu beschützen (vor der "gewalttätigen", "schmutzigen", "primitiven", "armen" 3. Welt), sie am Leben zu erhalten (mit Sozial+ Arbeitsamt, mit Krankenkassenversorgung und Rentengeld) und das ihnen vormacht, sie hätten Einfluß auf die politischen Belange des Systems.



Wenn sie fleißig wählen gehen oder ihre Stimme in diversen Bürgerinitiativen oder -gruppen vor dem Parlament zu Gehör bringen, sind sie beruhigt, daß schon alles seine demokratische Richtigkeit hat, obwohl nicht das getan wird, was ihnen letztendlich nützt. Sie werden gelobt und in der Öffentlichkeit genannt und sind somit selbstzufrieden und ruhig, ohne wirklich etwas er-



Demonstration in Leipzig (1989)

Ehne Mehne Muh. Der Buhmann der bist Du!

... sobald wir versuchen, uns den Machtstrukturen des Staates im Kleinen, ganz speziell der Familie, zu entziehen, erscheinen auf einmal riesige Probleme. Wir sind anscheinend doch nicht die " Alles- Richtig - Macher" wie wir dachten. Wir wollten ausbrechen und stellen fest, daß wir die ganze Sache mitgenommen haben. Unser Elternhaus, unsere Schule usw. haben uns geprägt, Tag aus Tag ein wurden uns die Schädel eingeschlagen. Nun entkommen, praktizieren wir unbewußt das, was uns abgestoßen und dazu bewegt hat "anders " zu leben.
Stellen wir uns eine Gruppe gleichberechtigt miteinander lebender Menschen vor:
Binnen kurzen wird ein Buhmann bzw. Buhfrau gefunden und nun können wir nach Herzenslust Macht ausüben, ohne dessen unbedingt gewahr zu werden, denn ein Grund findet sich immer. Die Minderheit, also Buhmann bzw. -frau, bieten sich ja in der Regel dazu an, indem sie sich nicht absolut eingliedern oder sich etwas zu Schulden kommen lassen, was moralisch nicht in das Gemeinschaftsdenken paßt. Knallhart üben wir dann Justiz, richten und verhärten dann in irgendwelchen Fronten, die sich aber jeder Zeit ändern können und eine andere Person oder Gruppe übernimmt die Rolle des Geächtet- Seins.
Um uns selber und diese Zustände zu erfragen, wenn wir selber in diese Rolle kommen, suchen wir uns dann wiederum andere, die drangsaliert werden können. Wo liegt das Problem, daß z.B. der Eiskeller in Verruf kommt bei den Leuten, das Zoro wiederum bei den anderen. Setzen wir Gemeinsamkeiten voraus, die leider gar nicht vorhanden sind?
Vielleicht sind wir mit unserem eigenen Frust, der uns umgibt, schon dermaßen beschäftigt, daß wir gar nicht auf andere eingehen können- einfach miteinander reden und etwas zu verzeihen, ist glaube ich gar nicht so einfach zu praktizieren. Aber es gibt einen Spruch, der abgedroschen aber irgendwo doch treffend ist: "Der Streit unter uns, ist ihre Stärke" Wenn es ein UNS gibt, was ich hoffe und mir wünsche.



Toleranz ?

reicht zu haben. Aus dieser Sicht herraus verteidigen sie das System, ohne es zu verstehen, oder setzen auf eigene Faust durch (es lebe die Bürgerwehr), was sie für Recht halten. Ihre Existenzängste, ihre Zukunftsangst kann ihnen das System nicht nehmen. Wer sich nämlich nicht jahrelang auf Ämtern und Behörden eintragen läßt, wer seine Unterlagen nicht vorschriftsmäßig führt, wer keine Beiträge zahlt und keine Lippenbekenntnisse macht, für dieses System, ist gnadenlos raus aus dem Rennen. Aber diese Existenzängste, diese Unsicherheit ist da und die Bürger finden schon ihre Schuldigen.
Die Politiker stoßen dann schnell ins Horn, wenn sie ihre eigene Macht schwinden sehen. Diese Stimmung in der Bevölkerung zu spüren, dafür sind sie halt Profis. Dann ändern sie Gesetze (die zu gebrauchen man/frau eh eine/n AnwältIn benötigt!) und geben den Leuten letztendlich das Gefühl im Recht zu sein - ermuntern sie damit geradezu zu noch radikaleren Mitteln.
So entsteht und funktioniert das Menschenbild, das diese Gesellschaft am Leben erhält. Es erklärt in der Realität Leistungsstreben, Durchsetzungsvermögen, Gewalt als richtig, legitimiert somit soziale, kulturelle, rassistische Qualitätsunterschiede, die



Verweigerer-Demonstration (in Hamburg)



dann zum festen Bestandteil der Gesellschaft gehören (Unterdrückung von Frauen, Andersdenkenden oder sozial Unterpriviligierten).
Somit bilden sich diese neuen Herrenmenschen ein, ein Urteil fällen zu dürfen über andere Menschen, Völker, Bewegungen. Mit Reden und Argumenten kommt man/frau an diese Leute nicht heran, sie blocken ab, denn sie würden sonst sich selbst und alles, was sie in der Gesellschaft darstellen, verleugnen. Es wird sozusagen zum Überlebenskampf für sie und in diesem Kampf benutzen sie all ihre schmutzigen, bösartigen Mittel, denn sie kennen es nicht anders.
Nur in ganz realen Situationen, wo es sie selbst betrifft, können sie erfahren, was Ehrlichkeit, Hilfsbereitschaft, Gewaltlosigkeit, eben "Anders- Sein" wirklich bedeutet und was man/frau damit bewirken kann (auch für die Selbstachtung), aber eben nur von Leuten, die diese Lebensweise auch vorleben können, die wissen was sie tun, die wissen wie sie gegen den Staat sind und warum.
Für viele dieser Bürger ist es sicher zu spät, ... aber es gibt ja auch noch ihre Kinder...

Balsam auf die Wunden

Die meisten, die dieses Heft in der Hand halten, werden Thümy nicht oder nicht besonders gut gekannt haben. Es wird ihnen sicher schwer fallen, einen persönlichen Bezug zu dieser ganzen Sache zu finden. Immerhin sterben täglich viele Leute, auch einen gewaltsamen Tod- da können wir nicht jeder/m nachtrauern.
Aber für Menschen, die irgendwo eine menschliche Vision von der Welt mit sich herum tragen, die noch an etwas Gutes glauben wollen, ist es dringend notwendig, sich diesem Geschehen auszusetzen.
Die Morde mit politischem Motiv, an bewußt anders lebenden und handelnden Personen mehren sich, werden sogar schon langsam zur Gewohnheit. Um das zu verhindern, ist es wichtig zu trauern, sich selber mitbetroffen zu fühlen und nicht als ein/e Unbeteiligte/r.
Sicher haben viele Angst, solche Gefühle bei sich zuzulassen. Sie haben Angst, das sie diese schlimmen Sachen moralisch und psychisch herunterziehen, daß sie gelähmt werden, durch soviel Ungerechtigkeit und ihre eigene Ohnmacht.
Aber genau das ist eine Sache, die die Menschen in unserer Gesellschaft so stumpf macht: die Unfähigkeit zu Trauern, sich selbst mitbetroffen zu fühlen von den Dingen, die um uns herum geschehen.
Üblicherweise wird verdrängt, wird weggeschoben, was unangenehm ist, was nicht ins Konzept gehört, oder es wird Realität so gesehen und behandelt, daß Leute immer nur Zuschauer bleiben, außenstehende Beobachter. Um dieser Rolle gerecht zu bleiben, nimmt so manche/r BürgerIn auch schon mal eine Last auf sich; er/sie geht nicht mehr auf nächtlichen Straßen, informiert sich aus der Zeitung statt im Leben und vieles mehr...
Andererseits kann demgegenüber zuviel Trauer auch in melancholische Zustände umschlagen. In der Trauer fühlen wir uns verarmt, aber nicht im Selbstwert erniedrigt. Das Herabgesetztsein des Ich-Gefühls wirkt sich genauso aus, wie bei den Ignoranten und Verdrängern. Sie sehen die Welt, wie sie sie sehen wollen, und nicht so, wie sie ist. Sie fühlen sich klein und unbedeutend, glauben nicht daran, daß von ihnen etwas Größeres ausgehen kann.



Dieser Text ist geschrieben worden, um zu zeigen, daß es manchmal die ganz kleinen Dinge sind, ein kleiner erster Schritt, der manche Bewegung ins Rollen bringen kann und daß viele unserer Handlungen, auf die wir gar nicht bewußt achten, eine Hoffnung oder Auftrieb für andere Leute sind.
Dieser Artikel soll Rückschau halten, was hier in Leipzig erreicht wurde und soll in Erinnerung rufen, was so schnell zur Selbstverständlichkeit oder einfach vergessen wird.
Er soll Balsam sein auf unsere Wunden, denn wer soll uns loben, und wofür, wenn er/sie uns nicht versteht?
Wir tun es viel zu wenig, uns unserer guten Seiten wegen zu mögen, uns das Erreichte immer wieder klar zu machen - nur das bringt uns über schwere Zeiten hinweg.
Am wichtigsten ist sicher die Erinnerung, daß hier vor Jahren noch tiefste DDR war, das heißt totale Repression von ideologischen Abweichlern, daß heißt keine arbeitsfähigen (andersartigen) politischen Strukturen, keine Lobby in der Bevölkerung, lückenhafte Bildung und vieles andere. Das heißt auch,

daß sich hier nie eine "Szene" entwickeln konnte, das nach dem Einsteiger-Fun ganz schnell der Arm des Gesetzes die Richtung wies: Unterordnung oder Ausreise (natürlich zuvor Knast bzw. Ausreiseantragwarteschleife).
Das unterscheidet den Osten vom Westen! Keine alt-gewordenen 68'iger im Hintergrund, keine 30 Jahre linksradikale Bewegung, keine Erfahrungen, kein gewachsenes Bewußtsein, kaum gesellschaftliche Akzeptanz. Die Leute, die hier aufgewachsen sind und ihre Projekte sind einfach nicht in eine Schublade zu werfen mit Dingen wie Hafenstraße, Kreuzberg, Startbahn West oder sonst etwas.
Aber schon wegen ihrer Einstellungen, ihren Ansichten oder Träumen, die dahinter stehen. Und dafür braucht sich keine/r zu schämen. Dafür lohnt es sich, sich untereinander zu solidarisieren.
Wo setzen Leute sich so mit Faschismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit auseinander und versuchen bestimmte Sachen auch zu leben, und das nicht nur als Lippenbekenntnisse.

Wo versuchen Menschen praktisch neue Wege zu gehen, im Wohnen, in der Lebensweise, im Konsumverhalten, im Umgang miteinander, mit Tieren oder der Umwelt. Das hört sich jetzt sicher nach Schönfärberei an, aber bei anderen Menschen oder Gruppen fehlt so etwas völlig !
Und noch etwas: was wäre die sogenannte Linke ohne die radikalen Strömungen, ohne die Libertären, die Anarchisten, Antifa-Selbstorganisationen, ohne die Sub- und Gegenkulturen ? Würden die alt-gewordenen "Linken" nicht immer wieder von den linksradikalen Aktivitäten in die Pflicht genommen, würden sie unverrichteter Dinge bis an das Ende ihrer Tage Fahnen schwingen, Reden und Kerzen halten, und brav ihre parlamentarische Rolle spielen.
Um 1989 gab es hier den "großen" Aufschwung von politischen und kulturellen Gegenaktivitäten. Um diverse (meist an kirchliche Gemeinden angeschlossene) Gruppen scharten sich Leute, denn nur von dort ging Bewegung aus. Nur dort gab es entschlossenes Handeln,



Hausschmuck anno 1991.

um etwas in und mit dieser DDR anzustellen. Typisch für DDR-Verhältnisse war der (notgedrungene) Zusammenhalt verschiedenster Gruppen und die damit entstandene Toleranz und Offenheit. Es war ein normales Bild, auf einer Umweltdemo oder einer Neues-Forum-Zusammenkunft Punks, Metalls u.a. zu sehen. Andersherum hatten auch viele "Normale" oder "Andersszenige" keine Probleme



zu den härtesten Punkfeten zu erscheinen und mitzumachen.

Toleranz war einfach notwendig und wurde gepflegt (natürlich mit Ausnahmen).
Die Grenzöffnung riß tiefe Löcher in die Reihen, verteilte die Last der Arbeit und Verantwortung auf die wenigen Zurückgebliebenen oder unerfahrenen Neueinsteiger.
Zugleich gab es eine "relative Schwemme" von westdeutschen AktivistInnen, die hier im Osten Gutes tun wollten und (meist sicher ungewollt) die ohnehin sehr schwache linksradikale Szene unter einen belastenden Erwartungs- und Leistungsdruck setzte.

Immerhin gab es ja zu Montagsdemozeiten den ersten Rechtsruck. Rechtsextreme Parteien versuchten, in Leipzig Fuß zu fassen, der Bürgermob zog dämlich mit und Fascho-Kids (diesen Leuten kommt auch ein nicht unbedeutender Anteil an den Entwicklungen im Leipziger Herbst zu) trieben ihre Spielchen teilweise auf die Spitze.
Zu dieser Zeit spaltete sich die breite Szene der DDR- Reformer auf und jede/r suchte sich seinen Platz im politischen Kasperletheater.
Mit den Neues-Forum-Leuten, mit PDS, Studies, SPD, Grünen usw. war nun eine konkrete Zusammenarbeit auf der Straße kaum mehr möglich. Aktionen gingen selten spontan ab, sondern wurden stundenlang (meist vergeblich) ausdiskutiert. Aber das hatte einen großen Vorteil. Es festigte den Standpunkt der "Szene" und schuf ein sehr positives Wir-Gefühl. Zu dieser Zeit war es absolut klar, daß nicht mit der Presse gesprochen wurde und daß politische Aktionen selbst durchgezogen und interpretiert wurden.
So schien es, daß aus dieser "Szene" die einzigen erfolgreichen Aktivitäten kamen, die die wie gelähmten Altparteien oder Gruppen einfach links liegen ließen, sich einfach nicht um sie scherten, da sie eh nur einen Klotz am Fuß darstellten. Wer hat rechtsextreme Propagandastände angegriffen und Werbematerial vernichtet, dagegen agitiert und mobilisiert ? Wer hat mit 300 Leuten den Gründungsparteitag der REP's im "Stadt Dresden" verhindert? Wer hat die folgende Gründung in der Kneipe am Listplatz am darauffolgenden Tag gestört, diesen Fakt dadurch an die Öffentlichkeit gebracht...
Wer hat die Gegendemos angefangen und damit (auch ungewollt) ein ganzes Spektrum von Gegenvereinigern zusammengebracht... Wer hat leerstehenden Wohnraum besetzt und versucht Gegenkultur aufzubauen? (Immerhin hatte zu DDR-Zeiten keine Kneipe länger als bis Mitternacht auf und Cafes waren mit die ersten Projekte, die überall entstanden.)
In diversen besetzten Gebieten (z.B. Stewa) siedelten sich schnell Projekte an - und war es schnell nötig, eine Selbstverteidigung gegen Faschisten-Kids und Hooligans zu organisieren.
Auf diversen Reaktionskonzerten trafen sich hunderte Leute und es gab neben geilen Bands auch immer eine Menge Informationen, Aufrufe zu Aktionen usw. Fast jedes Konzert war anfänglich ein Solikonzert.
Im Dezember 89 bei REAKTION in der Nato wurde erstmals von BesetzerInnen zur Besetzung der abrißbereiten Häuser in Connewitz aufgerufen, Hausnummern durchgegeben und Fotos ausgehangen.



Der Revoluzzer

War einmal ein Revoluzzer,
im Zivilstand Lampenputzer;
ging im Revoluzzerschritt
mit den Revoluzzern mit.

Und er schrie: „Ich revolüzze!"
Und die Revoluzzermütze
schob er auf das linke Ohr,
kam sich höchst gefährlich vor.

Doch die Revoluzzer schritten
mitten in der Straßen Mitten,
wo er sonsten unverdrutzt
alle Gaslaternen putzt.

Sie vom Boden zu entfernen,
rupfte man die Gaslaternen
aus dem Straßenpflaster aus,
zwecks des Barrikadenbaus.

Aber unser Revoluzzer
schrie: „Ich bin der Lampenputzer
dieses guten Leuchtelichts.
Bitte, bitte, tut ihm nichts!

Wenn wir ihn' das Licht ausdrehen,
kann kein Bürger nichts mehr sehen.
Laßt die Lampen stehn, ich bitt! –
Denn sonst spiel ich nicht mehr mit!"

Doch die Revoluzzer lachten,
und die Gaslaternen krachten,
und der Lampenputzer schlich
fort und weinte bitterlich.

Dann ist er zu Haus geblieben
und hat dort ein Buch geschrieben:
nämlich, wie man revoluzzt
und dabei doch Lampen putzt.

1907 **Erich Mühsam**



Die BesetzerInnenwelle ergriff auch andere Stadtteile. Es ging dabei oft auch darum, Häuser vor dem geplanten Abriß zu retten und sie zu eigenen Projekten umzugestalten. Bei den StudentInnentagen in der Uni unterstützte die "Szene" eine großangekündigte Hausbesetzung in der Kreuzstraße. Die vielen wohnungssuchenden Studies blieben nach dem großen Fun dann aber schnell weg.
Trotz dem völligen Gelähmt-Seins der staatlichen Behörden hatten die jungen Projekte keine Ruhe. Faschoüberfälle, Brandanschläge, Entführungen usw. gehörten ständig zu den kleinen Aufmerksamkeiten der rechten Szene.
So kam es, daß die Leute zusammenrückten in Connewitz, was dann auch viele Projekte dazu bewog, sich in diesem Umfeld anzusiedeln (3.Welt- Läden, Büchereien, das Backwahn, die Freie Schule Connewitz und anderes), ebenso die Kulturprojekte. Verschiedenste Gruppen und Einzelpersonen versuchten Projekte aufzubauen, meist leerstehende Fabrikgebäude. Nicht viele Leute und Projekte standen dann auch voll zu der "Szene", zum Geist der dortigen Aktivitäten. Die prinzipielle Offenheit zieht eben nicht nur Freunde an, sondern auch viele Leute, die dort ein gemachtes Nest für ihre Egotrips finden.
Besonders erwähnt werden muß das Eiskeller-Projekt Conne Island. Als das Gerücht vom Verkauf des Objekts an einen Discofritzen kursierte, mobilisierten sich die Leute auf einem REAKTIONkonzert, der Laden wurde unterwandert und im Rathaus schlugen einige hundert Leute Krach. Dank vieler Anstrengungen ist das Projekt eines der gut laufenden im Stadtteil.
Es wäre wünschenswert, daß auch dort den alten Traditionen treu geblieben wird, denn die waren echt gut.
Kiezkultur ist nicht nur Chaos machen, wie es manche/r Abgeordnete/r gern sehen will.
Die besetzten (oder ehemals besetzten) Häuser sind Wohnraum! Wohnraum, der meist optimal belegt ist und nicht leersteht oder verkommt! Dieser Wohnraum ist



nicht nur Versuchsobjekt alternativen Wohnens, sondern auch Unterkunft für viele sonst Obdachlose, viele ausländische Menschen oder Randgruppen, die sonst auf der Straße liegen würden.
Er bedeutet für viele Schutz vor Angriffen von Faschisten oder der Willkür der Behörden.
Alternatives Miteinander bedeutet nicht nur alternative Kultur, sondern auch alternative soziale Strukturen, z.B. Volxküche und gegenseitiger Beistand in Notlagen.
Wo in Leipzig gibt es noch Kulturangebote zu minimalen Eintrittspreisen, wo gibt es die Möglichkeit sich künstlerisch zu entfalten, ohne dicke Brieftasche oder Sponsoren.
Wen wundert es denn, daß diese Freiräume verteidigt werden.
Wen wundert es, daß durch das

REAKTION OR WHAT?

aggressive Auftreten der Connewitzgegner die Kluft zwischen den Projekten und den Regierenden immer größer wird.
Das eigenständige Handeln der "Szene" macht jenen Leuten Angst. Es gibt kaum ein Gängelband, an das sie die eigenständigen Aktionen legen können. Denken und Handeln sind frei. Frei von Kommerzzwängen, Parteidisziplin oder Karrieredenken.
Es macht ihnen Angst, daß die Leute ihre Probleme in die eigenen Hände nehmen wollen, daß sie das tun, wozu der Rechtsstaat nicht konsequent willens ist, nämlich die Ursachen von Faschismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Ungerechtigkeit anzugehen. Dazu ist ja auch die traditionelle DDR-Linke kaum in der Lage.

Zurück zu Thümy.
An Menschen wie ihm machen sich viele Sachen, die anders sind, als die von Otto-Normalbürger, fest. Diese Leute setzen oft all ihre Kraft und Zeit dafür ein, daß vielen Leuten aus Leipzig und Umgebung solche Freiräume erhalten bleiben. Ohne die Menschen die den Mut haben, den Problemen entgegenzugehen, nicht auszuweichen, gäbe es keine Auseinandersetzungen zu grundlegenden Themen. Ohne diejenigen, die mit aller Macht ihre Errungenschaften verteidigen, gegen Faschisten, Politiker oder Bonzen, hätten wir manches nicht mehr!
Die Liste der Repressalien gegen alternative Aktivitäten geht ins Endlose. Manch eine Parlamentsfraktion scheint nur dieses als politisches Programm zu verfolgen, und das bis hin zur Bundesebene.
Und dabei bleibt es nicht nur bei Worten, Verleumdungen, Drohungen, Lügen von Presse und Politikern.
Alternative Projekte werden zu beliebten Angriffsobjekten Rechtsradikaler, von Hooligans oder von Bürgerwehren - und jetzt auch der kriminellen Szene.
Die Vergangenheit und Gegenwart hat genug Beweise, daß solche Gruppen einzig darin ihre Aktivitäten sehen, Andersartiges (Störendes) zu bekämpfen und im wörtlichen Sinn zu vernichten.
- Bis zum Mord !
Ist es verwunderlich, wenn es bei solch einer geschlossenen Front immer wieder Fehlschläge, Niederlagen, Hoffnungslosigkeit gibt?
Wir sollten uns nicht so an unseren Schwächen aufreiben, sondern mehr die Erfolge sehen, Geschaffenes verteidigen und uns gegenseitig Mut machen...
Aus Trauer wird Wut, aus Wut wird Widerstand - Und Widerstand heißt widerstehen !





Diese Brauerei wirdKeine Kulturfabrik Foto: mdbd

Die Fotos und Zeitungsartikel stammen, sofern nicht aus eigener Produktion, aus KREUZER, LEO oder der üblichen Papierkorbpresse.

